

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

– Drucksachen 18/11555, 18/11928, 18/12181 Nr. 1.8 –

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen

A. Problem

Die Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates (im Folgenden: Vierte Geldwäscherichtlinie) ist von den Mitgliedstaaten bis zum 26. Juni 2017 umzusetzen. Bis zum 26. Juni 2017 haben die Mitgliedstaaten zudem Vorschriften zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/847 (im Folgenden: Geldtransferverordnung) zu erlassen.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf soll die Vierte Geldwäscherichtlinie umsetzen. Dazu wird das bestehende Geldwäschegesetz neu gefasst, weitere Gesetze werden angepasst. Zudem soll die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen bei der Generalzolldirektion eingerichtet werden. Sie soll geldwäscherechtliche Meldungen entgegennehmen, analysieren und bei einem Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung an die zuständigen öffentlichen Stellen weiterleiten. Ihr kommt damit eine wichtige Filterfunktion zu.

Darüber hinaus werden in diesem Gesetzentwurf zur Begleitung der Geldtransferverordnung unter anderem die verwaltungsrechtlichen Sanktionen und Maßnahmen angepasst, deren Bekanntmachung geregelt und die zuständigen Behörden für die Überwachung und Einhaltung der Vorgaben der Geldtransferverordnung bestimmt.

Darüber hinaus empfiehlt der Finanzausschuss insbesondere Änderungen am Gesetzentwurf in folgenden Punkten:

Zum Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (GwG):

- Kurzbezeichnung GwG
- redaktionelle Korrekturen

- Definition der bekanntermaßen nahestehenden Person
- Online-Vertrieb von Lotterien, die über eine staatliche Erlaubnis verfügen
- Dispensmöglichkeit bezüglich des Einsatzes von Datenverarbeitungssystemen für Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen
- Berücksichtigung der Schweigepflicht bei der Auskunftspflicht gegenüber der FIU und anderen Behörden und bei der Meldepflicht
- Anzeige der Durchführung interner Sicherungsmaßnahmen durch Dritte
- Geldwäschebeauftragter
- Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht
- gruppenweit zuständiger Geldwäschebeauftragter
- Feststellung politisch exponierter Personen
- vereinfachte Sorgfaltspflichten
- Streichung des § 2 Absatz 1 Nummer 5a GwG-E; Ausnahme von Pflichten der Geldtransferverordnung
- Aufnahme von Erleichterungen bei Sorgfaltspflichten für Glückspielanbieter
- Erfüllung der Sorgfaltspflichten durch Dritte
- Mitteilungspflicht; Transparenzregister
- Fiktion der Erfüllung von Mitteilungspflichten zum Transparenzregister
- Ausnahmen von den Beschränkungen der Einsichtnahme in das Transparenzregister
- Zuständigkeit für Berufsverbot bzw. für den Widerruf einer Zulassung
- Statistiken zur Tätigkeit der Aufsichtsbehörden
- Bußgeldtatbestände

Zur Änderung der Abgabenordnung:

- redaktionelle Änderungen

Zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes:

- redaktionelle Änderungen

Zur Änderung des Kreditwesengesetzes:

- § 25h KWG; Weiterleitung von Informationen an andere Institute

Sonstiges:

- Aktualisierung des Verweises auf das neu in Kraft tretende Bundeskriminalamtgesetz (BKAG), Anpassung Inkrafttreten

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Infolge der Neuausrichtung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen werden die Zusammenarbeit mit den (Landes-)Finanzbehörden gestärkt und steuerliche Mehreinnahmen bei Bund und Ländern erwartet, die jedoch nicht quantifizierbar sind.

Zudem werden inkriminierte Gelder durch die zuständigen Behörden (insbesondere die Gemeinsamen Finanzermittlungsgruppen Zoll/Polizei) im Rahmen dort geführter Ermittlungsverfahren verstärkt sichergestellt werden. Diese Vermögenswerte werden den Ländern zufließen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Es werden keine Pflichten für Bürgerinnen und Bürger neu eingeführt, geändert oder aufgehoben.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Die Regelungen führen beim Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft zu einer Gesamtbelastung von insgesamt ca. 10,4 Millionen Euro. Darin ist ein jährlicher Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in Höhe von ca. 3,5 Millionen Euro enthalten, der auf nationalen Regelungen beruht. Davon sind knapp 2 900 Euro Kosten für die Erfüllung von Informationspflichten. Aufgrund von europarechtlich vorgegebenen Regelungen entsteht ein Erfüllungsaufwand in Höhe von ca. 6,9 Millionen Euro, in dem Kosten für die Erfüllung von Informationspflichten von rund 934 000 Euro enthalten sind.

Die im Zuge der Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vorgesehenen elektronischen Meldepflichten werden für die Wirtschaft einen geringen einmaligen Erfüllungsaufwand auslösen, dessen Höhe nicht genau quantifizierbar ist.

Bei der Berechnung des Erfüllungsaufwands für die Wirtschaft ist die Mitteilung der Angaben über den wirtschaftlich Berechtigten an das Transparenzregister gemäß § 20 Absatz 1, 3, 4, § 21 i. V. m. § 22 Absatz 1 GwG-E sowohl als einmalige Informationspflicht als auch als wiederkehrende Informationspflicht aufgeführt worden, um den Initialaufwand sowie den Folgeaufwand abzubilden. Die Ausgestaltung der Meldepflichten sowie der damit einhergehende Aufwand variieren von Rechtsform zu Rechtsform teils erheblich.

Durch die Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) können für die Wirtschaft geringfügige Kosten durch Mehraufwand entstehen, wenn eine an die neuen Anforderungen angepasste Gesellschafterliste zu erstellen und zum Handelsregister einzureichen ist. Allerdings besteht eine Pflicht zur Anpassung nur für jene Gesellschaften, die ohnehin aufgrund einer Veränderung nach § 40 Absatz 1 GmbHG eine neue Liste zum Handelsregister einzureichen haben. Ist der Geschäftsführer der Gesellschaft für die Erstellung der neuen Liste zuständig, wird sich sein Mehraufwand auf die Anpassung der korrigierten Liste an die neuen Anforderungen beschränken. Ist ein Notar für die Erstellung der korrigierten Liste zuständig, ist die Listenerstellung weiterhin

als bloße Vollzugstätigkeit der im Rahmen der die notarielle Mitwirkung erfordernden Veränderung nach § 40 Absatz 1 GmbHG zu bewerten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Der Erfüllungsaufwand für die Verwaltung (ohne die Kosten für den Aufbau und den Betrieb des Transparenzregisters sowie die Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen) beläuft sich auf ca. 2,9 Millionen Euro. Der Erfüllungsaufwand entsteht fast ausschließlich (ca. 99 Prozent) bei den Ländern, weil die Mehrzahl der neu in den Anwendungsbereich des GwG einbezogenen Verpflichteten der Aufsicht der jeweils zuständigen Länderbehörden unterfällt. Nicht bezifferbar ist zum jetzigen Zeitpunkt der zusätzliche Aufwand, der durch die aufwändigere Aufsicht wegen stärkerer Betonung des risikobasierten Ansatzes insgesamt auf Bundes- und Landesebene entsteht.

Der einmalige Erfüllungsaufwand der Verwaltung, der sich durch die Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen bei der Generalzolldirektion ergibt, beträgt auf Bundesebene 15,3 Millionen Euro (davon 13,7 Millionen Euro bei der Generalzolldirektion und 1,6 Millionen Euro beim Bundeskriminalamt). Der jährliche Erfüllungsaufwand in diesem Zusammenhang liegt bei 17,2 Millionen Euro (davon 16,7 Millionen Euro bei der Generalzolldirektion und 533 000 Euro beim Bundeskriminalamt). Dieser Bedarf an zusätzlichen Sach- und Personalmitteln sowie Planstellen und Stellen soll finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden.

Zu dem Erfüllungsaufwand der Länder im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann nur eine grobe Schätzung von Seiten der Bundesregierung gegeben werden: Danach dürften die erwarteten Sachaufwände der Länder auf einmalig ca. 3,8 Millionen Euro (davon ca. 600 000 Euro automationstechnischer Umstellungsaufwand der Länder) sowie jährlich ca. 650 000 Euro geschätzt werden. Zur Größe eines eventuellen Personalmehrbedarfs für die Länder kann die Bundesregierung keine Angaben machen.

Der Aufbau und der Betrieb des Transparenzregisters sollen von vornherein durch einen im Wege der Beleihung beauftragten privatrechtsförmigen Träger durchgeführt werden. Für die Aufsicht über den Beliehenen und das Durchführen von Bußgeldverfahren bei Verstößen gegen die Transparenzpflichten und gegen die Vorgaben zur Einsichtnahme ins Transparenzregister entsteht beim Bundesverwaltungsamt Personalaufwand für eine Vollzeitkraft des höheren Dienstes sowie für zwei Vollzeitkräfte des gehobenen Dienstes. Das Bundesverwaltungsamt wird außerdem für den Erlass von Widerspruchsbescheiden sowie die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten verantwortlich sein. Dabei entsteht ein Personalaufwand in Höhe von ca. 385 935 Euro pro Jahr (146 281 Euro höherer Dienst und 239 654 Euro gehobener Dienst).

Durch die Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung werden die Länder nicht mit gesonderten Kosten belastet. Die zu den Registergerichten einzureichenden Gesellschafterlisten sind auch weiterhin allein in den für die betreffende Gesellschaft einschlägigen Registerordner aufzunehmen. Sollte von der Verordnungsermächtigung nach § 40 Absatz 5 GmbHG-E Gebrauch gemacht und gefordert werden, dass die Gesellschafterlisten als strukturierte, zur Weiterverarbeitung geeignete Dateisätze einzureichen sind, könnten für die Bereitstellung entsprechender technischer Voraussetzungen Kosten anfallen. Allerdings sind elektronisch geführte Handelsregister bereits errichtet, sodass auf vorhandene EDV-Programme zurückgegriffen werden kann, was die Kosten

deutlich verringern würde. Ein eventuell dann entstehender Aufwand wird zum gegebenen Zeitpunkt im Rahmen des Erlasses der Rechtsverordnung spezifiziert.

Durch eine Änderung der Abgabenordnung sollen die Polizeivollzugsbehörden zum Zwecke der Gefahrenabwehr die Möglichkeit erhalten, Kontostammdatenauskünfte über das Bundeszentralamt für Steuern zu erhalten. Zusätzlich wird den Ländern die Möglichkeit eröffnet, über eigene Landesregelungen die Befugnis zu schaffen, dass die Verfassungsschutzbehörden der Länder Kontostammdatenauskünfte erhalten. Der beim Bundeszentralamt für Steuern dadurch anfallende Erfüllungsaufwand ist derzeit nicht bezifferbar.

Auswirkungen der Änderungen durch den Finanzausschuss:

Aufgrund der Anfügung von § 6 Absatz 4 Satz 3 GwG verringert sich der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft von etwa 1 736 438 Euro auf etwa 1 379 951 Euro.

Durch die Anfügung von § 20 Absatz 2 Satz 2 GwG ergeben sich für Gesellschaften, die an einem organisierten Markt nach § 2 Absatz 5 des Wertpapierhandelsgesetzes notiert sind oder dem Gemeinschaftsrecht entsprechenden Transparenzanforderungen im Hinblick auf Stimmrechtsanteile oder gleichwertigen internationalen Standards unterliegen, im Vergleich zum Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (NKR-Nr. 3995) insgesamt Einsparungen in Höhe von 2 392 Euro (aufgeteilt in jährliche Ersparnis in Höhe von 1 656 Euro und einmalige Ersparnis in Höhe von 736 Euro).

Für die Verwaltung entstehen durch die Änderung in § 51 Absatz 5 GwG insgesamt Kosten in Höhe von etwa 2 580 Euro.

F. Weitere Kosten

Für die Führung des Transparenzregisters und bei Einsichtnahmen in das Transparenzregister soll die registerführende Stelle Gebühren erheben dürfen. Diese Gebühren fallen zum einen an bei denjenigen Unternehmen, zu deren wirtschaftlich Berechtigten das Transparenzregister Informationen zugänglich macht. Zum anderen treffen die Gebühren diejenigen, die Einsicht in das Register nehmen, wobei hier die Höhe auf die Deckung des Verwaltungsaufwands begrenzt ist. Für die Gebührenerhebung legt das Gesetz die Grundlage. Die Einzelheiten zu den gebührenpflichtigen Tatbeständen, den Gebührenschnldnern und den Gebührensätzen sollen in einer Rechtsverordnung geregelt werden. Die Höhe der Kostenbelastung ist nicht quantifizierbar, da nicht feststeht, wie viele Personen Einsicht in das Transparenzregister nehmen werden. Daneben entstehen weder sonstige Kosten für die Wirtschaft noch Kosten für soziale Sicherungssysteme.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksachen 18/11555, 18/11928 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 17. Mai 2017

Der Finanzausschuss

Ingrid Arndt-Brauer
Vorsitzende

Dr. Frank Steffel
Berichterstatter

Dr. Jens Zimmermann
Berichterstatter

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen
– Drucksachen 18/11555, 18/11928 –
mit den Beschlüssen des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen¹	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen¹
Vom ...	Vom ...
Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:
I n h a l t s ü b e r s i c h t	I n h a l t s ü b e r s i c h t
Artikel 1 Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten	Artikel 1 Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)t
Artikel 2 Änderung der Sicherheitsüberprüfungs-feststellungsverordnung	Artikel 2 u n v e r ä n d e r t
Artikel 3 Änderung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister	Artikel 3 u n v e r ä n d e r t
Artikel 4 Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über das Ausländerzentralregister	Artikel 4 u n v e r ä n d e r t
Artikel 5 Änderung des Gesetzes über das Zentralregister und das Erziehungsregister	Artikel 5 u n v e r ä n d e r t
Artikel 6 Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	Artikel 6 u n v e r ä n d e r t
Artikel 7 Änderung des Gesetzes über die Finanzverwaltung	Artikel 7 u n v e r ä n d e r t
Artikel 8 Änderung des Gesetzes über das Zollkriminalamt und die Zollfahndungsämter	Artikel 8 u n v e r ä n d e r t
Artikel 9 Änderung der Abgabenordnung	Artikel 9 u n v e r ä n d e r t

¹ Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73).

Entwurf		Beschlüsse des 7. Ausschusses	
Artikel 10	Änderung des Zollverwaltungsgesetzes	Artikel 10	unverändert
Artikel 11	Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz	Artikel 11	unverändert
Artikel 12	Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes	Artikel 12	unverändert
Artikel 13	Änderung der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung	Artikel 13	unverändert
Artikel 14	Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Artikel 14	unverändert
Artikel 15	Änderung des GmbHG-Einführungsgesetzes	Artikel 15	unverändert
Artikel 16	Änderung der Gewerbeordnung	Artikel 16	unverändert
Artikel 17	Änderung des Kreditwesengesetzes	Artikel 17	unverändert
Artikel 18	Änderung des Gesetzes über die Beaufsichtigung von Zahlungsdiensten	Artikel 18	unverändert
Artikel 19	Änderung des Kapitalanlagegesetzbuchs	Artikel 19	unverändert
Artikel 20	Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes	Artikel 20	unverändert
Artikel 21	Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	Artikel 21	unverändert
Artikel 22	Änderung weiterer Rechtsvorschriften	Artikel 22	unverändert
Artikel 23	<i>Inkrafttreten, Außerkrafttreten</i>	Artikel 23	Änderung des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten
		Artikel 24	Inkrafttreten, Außerkrafttreten
Artikel 1		Artikel 1	
Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten		Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG)	
Inhaltsübersicht		unverändert	
Abschnitt 1 Begriffsbestimmungen und Verpflichtete			
§ 1	Begriffsbestimmungen		
§ 2	Verpflichtete, Verordnungsermächtigung		

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 3 Wirtschaftlich Berechtigter	
Abschnitt 2 Risikomanagement	
§ 4 Risikomanagement	
§ 5 Risikoanalyse	
§ 6 Interne Sicherungsmaßnahmen	
§ 7 Geldwäschebeauftragter	
§ 8 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht	
§ 9 Gruppenweite Einhaltung von Pflichten	
Abschnitt 3 Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden	
§ 10 Allgemeine Sorgfaltspflichten	
§ 11 Identifizierung	
§ 12 Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung	
§ 13 Verfahren zur Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung	
§ 14 Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung	
§ 15 Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung	
§ 16 Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet	
§ 17 Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Auslagerung	
Abschnitt 4 Transparenzregister	
§ 18 Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle	
§ 19 Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten	
§ 20 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen	
§ 21 Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 22 Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung	
§ 23 Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung	
§ 24 Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung	
§ 25 Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungsermächtigung	
§ 26 Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung	
A b s c h n i t t 5 Z e n t r a l s t e l l e f ü r F i n a n z t r a n s a k - t i o n s u n t e r s u c h u n g e n	
§ 27 Zentrale Meldestelle	
§ 28 Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit	
§ 29 Datenverarbeitung und weitere Verwendung	
§ 30 Entgegennahme und Analyse von Meldungen	
§ 31 Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Datenzugriffsrecht	
§ 32 Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stellen	
§ 33 Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union	
§ 34 Informationsersuchen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit	
§ 35 Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit	
§ 36 Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund	
§ 37 Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Speicherung in automatisierten Dateien	
§ 38 Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind	
§ 39 Errichtungsanordnung	

Entwurf		Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 40	Sofortmaßnahmen	
§ 41	Rückmeldung an den meldenden Verpflichteten	
§ 42	Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen	
A b s c h n i t t 6 P f l i c h t e n i m Z u s a m m e n h a n g m i t M e l d u n g e n v o n S a c h v e r h a l t e n		
§ 43	Meldepflicht von Verpflichteten	
§ 44	Meldepflicht von Aufsichtsbehörden	
§ 45	Form der Meldung, Verordnungsermächtigung	
§ 46	Durchführung von Transaktionen	
§ 47	Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung	
§ 48	Freistellung von der Verantwortlichkeit	
§ 49	Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten	
A b s c h n i t t 7 A u f s i c h t, Z u s a m m e n a r b e i t, B u ß - g e l d v o r s c h r i f t e n, D a t e n s c h u t z		
§ 50	Zuständige Aufsichtsbehörde	
§ 51	Aufsicht	
§ 52	Mitwirkungspflichten	
§ 53	Hinweise auf Verstöße	
§ 54	Verschwiegenheitspflicht	
§ 55	Zusammenarbeit mit anderen Behörden	
§ 56	Bußgeldvorschriften	
§ 57	Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen	
§ 58	Datenschutz	
§ 59	Übergangsregelung	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Anlage 1 Faktoren für ein potenziell geringeres Risiko	
Anlage 2 Faktoren für ein potenziell höheres Risiko	
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Begriffsbestimmungen und Verpflichtete	Begriffsbestimmungen und Verpflichtete
§ 1	§ 1
Begriffsbestimmungen	Begriffsbestimmungen
(1) Geldwäsche im Sinne dieses Gesetzes ist eine Straftat nach § 261 des Strafgesetzbuchs.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Terrorismusfinanzierung im Sinne dieses Gesetzes ist	(2) u n v e r ä n d e r t
1. die Bereitstellung oder Sammlung von Vermögensgegenständen mit dem Wissen oder in der Absicht, dass diese Vermögensgegenstände ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine oder mehrere der folgenden Straftaten zu begehen:	
a) eine Tat nach § 129a des Strafgesetzbuchs, auch in Verbindung mit § 129b des Strafgesetzbuchs, oder	
b) eine andere der Straftaten, die in den Artikeln 1 bis 3 des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung (ABl. L 164 vom 22.6.2002, S. 3), zuletzt geändert durch den Rahmenbeschluss 2008/919/JI des Rates vom 28. November 2008 (ABl. L 330 vom 9.12.2008, S. 21), umschrieben sind,	
2. die Begehung einer Tat nach § 89c des Strafgesetzbuchs oder	
3. die Anstiftung oder Beihilfe zu einer Tat nach Nummer 1 oder 2.	
(3) Identifizierung im Sinne dieses Gesetzes besteht aus	(3) u n v e r ä n d e r t
1. der Feststellung der Identität durch Erheben von Angaben und	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. der Überprüfung der Identität.	
(4) Geschäftsbeziehung im Sinne dieses Gesetzes ist jede Beziehung, die unmittelbar in Verbindung mit den gewerblichen oder beruflichen Aktivitäten der Verpflichteten steht und bei der beim Zustandekommen des Kontakts davon ausgegangen wird, dass sie von gewisser Dauer sein wird.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Transaktion im Sinne dieses Gesetzes ist oder sind eine oder, soweit zwischen ihnen eine Verbindung zu bestehen scheint, mehrere Handlungen, die eine Geldbewegung oder eine sonstige Vermögensverschiebung bezweckt oder bezwecken oder bewirkt oder bewirken.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Trust im Sinne dieses Gesetzes ist eine Rechtsgestaltung, die als Trust errichtet wurde, wenn das für die Errichtung anwendbare Recht das Rechtsinstitut des Trusts vorsieht. Sieht das für die Errichtung anwendbare Recht ein Rechtsinstitut vor, das dem Trust nachgebildet ist, so gelten auch Rechtsgestaltungen, die unter Verwendung dieses Rechtsinstituts errichtet wurden, als Trust.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Vermögensgegenstand im Sinne dieses Gesetzes ist	(7) u n v e r ä n d e r t
1. jeder Vermögenswert, ob körperlich oder nichtkörperlich, beweglich oder unbeweglich, materiell oder immateriell, sowie	
2. Rechtstitel und Urkunden in jeder Form, einschließlich der elektronischen und digitalen Form, die das Eigentumsrecht oder sonstige Rechte an Vermögenswerten nach Nummer 1 verbriefen.	
(8) Glücksspiel im Sinne dieses Gesetzes ist jedes Spiel, bei dem ein Spieler für den Erwerb einer Gewinnchance ein Entgelt entrichtet und der Eintritt von Gewinn oder Verlust ganz oder überwiegend vom Zufall abhängt.	(8) u n v e r ä n d e r t
(9) Güterhändler im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, die gewerblich Güter veräußert, unabhängig davon, in wessen Namen oder auf wessen Rechnung sie handelt.	(9) u n v e r ä n d e r t
(10) Hochwertige Güter im Sinne dieses Gesetzes sind Gegenstände,	(10) u n v e r ä n d e r t
1. die sich aufgrund ihrer Beschaffenheit, ihres Verkehrswertes oder ihres bestimmungsgemäßen Gebrauchs von Gebrauchsgegenständen des Alltags abheben oder	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. die aufgrund ihres Preises keine Alltagsanschaffung darstellen.	
Zu ihnen gehören insbesondere	
1. Edelmetalle wie Gold, Silber und Platin,	
2. Edelsteine,	
3. Schmuck und Uhren,	
4. Kunstgegenstände und Antiquitäten,	
5. Kraftfahrzeuge, Schiffe und Motorboote sowie Luftfahrzeuge.	
(11) Immobilienmakler im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, die gewerblich den Kauf oder Verkauf von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten vermittelt.	(11) u n v e r ä n d e r t
(12) Politisch exponierte Person im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, die ein hochrangiges wichtiges öffentliches Amt auf internationaler, europäischer oder nationaler Ebene ausübt oder ausgeübt hat oder ein öffentliches Amt unterhalb der nationalen Ebene, dessen politische Bedeutung vergleichbar ist, ausübt oder ausgeübt hat. Zu den politisch exponierten Personen gehören insbesondere	(12) u n v e r ä n d e r t
1. Staatschefs, Regierungschefs, Minister, Mitglieder der Europäischen Kommission, stellvertretende Minister und Staatssekretäre,	
2. Parlamentsabgeordnete und Mitglieder vergleichbarer Gesetzgebungsorgane,	
3. Mitglieder der Führungsgremien politischer Parteien,	
4. Mitglieder von obersten Gerichtshöfen, Verfassungsgerichtshöfen oder sonstigen hohen Gerichten, gegen deren Entscheidungen im Regelfall kein Rechtsmittel mehr eingelegt werden kann,	
5. Mitglieder der Leitungsorgane von Rechnungshöfen,	
6. Mitglieder der Leitungsorgane von Zentralbanken,	
7. Botschafter, Geschäftsträger und Verteidigungsattachés,	
8. Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane staatseigener Unternehmen,	
9. Direktoren, stellvertretende Direktoren, Mitglieder des Leitungsorgans oder sonstige Leiter mit	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
vergleichbarer Funktion in einer zwischenstaatlichen internationalen oder europäischen Organisation.	
(13) Familienmitglied im Sinne dieses Gesetzes ist ein naher Angehöriger einer politisch exponierten Person, insbesondere	(13) u n v e r ä n d e r t
1. der Ehepartner oder eingetragene Lebenspartner,	
2. ein Kind und dessen Ehepartner oder eingetragener Lebenspartner sowie	
3. jeder Elternteil.	
(14) Bekanntermaßen nahestehende Person im Sinne dieses Gesetzes ist <i>jede</i> Person, bei der der Verpflichtete Grund zu der Annahme haben muss, dass <i>eine wirtschaftliche Beziehung zu einer politisch exponierten Person besteht. Zu den bekanntermaßen nahestehenden Personen gehört insbesondere</i>	(14) Bekanntermaßen nahestehende Person im Sinne dieses Gesetzes ist eine natürliche Person, bei der der Verpflichtete Grund zu der Annahme haben muss, dass diese Person
1. <i>eine natürliche Person, die bekanntermaßen gemeinsam mit einer politisch exponierten Person</i>	1. gemeinsam mit einer politisch exponierten Person
a) wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 ist,	a) wirtschaftlich Berechtigter einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 ist oder
b) wirtschaftlich Berechtigter einer Rechtsgestaltung nach § 21 ist <i>oder</i>	b) wirtschaftlich Berechtigter einer Rechtsgestaltung nach § 21 ist,
	2. zu einer politisch exponierten Person sonstige enge Geschäftsbeziehungen unterhält oder
c) <i>sonstige enge Geschäftsbeziehungen zu einer politisch exponierten Person unterhält, und</i>	c) entfällt
2. <i>eine natürliche Person, die alleiniger wirtschaftlich Berechtigter</i>	3. alleiniger wirtschaftlich Berechtigter
a) einer Vereinigung nach § 20 Absatz 1 ist <i>oder</i>	a) u n v e r ä n d e r t
b) einer Rechtsgestaltung nach § 21 ist,	b) u n v e r ä n d e r t
die <i>bekanntermaßen</i> faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person <i>errichtet wurde.</i>	bei der der Verpflichtete Grund zu der Annahme haben muss, dass die Errichtung faktisch zugunsten einer politisch exponierten Person erfolgte.
(15) Mitglied der Führungsebene im Sinne dieses Gesetzes ist eine Führungskraft oder ein leitender Mitarbeiter eines Verpflichteten mit ausreichendem Wissen über die Risiken, denen der Verpflichtete in Bezug auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ausgesetzt ist, und mit der Befugnis, insoweit Entscheidungen zu treffen.	(15) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(16) Gruppe im Sinne dieses Gesetzes ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, der besteht aus	(16) u n v e r ä n d e r t
1. einem Mutterunternehmen,	
2. den Tochterunternehmen des Mutterunternehmens,	
3. den Unternehmen, an denen das Mutterunternehmen oder seine Tochterunternehmen eine Beteiligung halten, und	
4. Unternehmen, die untereinander verbunden sind durch eine Beziehung im Sinne des Artikels 22 Absatz 1 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19).	
(17) Drittstaat im Sinne dieses Gesetzes ist ein Staat,	(17) u n v e r ä n d e r t
1. der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist und	
2. der nicht Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist.	
(18) E-Geld im Sinne dieses Gesetzes ist E-Geld nach § 1a Absatz 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes.	(18) u n v e r ä n d e r t
(19) Aufsichtsbehörde im Sinne dieses Gesetzes ist die zuständige Aufsichtsbehörde nach § 50.	(19) u n v e r ä n d e r t
(20) Die Zuverlässigkeit eines Mitarbeiters im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn der Mitarbeiter	(20) Die Zuverlässigkeit eines Mitarbeiters im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn der Mitarbeiter die Gewähr dafür bietet, dass er
1. die <i>Gewähr dafür bietet, dass er die</i> in diesem Gesetz geregelten Pflichten, sonstige geldwäscherechtliche Pflichten und die beim Verpflichteten eingeführten Strategien, Kontrollen und Verfahren zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung sorgfältig beachtet,	1. die in diesem Gesetz geregelten Pflichten, sonstige geldwäscherechtliche Pflichten und die beim Verpflichteten eingeführten Strategien, Kontrollen und Verfahren zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung sorgfältig beachtet,
2. Tatsachen nach § 43 Absatz 1 dem Vorgesetzten oder dem Geldwäschebeauftragten, sofern ein Geldwäschebeauftragter bestellt ist, meldet und	2. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. sich weder aktiv noch passiv an zweifelhaften Transaktionen oder Geschäftsbeziehungen beteiligt.	3. un v e r ä n d e r t
(21) Korrespondenzbeziehung im Sinne dieses Gesetzes ist eine Geschäftsbeziehung, in deren Rahmen folgende Leistungen erbracht werden:	(21) un v e r ä n d e r t
1. Bankdienstleistungen, wie die Unterhaltung eines Kontokorrent- oder eines anderen Zahlungskontos und die Erbringung damit verbundener Leistungen wie die Verwaltung von Barmitteln, die Durchführung von internationalen Geldtransfers oder Devisengeschäften und die Vornahme von Scheckverrechnungen, durch Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 (Korrespondenten) für CRR-Kreditinstitute oder für Unternehmen in einem Drittstaat, die Tätigkeiten ausüben, die denen solcher Kreditinstitute gleichwertig sind (Respondenten), oder	
2. andere Leistungen als Bankdienstleistungen, soweit diese anderen Leistungen nach den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften durch Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 9 (Korrespondenten) erbracht werden dürfen	
a) für andere CRR-Kreditinstitute oder Finanzinstitute im Sinne des Artikels 3 Nummer 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 oder	
b) für Unternehmen oder Personen in einem Drittstaat, die Tätigkeiten ausüben, die denen solcher Kreditinstitute oder Finanzinstitute gleichwertig sind (Respondenten).	
(22) Bank-Mantelgesellschaft im Sinne dieses Gesetzes ist	(22) un v e r ä n d e r t
1. ein CRR-Kreditinstitut oder ein Finanzinstitut nach Artikel 3 Nummer 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 oder	
2. ein Unternehmen,	
a) das Tätigkeiten ausübt, die denen eines solchen Kreditinstituts oder Finanzinstituts gleichwertig sind, und das in einem Land in ein Handelsregister oder ein vergleichbares Register eingetragen ist, in dem die tatsächliche Leitung und Verwaltung nicht erfolgen, und	
b) das keiner regulierten Gruppe von Kredit- oder Finanzinstituten angeschlossen ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 2	§ 2
Verpflichtete, Verordnungsermächtigung	Verpflichtete, Verordnungsermächtigung
(1) Verpflichtete im Sinne dieses Gesetzes sind, soweit sie in Ausübung ihres Gewerbes oder Berufs handeln,	(1) Verpflichtete im Sinne dieses Gesetzes sind, soweit sie in Ausübung ihres Gewerbes oder Berufs handeln,
1. Kreditinstitute nach § 1 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes, mit Ausnahme der in § 2 Absatz 1 Nummer 3 bis 8 des Kreditwesengesetzes genannten Unternehmen, und im Inland gelegene Zweigstellen und Zweigniederlassungen von Kreditinstituten mit Sitz im Ausland,	1. un v e r ä n d e r t
2. Finanzdienstleistungsinstitute nach § 1 Absatz 1a des Kreditwesengesetzes, mit Ausnahme der in § 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 3 bis 10 und 12 und Absatz 10 des Kreditwesengesetzes genannten Unternehmen, und im Inland gelegene Zweigstellen und Zweigniederlassungen von Finanzdienstleistungsinstituten mit Sitz im Ausland,	2. un v e r ä n d e r t
3. Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute nach § 1 Absatz 2a des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes und im Inland gelegene Zweigstellen und Zweigniederlassungen von vergleichbaren Instituten mit Sitz im Ausland,	3. un v e r ä n d e r t
4. Agenten nach § 1 Absatz 7 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes und E-Geld-Agenten nach § 1a Absatz 6 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes,	4. un v e r ä n d e r t
5. selbständige Gewerbetreibende, die	5. selbständige Gewerbetreibende, die E-Geld eines Kreditinstituts nach § 1a Absatz 1 Nummer 1 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes vertreiben oder rücktauschen,
a) <i>im Namen eines Zahlungsdienstleisters nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes Zahlungsdienste nach § 1 Absatz 2 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes ausführen oder</i>	a) entfällt
b) <i>E-Geld eines Kreditinstituts nach § 1a Absatz 1 Nummer 1 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes vertreiben oder rücktauschen,</i>	b) entfällt
6. Finanzunternehmen nach § 1 Absatz 3 des Kreditwesengesetzes, die nicht unter Nummer 1 oder Nummer 4 fallen und deren Haupttätigkeit einer der in § 1 Absatz 3 Satz 1 des Kreditwesengesetzes genannten Haupttätigkeiten oder einer Haupttätigkeit eines durch Rechtsverordnung nach § 1	6. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Absatz 3 Satz 2 des Kreditwesengesetzes bezeichneten Unternehmens entspricht, und im Inland gelegene Zweigstellen und Zweigniederlassungen solcher Unternehmen mit Sitz im Ausland,	
7. Versicherungsunternehmen nach Artikel 13 Nummer 1 der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1) und im Inland gelegene Niederlassungen solcher Unternehmen mit Sitz im Ausland, soweit sie jeweils	7. un verändert
a) Lebensversicherungstätigkeiten, die unter diese Richtlinie fallen, anbieten,	
b) Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr anbieten oder	
c) Darlehen im Sinne von § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Kreditwesengesetzes vergeben,	
8. Versicherungsvermittler nach § 59 des Versicherungsvertragsgesetzes, soweit sie die unter Nummer 7 fallenden Tätigkeiten, Geschäfte, Produkte oder Dienstleistungen vermitteln, mit Ausnahme der gemäß § 34d Absatz 3 oder Absatz 4 der Gewerbeordnung tätigen Versicherungsvermittler, und im Inland gelegene Niederlassungen entsprechender Versicherungsvermittler mit Sitz im Ausland,	8. un verändert
9. Kapitalverwaltungsgesellschaften nach § 17 Absatz 1 des Kapitalanlagegesetzbuchs, im Inland gelegene Zweigniederlassungen von EU-Verwaltungsgesellschaften und ausländischen AIF-Verwaltungsgesellschaften sowie ausländische AIF-Verwaltungsgesellschaften, für die die Bundesrepublik Deutschland Referenzmitgliedstaat ist und die der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gemäß § 57 Absatz 1 Satz 3 des Kapitalanlagegesetzbuchs unterliegen,	9. un verändert
10. Rechtsanwälte, Kammerrechtsbeistände, Patentanwälte sowie Notare, soweit sie	10. un verändert
a) für ihren Mandanten an der Planung oder Durchführung von folgenden Geschäften mitwirken:	
aa) Kauf und Verkauf von Immobilien oder Gewerbebetrieben,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
bb) Verwaltung von Geld, Wertpapieren oder sonstigen Vermögenswerten,	
cc) Eröffnung oder Verwaltung von Bank-, Spar- oder Wertpapierkonten,	
dd) Beschaffung der zur Gründung, zum Betrieb oder zur Verwaltung von Gesellschaften erforderlichen Mittel,	
ee) Gründung, Betrieb oder Verwaltung von Treuhandgesellschaften, Gesellschaften oder ähnlichen Strukturen oder	
b) im Namen und auf Rechnung des Mandanten Finanz- oder Immobilientransaktionen durchführen,	
11. Rechtsbeistände, die nicht Mitglied einer Rechtsanwaltskammer sind, und registrierte Personen nach § 10 des Rechtsdienstleistungsgesetzes, soweit sie für ihren Mandanten an der Planung oder Durchführung von Geschäften nach Nummer 10 Buchstabe a mitwirken oder im Namen und auf Rechnung des Mandanten Finanz- oder Immobilientransaktionen durchführen,	11. u n v e r ä n d e r t
12. Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte,	12. u n v e r ä n d e r t
13. Dienstleister für Gesellschaften und für Treuhandvermögen oder Treuhänder, die nicht den unter den Nummern 10 bis 12 genannten Berufen angehören, wenn sie für Dritte eine der folgenden Dienstleistungen erbringen:	13. Dienstleister für Gesellschaften und für Treuhandvermögen oder Treuhänder, die nicht den unter den Nummern 10 bis 12 genannten Berufen angehören, wenn sie für Dritte eine der folgenden Dienstleistungen erbringen:
a) Gründung einer juristischen Person oder Personengesellschaft,	a) u n v e r ä n d e r t
b) Ausübung der Leitungs- oder Geschäftsführungsfunktion einer juristischen Person oder einer Personengesellschaft, Ausübung der Funktion eines Gesellschafters einer Personengesellschaft oder Ausübung einer vergleichbaren Funktion,	b) u n v e r ä n d e r t
c) Bereitstellung eines Sitzes, einer Geschäfts-, Verwaltungs- oder Postadresse und anderer damit zusammenhängender Dienstleistungen für eine juristische Person, für eine Personengesellschaft oder für eine Rechtsgestaltung nach § 1 Absatz 12 Satz 2 Nummer 2,	c) Bereitstellung eines Sitzes, einer Geschäfts-, Verwaltungs- oder Postadresse und anderer damit zusammenhängender Dienstleistungen für eine juristische Person, für eine Personengesellschaft oder für eine Rechtsgestaltung nach § 3 Absatz 3,
d) Ausübung der Funktion eines Treuhänders für eine Rechtsgestaltung nach § 3 Absatz 3,	d) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
e) Ausübung der Funktion eines nominellen Anteilseigners für eine andere Person, bei der es sich nicht um eine auf einem organisierten Markt notierte Gesellschaft nach § 2 Absatz 5 des Wertpapierhandelsgesetzes handelt, die den Gemeinschaftsrecht entsprechenden Transparenzanforderungen im Hinblick auf Stimmrechtsanteile oder gleichwertigen internationalen Standards unterliegt,	e) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
f) Schaffung der Möglichkeit für eine andere Person, die in den Buchstaben b, d und e genannten Funktionen auszuüben,	f) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
14. Immobilienmakler,	14. <code>u n v e r ä n d e r t</code>
15. Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen, soweit es sich nicht handelt um	15. Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen, soweit es sich nicht handelt um
a) Betreiber von Geldspielgeräten nach § 33c der Gewerbeordnung,	a) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
b) Vereine, die das Unternehmen eines Totalisatoren nach § 1 des Rennwett- und Lotteriegesetzes betreiben,	b) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
c) Lotterien, die <i>außerhalb des Internets angeboten und vertrieben</i> werden und die über eine staatliche Erlaubnis verfügen,	c) Lotterien, die nicht im Internet veranstaltet werden und für die die Veranstalter und Vermittler über eine staatliche Erlaubnis der in Deutschland jeweils zuständigen Behörde verfügen,
d) Soziallotterien und	d) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
16. Güterhändler.	16. <code>u n v e r ä n d e r t</code>
(2) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Verpflichtete gemäß Absatz 1 Nummer 1 bis 9 und 16, die Finanztätigkeiten, die keinen Finanztransfer im Sinne von § 1 Absatz 2 Nummer 6 des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes darstellen, nur gelegentlich oder in sehr begrenztem Umfang ausüben und bei denen ein geringes Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung besteht, vom Anwendungsbereich dieses Gesetzes ausnehmen, wenn	(2) <code>u n v e r ä n d e r t</code>
1. die Finanztätigkeit auf einzelne Transaktionen beschränkt ist, die in absoluter Hinsicht je Kunde und einzelne Transaktion den Betrag von 1 000 Euro nicht überschreitet,	
2. der Umsatz der Finanztätigkeit insgesamt nicht über 5 Prozent des jährlichen Gesamtumsatzes der betroffenen Verpflichteten hinausgeht,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. die Finanztätigkeit lediglich eine mit der ausgeübten Haupttätigkeit zusammenhängende Nebentätigkeit darstellt und	
4. die Finanztätigkeit nur für Kunden der Haupttätigkeit und nicht für die allgemeine Öffentlichkeit erbracht wird.	
§ 3	§ 3
Wirtschaftlich Berechtigter	u n v e r ä n d e r t
(1) Wirtschaftlich Berechtigter im Sinne dieses Gesetzes ist	
1. die natürliche Person, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle der Vertragspartner letztlich steht, oder	
2. die natürliche Person, auf deren Veranlassung eine Transaktion letztlich durchgeführt oder eine Geschäftsbeziehung letztlich begründet wird.	
Zu den wirtschaftlich Berechtigten zählen insbesondere die in den Absätzen 2 bis 4 aufgeführten natürlichen Personen.	
(2) Bei juristischen Personen außer rechtsfähigen Stiftungen und bei sonstigen Gesellschaften, die nicht an einem organisierten Markt nach § 2 Absatz 5 des Wertpapierhandelsgesetzes notiert sind und keinen dem Gemeinschaftsrecht entsprechenden Transparenzanforderungen im Hinblick auf Stimmrechtsanteile oder gleichwertigen internationalen Standards unterliegen, zählt zu den wirtschaftlich Berechtigten jede natürliche Person, die unmittelbar oder mittelbar	
1. mehr als 25 Prozent der Kapitalanteile hält,	
2. mehr als 25 Prozent der Stimmrechte kontrolliert oder	
3. auf vergleichbare Weise Kontrolle ausübt.	
Mittelbare Kontrolle liegt insbesondere vor, wenn entsprechende Anteile von einer oder mehreren Vereinigungen nach § 20 Absatz 1 gehalten werden, die von einer natürlichen Person kontrolliert werden. Kontrolle liegt insbesondere vor, wenn die natürliche Person unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss auf die Vereinigung nach § 20 Absatz 1 ausüben kann. Für das Bestehen eines beherrschenden Einflusses gilt § 290 Absatz 2 bis 4 des Handelsgesetzbuches entsprechend. Wenn auch nach Durchführung umfassender Prüfungen und, ohne dass Tatsachen nach § 43 Ab-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>satz 1 vorliegen, keine natürliche Person ermittelt worden ist oder wenn Zweifel daran bestehen, dass die ermittelte Person wirtschaftlich Berechtigter ist, gilt als wirtschaftlich Berechtigter der gesetzliche Vertreter, geschäftsführende Gesellschafter oder Partner des Vertragspartners.</p>	
<p>(3) Bei rechtsfähigen Stiftungen und Rechtsgestaltungen, mit denen treuhänderisch Vermögen verwaltet oder verteilt oder die Verwaltung oder Verteilung durch Dritte beauftragt wird, oder bei diesen vergleichbaren Rechtsformen zählt zu den wirtschaftlich Berechtigten:</p>	
<p>1. jede natürliche Person, die als Treugeber, Verwalter von Trusts (Trustee) oder Protektor, sofern vorhanden, handelt,</p>	
<p>2. jede natürliche Person, die Mitglied des Vorstands der Stiftung ist,</p>	
<p>3. jede natürliche Person, die als Begünstigte bestimmt worden ist,</p>	
<p>4. die Gruppe von natürlichen Personen, zu deren Gunsten das Vermögen verwaltet oder verteilt werden soll, sofern die natürliche Person, die Begünstigte des verwalteten Vermögens werden soll, noch nicht bestimmt ist, und</p>	
<p>5. jede natürliche Person, die auf sonstige Weise unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss auf die Vermögensverwaltung oder Ertragsverteilung ausübt.</p>	
<p>(4) Bei Handeln auf Veranlassung zählt zu den wirtschaftlich Berechtigten derjenige, auf dessen Veranlassung die Transaktion durchgeführt wird. Soweit der Vertragspartner als Treuhänder handelt, handelt er ebenfalls auf Veranlassung.</p>	
<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 2</p>	<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 2</p>
<p style="text-align: center;">R i s i k o m a n a g e m e n t</p>	<p style="text-align: center;">R i s i k o m a n a g e m e n t</p>
<p style="text-align: center;">§ 4</p>	<p style="text-align: center;">§ 4</p>
<p style="text-align: center;">Risikomanagement</p>	<p style="text-align: center;">u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(1) Die Verpflichteten müssen zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung über ein wirksames Risikomanagement verfügen, das</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
im Hinblick auf Art und Umfang ihrer Geschäftstätigkeit angemessen ist.	
(2) Das Risikomanagement umfasst eine Risikoanalyse nach § 5 sowie interne Sicherungsmaßnahmen nach § 6.	
(3) Verantwortlich für das Risikomanagement sowie für die Einhaltung der geldwäscherechtlichen Bestimmungen in diesem und anderen Gesetzen sowie in den aufgrund dieses und anderer Gesetze ergangenen Rechtsverordnungen ist ein zu benennendes Mitglied der Leitungsebene. Die Risikoanalyse und interne Sicherungsmaßnahmen bedürfen der Genehmigung dieses Mitglieds.	
(4) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 16 müssen über ein wirksames Risikomanagement verfügen, soweit sie im Rahmen einer Transaktion Barzahlungen über mindestens 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen.	
§ 5	§ 5
Risikoanalyse	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Verpflichteten haben diejenigen Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zu ermitteln und zu bewerten, die für Geschäfte bestehen, die von ihnen betrieben werden. Dabei haben sie insbesondere die in den Anlagen 1 und 2 genannten Risikofaktoren sowie die Informationen, die auf Grundlage der nationalen Risikoanalyse zur Verfügung gestellt werden, zu berücksichtigen. Der Umfang der Risikoanalyse richtet sich nach Art und Umfang der Geschäftstätigkeit der Verpflichteten.	
(2) Die Verpflichteten haben	
1. die Risikoanalyse zu dokumentieren,	
2. die Risikoanalyse regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren und	
3. der Aufsichtsbehörde auf Verlangen die jeweils aktuelle Fassung der Risikoanalyse zur Verfügung zu stellen.	
(3) Für Verpflichtete als Mutterunternehmen einer Gruppe gelten die Absätze 1 und 2 in Bezug auf die gesamte Gruppe.	
(4) Die Aufsichtsbehörde kann einen Verpflichteten auf dessen Antrag von der Dokumentation der Risikoanalyse befreien, wenn der Verpflichtete darlegen kann, dass die in dem jeweiligen Bereich bestehenden	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
konkreten Risiken klar erkennbar sind und sie verstanden werden.	
§ 6	§ 6
Interne Sicherungsmaßnahmen	Interne Sicherungsmaßnahmen
<p>(1) Verpflichtete haben angemessene geschäfts- und kundenbezogene interne Sicherungsmaßnahmen zu schaffen, um die Risiken von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung in Form von Grundsätzen, Verfahren und Kontrollen zu steuern und zu mindern. Angemessen sind solche Maßnahmen, die der jeweiligen Risikosituation des einzelnen Verpflichteten entsprechen und diese hinreichend abdecken. Die Verpflichteten haben die Funktionsfähigkeit der internen Sicherungsmaßnahmen zu überwachen und sie bei Bedarf zu aktualisieren.</p>	(1) u n v e r ä n d e r t
<p>(2) Interne Sicherungsmaßnahmen sind insbesondere:</p>	(2) u n v e r ä n d e r t
<p>1. die Ausarbeitung von internen Grundsätzen, Verfahren und Kontrollen in Bezug auf</p>	
<p>a) den Umgang mit Risiken nach Absatz 1,</p>	
<p>b) die Kundensorgfaltspflichten nach den §§ 10 bis 17,</p>	
<p>c) die Erfüllung der Meldepflicht nach § 43 Absatz 1,</p>	
<p>d) die Aufzeichnung von Informationen und die Aufbewahrung von Dokumenten nach § 8 und</p>	
<p>e) die Einhaltung der sonstigen geldwäscherechtlichen Vorschriften,</p>	
<p>2. die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten und seines Stellvertreters gemäß § 7,</p>	
<p>3. für Verpflichtete, die Mutterunternehmen einer Gruppe sind, die Schaffung von gruppenweiten Verfahren gemäß § 9,</p>	
<p>4. die Schaffung und Fortentwicklung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs von neuen Produkten und Technologien zur Begehung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung oder für Zwecke der Begünstigung der Anonymität von Geschäftsbeziehungen oder von Transaktionen,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
5. die Überprüfung der Mitarbeiter auf ihre Zuverlässigkeit durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Personalkontroll- und Beurteilungssysteme der Verpflichteten,	
6. die erstmalige und laufende Unterrichtung der Mitarbeiter in Bezug auf Typologien und aktuelle Methoden der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung sowie die insoweit einschlägigen Vorschriften und Pflichten, einschließlich Datenschutzbestimmungen, und	
7. die Überprüfung der zuvor genannten Grundsätze und Verfahren durch eine unabhängige Prüfung, soweit diese Überprüfung angesichts der Art und des Umfangs der Geschäftstätigkeit angemessen ist.	
(3) Soweit ein Verpflichteter nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 bis 14 und 16 seine berufliche Tätigkeit als Angestellter eines Unternehmens ausübt, obliegen die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 diesem Unternehmen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 haben über die in Absatz 2 genannten Maßnahmen hinaus Datenverarbeitungssysteme zu betreiben, mittels derer sie in der Lage sind, sowohl Geschäftsbeziehungen als auch einzelne Transaktionen im Spielbetrieb und über ein Spielerkonto nach § 15 zu erkennen, die als zweifelhaft oder ungewöhnlich anzusehen sind aufgrund des öffentlich verfügbaren oder im Unternehmen verfügbaren Erfahrungswissens über die Methoden der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Sie haben diese Datenverarbeitungssysteme zu aktualisieren.	(4) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 haben über die in Absatz 2 genannten Maßnahmen hinaus Datenverarbeitungssysteme zu betreiben, mittels derer sie in der Lage sind, sowohl Geschäftsbeziehungen als auch einzelne Transaktionen im Spielbetrieb und über ein Spielerkonto nach § 16 zu erkennen, die als zweifelhaft oder ungewöhnlich anzusehen sind aufgrund des öffentlich verfügbaren oder im Unternehmen verfügbaren Erfahrungswissens über die Methoden der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Sie haben diese Datenverarbeitungssysteme zu aktualisieren. Die Aufsichtsbehörde kann Kriterien bestimmen, bei deren Erfüllung Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 vom Einsatz von Datenverarbeitungssystemen nach Satz 1 absehen können.
(5) Die Verpflichteten haben im Hinblick auf ihre Art und Größe angemessene Vorkehrungen zu treffen, damit es ihren Mitarbeitern und Personen in einer vergleichbaren Position unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität möglich ist, Verstöße gegen geldwäscherechtliche Vorschriften geeigneten Stellen zu berichten.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die Verpflichteten treffen Vorkehrungen, um auf Anfrage der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen oder auf Anfrage anderer zuständiger Behörden Auskunft darüber zu geben, ob sie während eines Zeitraums von fünf Jahren vor der Anfrage mit bestimmten Personen eine Geschäftsbeziehung un-	(6) Die Verpflichteten treffen Vorkehrungen, um auf Anfrage der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen oder auf Anfrage anderer zuständiger Behörden Auskunft darüber zu geben, ob sie während eines Zeitraums von fünf Jahren vor der Anfrage mit bestimmten Personen eine Geschäftsbeziehung un-

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>terhalten haben und welcher Art diese Geschäftsbeziehung war. Sie haben sicherzustellen, dass die Informationen sicher und vertraulich an die anfragende Stelle übermittelt werden. Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 und 12 können die Auskunft verweigern, wenn sich die Anfrage auf Informationen bezieht, die sie im Rahmen der <i>Rechtsberatung oder der Prozessvertretung</i> erhalten haben. Die Pflicht zur Auskunft bleibt bestehen, wenn der Verpflichtete weiß, dass sein Mandant <i>die Rechtsberatung</i> für den Zweck der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung <i>in Anspruch genommen</i> hat.</p>	<p>terhalten haben und welcher Art diese Geschäftsbeziehung war. Sie haben sicherzustellen, dass die Informationen sicher und vertraulich an die anfragende Stelle übermittelt werden. Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 und 12 können die Auskunft verweigern, wenn sich die Anfrage auf Informationen bezieht, die sie im Rahmen eines der Schweigepflicht unterliegenden Mandatsverhältnisses erhalten haben. Die Pflicht zur Auskunft bleibt bestehen, wenn der Verpflichtete weiß, dass sein Mandant das Mandatsverhältnis für den Zweck der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung genutzt hat oder nutzt.</p>
<p>(7) Die Verpflichteten dürfen die internen Sicherungsmaßnahmen im Rahmen von vertraglichen Vereinbarungen durch einen Dritten durchführen lassen, wenn sie dies vorher der Aufsichtsbehörde angezeigt haben. Die Aufsichtsbehörde kann die Übertragung dann untersagen, wenn</p>	<p>(7) Die Verpflichteten dürfen die internen Sicherungsmaßnahmen im Rahmen von vertraglichen Vereinbarungen durch einen Dritten durchführen lassen, wenn sie dies vorher der Aufsichtsbehörde angezeigt haben. Die Aufsichtsbehörde kann die Übertragung dann untersagen, wenn</p>
<p>1. der Dritte nicht die Gewähr dafür bietet, dass die Sicherungsmaßnahmen ordnungsgemäß durchgeführt werden,</p>	<p>1. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>2. die Steuerungsmöglichkeiten der Verpflichteten beeinträchtigt werden oder</p>	<p>2. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>3. die Aufsicht der Aufsichtsbehörde beeinträchtigt wird.</p>	<p>3. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Die Verantwortung für die Erfüllung der Sicherungsmaßnahmen bleibt bei den Verpflichteten.</p>	<p>Die Verpflichteten haben in ihrer Anzeige darzulegen, dass die Voraussetzungen für eine Untersagung der Übertragung nach Satz 2 nicht vorliegen. Die Verantwortung für die Erfüllung der Sicherungsmaßnahmen bleibt bei den Verpflichteten.</p>
<p>(8) Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall Anordnungen erteilen, die geeignet und erforderlich sind, damit der Verpflichtete die erforderlichen internen Sicherungsmaßnahmen schafft.</p>	<p>(8) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(9) Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, dass auf einzelne Verpflichtete oder Gruppen von Verpflichteten wegen der Art der von diesen betriebenen Geschäfte und wegen der Größe des Geschäftsbetriebs unter Berücksichtigung der Risiken in Bezug auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung die Vorschriften der Absätze 1 bis 6 risikoangemessen anzuwenden sind.</p>	<p>(9) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 7	§ 7
Geldwäschebeauftragter	Geldwäschebeauftragter
(1) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3, 6, 7, 9 und 15 haben einen Geldwäschebeauftragten auf Führungsebene sowie einen Stellvertreter zu bestellen. Der Geldwäschebeauftragte ist für die Einhaltung der geldwäscherechtlichen Vorschriften zuständig. Er ist der Geschäftsleitung unmittelbar nachgeordnet.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Aufsichtsbehörde kann einen Verpflichteten von der Pflicht, einen Geldwäschebeauftragten zu bestellen, befreien, wenn sichergestellt ist, dass	(2) u n v e r ä n d e r t
1. die Gefahr von Informationsverlusten und -defiziten aufgrund arbeitsteiliger Unternehmensstruktur nicht besteht und	
2. nach risikobasierter Bewertung anderweitige Vorkehrungen getroffen werden, um Geschäftsbeziehungen und Transaktionen zu verhindern, die mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zusammenhängen.	
(3) Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, dass Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 4, 5, 8, 10 bis 14 und 16 einen Geldwäschebeauftragten zu bestellen haben, wenn sie dies für angemessen erachtet. Bei Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 16 <i>erfolgt</i> die Anordnung <i>stets</i> , wenn die Haupttätigkeit des Verpflichteten im Handel mit hochwertigen Gütern besteht.	(3) Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, dass Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 4, 5, 8, 10 bis 14 und 16 einen Geldwäschebeauftragten zu bestellen haben, wenn sie dies für angemessen erachtet. Bei Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 16 soll die Anordnung erfolgen , wenn die Haupttätigkeit des Verpflichteten im Handel mit hochwertigen Gütern besteht.
(4) Die Verpflichteten haben der Aufsichtsbehörde die Bestellung des Geldwäschebeauftragten und seines Stellvertreters oder ihre Entpflichtung vorab anzuzeigen. Die Bestellung einer Person zum Geldwäschebeauftragten oder zu seinem Stellvertreter muss auf Verlangen der Aufsichtsbehörde widerrufen werden, wenn die Person nicht die erforderliche Qualifikation oder Zuverlässigkeit aufweist.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Der Geldwäschebeauftragte muss seine Tätigkeit im Inland ausüben. Er muss Ansprechpartner sein für die Strafverfolgungsbehörden, für die für Aufklärung, Verhütung und Beseitigung von Gefahren zuständigen Behörden, für die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und für die Aufsichtsbehörde in Bezug auf die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften. Ihm sind ausreichende Befugnisse und die für eine ordnungsgemäße Durchführung seiner	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Funktion notwendigen Mittel einzuräumen. Insbesondere ist ihm ungehinderter Zugang zu sämtlichen Informationen, Daten, Aufzeichnungen und Systemen zu gewähren oder zu verschaffen, die im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben von Bedeutung sein können. Der Geldwäschebeauftragte hat der Geschäftsleitung unmittelbar zu berichten. Soweit der Geldwäschebeauftragte die Erstattung einer Meldung nach § 43 Absatz 1 beabsichtigt oder ein Auskunftersuchen der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nach § 30 Absatz 3 beantwortet, unterliegt er nicht dem Direktionsrecht durch die Geschäftsleitung.</p>	
<p>(6) Der Geldwäschebeauftragte darf Daten und Informationen ausschließlich zur Erfüllung seiner Aufgaben verwenden.</p>	(6) u n v e r ä n d e r t
<p>(7) Dem Geldwäschebeauftragten und dem Stellvertreter darf wegen der Erfüllung ihrer Aufgaben keine Benachteiligung im Beschäftigungsverhältnis entstehen. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist unzulässig, es sei denn, dass Tatsachen vorliegen, welche die verantwortliche Stelle zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigen. Nach der Abberufung als Geldwäschebeauftragter oder als Stellvertreter ist die Kündigung innerhalb eines Jahres nach der Beendigung der Bestellung unzulässig, es sei denn, dass die verantwortliche Stelle zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt ist.</p>	(7) u n v e r ä n d e r t
<p>§ 8</p>	<p>§ 8</p>
<p>Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht</p>	<p>Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht</p>
<p>(1) Vom Verpflichteten aufzuzeichnen und aufzubewahren sind</p>	<p>(1) Vom Verpflichteten aufzuzeichnen und aufzubewahren sind</p>
<p>1. die im Rahmen der Erfüllung der Sorgfaltspflichten erhobenen Angaben und eingeholten Informationen</p>	<p>1. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>a) über Vertragspartner, gegebenenfalls über die für die Vertragspartner auftretenden Personen und wirtschaftlich Berechtigten,</p>	
<p>b) über Geschäftsbeziehungen und Transaktionen, insbesondere Transaktionsbelege, soweit sie für die Untersuchung von Transaktionen erforderlich sein können,</p>	
<p>2. hinreichende Informationen über die Durchführung und über die Ergebnisse der Risikobewertung nach § 10 Absatz 2, § 14 Absatz 1 und § 15 Absatz 2 und über die Angemessenheit der auf</p>	<p>2. u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Grundlage dieser Ergebnisse ergriffenen Maßnahmen,	
3. die Ergebnisse der Untersuchung nach § 15 Absatz 5 Nummer 1 und	3. un verändert
4. die Erwägungsgründe und eine nachvollziehbare Begründung des Bewertungsergebnisses eines Sachverhalts hinsichtlich der Meldepflicht nach § 43 Absatz 1.	4. un verändert
Die Aufzeichnungen nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a schließen Aufzeichnungen über die getroffenen Maßnahmen zur Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten ein.	Die Aufzeichnungen nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a schließen Aufzeichnungen über die getroffenen Maßnahmen zur Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten bei juristischen Personen im Sinne von § 3 Absatz 2 Satz 1 ein.
(2) Zur Erfüllung der Pflicht nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a sind in den Fällen des § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 auch die Art, die Nummer und die Behörde, die das zur Überprüfung der Identität vorgelegte Dokument ausgestellt hat, aufzuzeichnen. Soweit zur Überprüfung der Identität einer natürlichen Person Dokumente nach § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder 4 vorgelegt oder zur Überprüfung der Identität einer juristischen Person Unterlagen nach § 12 Absatz 2 vorgelegt oder soweit Dokumente, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 12 Absatz 3 bestimmt sind, vorgelegt oder herangezogen werden, haben die Verpflichteten das Recht und die Pflicht, vollständige Kopien dieser Dokumente oder Unterlagen anzufertigen oder sie vollständig optisch digitalisiert zu erfassen. Diese gelten als Aufzeichnung im Sinne des Satzes 1. Wird nach § 11 Absatz 3 Satz 1 von einer erneuten Identifizierung abgesehen, so sind der Name des zu Identifizierenden und der Umstand, dass er bei früherer Gelegenheit identifiziert worden ist, aufzuzeichnen. Im Fall des § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 ist anstelle der Art, der Nummer und der Behörde, die das zur Überprüfung der Identität vorgelegte Dokument ausgestellt hat, das dienste- und kartenspezifische Kennzeichen und die Tatsache, dass die Prüfung anhand eines elektronischen Identitätsnachweises erfolgt ist, aufzuzeichnen. Bei der Überprüfung der Identität anhand einer qualifizierten Signatur nach § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 ist auch deren Validierung aufzuzeichnen. Bei Einholung von Angaben und Informationen durch Einsichtnahme in elektronisch geführte Register oder Verzeichnisse gemäß § 12 Absatz 2 gilt die Anfertigung eines Ausdrucks als Aufzeichnung der darin enthaltenen Angaben oder Informationen.	(2) un verändert

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(3) Die Aufzeichnungen können auch digital auf einem Datenträger gespeichert werden. Die Verpflichteten müssen sicherstellen, dass die gespeicherten Daten	(3) u n v e r ä n d e r t
1. mit den festgestellten Angaben und Informationen übereinstimmen,	
2. während der Dauer der Aufbewahrungsfrist verfügbar sind und	
3. jederzeit innerhalb von einer angemessenen Frist lesbar gemacht werden können.	
(4) Die Aufzeichnungen und sonstige Belege nach den Absätzen 1 bis 3 sind fünf Jahre aufzubewahren und danach unverzüglich zu vernichten. Andere gesetzliche Bestimmungen über Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten bleiben hiervon unberührt. Die Aufbewahrungsfrist im Fall des § 10 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die Geschäftsbeziehung endet. In den übrigen Fällen beginnt sie mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die jeweilige Angabe festgestellt worden ist.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Soweit aufzubewahrende Unterlagen einer öffentlichen Stelle vorzulegen sind, gilt für die Lesbarmachung der Unterlagen § 147 Absatz 5 der Abgabenordnung entsprechend.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 9	§ 9
Gruppenweite Einhaltung von Pflichten	Gruppenweite Einhaltung von Pflichten
(1) Verpflichtete, die Mutterunternehmen einer Gruppe sind, haben eine Risikoanalyse für alle gruppenangehörigen Unternehmen, Zweigstellen und Zweigniederlassungen, die geldwäscherechtlichen Pflichten unterliegen, durchzuführen. Auf Grundlage dieser Risikoanalyse haben sie gruppenweit folgende Maßnahmen zu ergreifen:	(1) Verpflichtete, die Mutterunternehmen einer Gruppe sind, haben eine Risikoanalyse für alle gruppenangehörigen Unternehmen, Zweigstellen und Zweigniederlassungen, die geldwäscherechtlichen Pflichten unterliegen, durchzuführen. Auf Grundlage dieser Risikoanalyse haben sie gruppenweit folgende Maßnahmen zu ergreifen:
1. gruppenweit einheitliche interne Sicherungsmaßnahmen gemäß § 6 Absatz 1 und 2,	1. u n v e r ä n d e r t
	2. die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten, der für die Erstellung einer gruppenweiten Strategie zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie für die Koordinierung und Überwachung ihrer Umsetzung zuständig ist,

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. Verfahren für den Informationsaustausch innerhalb der Gruppe zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung sowie	3. un verändert
3. Vorkehrungen zum Schutz von personenbezogenen Daten.	4. un verändert
Sie haben sicherzustellen, dass die Pflichten und Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 von ihren nachgeordneten Unternehmen, Zweigstellen oder Zweigniederlassungen, soweit diese geldwäscherechtlichen Pflichten unterliegen, wirksam umgesetzt werden.	Sie haben sicherzustellen, dass die Pflichten und Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 von ihren nachgeordneten Unternehmen, Zweigstellen oder Zweigniederlassungen, soweit diese geldwäscherechtlichen Pflichten unterliegen, wirksam umgesetzt werden.
(2) Soweit sich gruppenangehörige Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union befinden, haben die Mutterunternehmen sicherzustellen, dass diese gruppenangehörigen Unternehmen die dort geltenden nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/849 einhalten.	(2) un verändert
(3) Soweit sich gruppenangehörige Unternehmen in einem Drittstaat befinden, in dem weniger strenge Anforderungen an Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche oder von Terrorismusfinanzierung gelten, gilt Absatz 1, soweit das Recht des Drittstaats dies zulässt. Soweit die in Absatz 1 genannten Maßnahmen nach dem Recht des Drittstaats nicht durchgeführt werden dürfen, sind die Mutterunternehmen verpflichtet,	(3) un verändert
1. sicherzustellen, dass ihre dort ansässigen gruppenangehörigen Unternehmen zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um dem Risiko der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung wirksam zu begegnen, und	
2. die Aufsichtsbehörde über die getroffenen Maßnahmen zu informieren.	
Reichen die getroffenen Maßnahmen nicht aus, so ordnet die Aufsichtsbehörde an, dass die Mutterunternehmen sicherstellen, dass ihre nachgeordneten Unternehmen, Zweigstellen oder Zweigniederlassungen in diesem Drittstaat keine Geschäftsbeziehung begründen oder fortsetzen und keine Transaktionen durchführen. Soweit eine Geschäftsbeziehung bereits besteht, hat das Mutterunternehmen sicherzustellen, dass diese Geschäftsbeziehung ungeachtet anderer gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen durch Kündigung oder auf andere Weise beendet wird.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Abschnitt 3	Abschnitt 3
Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden	Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden
§ 10	§ 10
Allgemeine Sorgfaltspflichten	Allgemeine Sorgfaltspflichten
(1) Die allgemeinen Sorgfaltspflichten sind:	(1) Die allgemeinen Sorgfaltspflichten sind:
1. die Identifizierung des Vertragspartners und gegebenenfalls der für ihn auftretenden Person nach Maßgabe des § 11 Absatz 4 und des § 12 Absatz 1 und 2 sowie die Prüfung, ob die für den Vertragspartner auftretende Person hierzu berechtigt ist,	1. un v e r ä n d e r t
2. die Abklärung, ob der Vertragspartner für einen wirtschaftlich Berechtigten handelt, und, soweit dies der Fall ist, die Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten nach Maßgabe des § 11 Absatz 5; dies umfasst in Fällen, in denen der Vertragspartner keine natürliche Person ist, die Pflicht, die Eigentums- und Kontrollstruktur des Vertragspartners mit angemessenen Mitteln in Erfahrung zu bringen,	2. un v e r ä n d e r t
3. die Einholung und Bewertung von Informationen über den Zweck und über die angestrebte Art der Geschäftsbeziehung, soweit sich diese Informationen im Einzelfall nicht bereits zweifelsfrei aus der Geschäftsbeziehung ergeben,	3. un v e r ä n d e r t
4. die Feststellung, ob es sich bei dem Vertragspartner oder dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person, um ein Familienmitglied oder um eine bekanntermaßen nahestehende Person handelt, und	4. die Feststellung mit angemessenen, risikoorientierten Verfahren , ob es sich bei dem Vertragspartner oder dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person, um ein Familienmitglied oder um eine bekanntermaßen nahestehende Person handelt, und
5. die kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehung einschließlich der Transaktionen, die in ihrem Verlauf durchgeführt werden, zur Sicherstellung, dass diese Transaktionen übereinstimmen	5. un v e r ä n d e r t
a) mit den beim Verpflichteten vorhandenen Dokumenten und Informationen über den Vertragspartner und gegebenenfalls über den wirtschaftlich Berechtigten, über deren Geschäftstätigkeit und Kundenprofil und,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) soweit erforderlich, mit den beim Verpflichteten vorhandenen Informationen über die Herkunft der Vermögenswerte;	
im Rahmen der kontinuierlichen Überwachung haben die Verpflichteten sicherzustellen, dass die jeweiligen Dokumente, Daten oder Informationen unter Berücksichtigung des jeweiligen Risikos im angemessenen zeitlichen Abstand aktualisiert werden.	
(2) Der konkrete Umfang der Maßnahmen nach Absatz 1 Nummer 2 bis 5 muss dem jeweiligen Risiko der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung, insbesondere in Bezug auf den Vertragspartner, die Geschäftsbeziehung oder Transaktion, entsprechen. Die Verpflichteten berücksichtigen dabei insbesondere die in den Anlagen 1 und 2 genannten Risikofaktoren. Darüber hinaus zu berücksichtigen haben sie bei der Bewertung der Risiken zumindest	(2) u n v e r ä n d e r t
1. den Zweck des Kontos oder der Geschäftsbeziehung,	
2. die Höhe der von Kunden eingezahlten Vermögenswerte oder den Umfang der ausgeführten Transaktionen sowie	
3. die Regelmäßigkeit oder die Dauer der Geschäftsbeziehung.	
Verpflichtete müssen gegenüber den Aufsichtsbehörden auf deren Verlangen darlegen, dass der Umfang der von ihnen getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung angemessen ist.	
(3) Die allgemeinen Sorgfaltspflichten sind von Verpflichteten zu erfüllen:	(3) u n v e r ä n d e r t
1. bei der Begründung einer Geschäftsbeziehung,	
2. bei Transaktionen, die außerhalb einer Geschäftsbeziehung durchgeführt werden, wenn es sich handelt um	
a) Geldtransfers nach Artikel 3 Nummer 9 der Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über begleitende Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1) und dieser Geldtransfer einen Betrag von 1 000 Euro oder mehr ausmacht,	
b) die Durchführung einer sonstigen Transaktion im Wert von 15 000 Euro oder mehr,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. ungeachtet etwaiger nach diesem Gesetz oder anderen Gesetzen bestehender Ausnahmeregelungen, Befreiungen oder Schwellenbeträge beim Vorliegen von Tatsachen, die darauf hindeuten, dass	
a) es sich bei Vermögensgegenständen, die mit einer Transaktion oder Geschäftsbeziehung im Zusammenhang stehen, um den Gegenstand von Geldwäsche handelt oder	
b) die Vermögensgegenstände im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung stehen,	
4. bei Zweifeln, ob die aufgrund von Bestimmungen dieses Gesetzes erhobenen Angaben zu der Identität des Vertragspartners, zu der Identität einer für den Vertragspartner auftretenden Person oder zu der Identität des wirtschaftlich Berechtigten zutreffend sind.	
Die Verpflichteten müssen die allgemeinen Sorgfaltspflichten bei allen neuen Kunden erfüllen. Bei bereits bestehenden Geschäftsbeziehungen müssen sie die allgemeinen Sorgfaltspflichten zu geeigneter Zeit auf risikobasierter Grundlage erfüllen, insbesondere dann, wenn sich bei einem Kunden maßgebliche Umstände ändern.	
(4) Nehmen Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 3 bis 5 Bargeld bei der Erbringung von Zahlungsdiensten nach § 1 Absatz 2 des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes an, so haben sie die allgemeinen Sorgfaltspflichten nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 zu erfüllen.	(4) Nehmen Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 bis 5 Bargeld bei der Erbringung von Zahlungsdiensten nach § 1 Absatz 2 des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes an, so haben sie die allgemeinen Sorgfaltspflichten nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 zu erfüllen.
(5) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 haben die allgemeinen Sorgfaltspflichten bei Gewinnen oder Einsätzen eines Spielers in Höhe von 2 000 Euro oder mehr zu erfüllen, es sei denn, das Glücksspiel wird im Internet angeboten oder vermittelt. Der Identifizierungspflicht kann auch dadurch nachgekommen werden, dass der Spieler bereits beim Betreten der Spielbank oder der sonstigen örtlichen Glücksspielstätte identifiziert wird, wenn vom Verpflichteten zusätzlich sichergestellt wird, dass Transaktionen im Wert von 2 000 Euro oder mehr einschließlich des Kaufs oder Rücktauschs von Spielmarken dem jeweiligen Spieler zugeordnet werden können.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 16 haben Sorgfaltspflichten in den Fällen des Absatzes 3 Nummer 3 sowie bei Transaktionen, bei welchen sie Barzahlungen über mindestens 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen, zu erfüllen.	(6) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 16 haben Sorgfaltspflichten in den Fällen des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 3 sowie bei Transaktionen, bei welchen sie Barzahlungen über mindestens 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen, zu erfüllen.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(7) Für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 4 und 5, die bei der Ausgabe von E-Geld tätig sind, gilt § 25i Absatz 1 des Kreditwesengesetzes mit der Maßgabe, dass lediglich die Pflichten nach Absatz 1 Nummer 1 und 4 zu erfüllen sind. § 25i Absatz 2 und 4 des Kreditwesengesetzes gilt entsprechend.</p>	(7) u n v e r ä n d e r t
<p>(8) Versicherungsvermittler nach § 2 Absatz 1 Nummer 8, die für ein Versicherungsunternehmen nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 Prämien einziehen, haben diesem Versicherungsunternehmen mitzuteilen, wenn Prämienzahlungen in bar erfolgen und den Betrag von 15 000 Euro innerhalb eines Kalenderjahres übersteigen.</p>	(8) u n v e r ä n d e r t
<p>(9) Ist der Verpflichtete nicht in der Lage, die allgemeinen Sorgfaltspflichten nach Absatz 1 Nummer 1 bis 4 zu erfüllen, so darf die Geschäftsbeziehung nicht begründet oder nicht fortgesetzt werden und darf keine Transaktion durchgeführt werden. Soweit eine Geschäftsbeziehung bereits besteht, ist sie vom Verpflichteten ungeachtet anderer gesetzlicher oder vertraglicher Bestimmungen durch Kündigung oder auf andere Weise zu beenden. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 und 12, wenn der Mandant eine Rechtsberatung oder Prozessvertretung erstrebt, es sei denn, der Verpflichtete weiß, dass der Mandant die Rechtsberatung bewusst für den Zweck der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung in Anspruch nimmt.</p>	(9) u n v e r ä n d e r t
§ 11	§ 11
Identifizierung	u n v e r ä n d e r t
<p>(1) Verpflichtete haben Vertragspartner, gegebenenfalls für diese auftretende Personen und wirtschaftlich Berechtigte vor Begründung der Geschäftsbeziehung oder vor Durchführung der Transaktion zu identifizieren. Die Identifizierung kann auch noch während der Begründung der Geschäftsbeziehung abgeschlossen werden, wenn dies erforderlich ist, um den normalen Geschäftsablauf nicht zu unterbrechen, und wenn ein geringes Risiko der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung besteht.</p>	
<p>(2) Abweichend von Absatz 1 hat ein Verpflichteter nach § 2 Absatz 1 Nummer 14 die Vertragsparteien des Kaufgegenstandes zu identifizieren, sobald der Vertragspartner des Maklervertrages ein ernsthaftes Interesse an der Durchführung des Immobilienkaufvertrages äußert und die Kaufvertragsparteien hinreichend bestimmt sind.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(3) Von einer Identifizierung kann abgesehen werden, wenn der Verpflichtete die zu identifizierende Person bereits bei früherer Gelegenheit im Rahmen der Erfüllung seiner Sorgfaltspflichten identifiziert hat und die dabei erhobenen Angaben aufgezeichnet hat. Muss der Verpflichtete aufgrund der äußeren Umstände Zweifel hegen, ob die bei der früheren Identifizierung erhobenen Angaben weiterhin zutreffend sind, hat er eine erneute Identifizierung durchzuführen.</p>	
<p>(4) Bei der Identifizierung hat der Verpflichtete folgende Angaben zu erheben:</p>	
<p>1. bei einer natürlichen Person:</p>	
<p>a) Vorname und Nachname,</p>	
<p>b) Geburtsort,</p>	
<p>c) Geburtsdatum,</p>	
<p>d) Staatsangehörigkeit und</p>	
<p>e) eine Wohnanschrift oder, sofern kein fester Wohnsitz mit rechtmäßigem Aufenthalt in der Europäischen Union besteht und die Überprüfung der Identität im Rahmen des Abschlusses eines Basiskontovertrags im Sinne von § 38 des Zahlungskontengesetzes erfolgt, die postalische Anschrift, unter der der Vertragspartner sowie die gegenüber dem Verpflichteten auftretende Person erreichbar ist;</p>	
<p>2. bei einer juristischen Person oder bei einer Personengesellschaft:</p>	
<p>a) Firma, Name oder Bezeichnung,</p>	
<p>b) Rechtsform,</p>	
<p>c) Registernummer, falls vorhanden,</p>	
<p>d) Anschrift des Sitzes oder der Hauptniederlassung und</p>	
<p>e) die Namen der Mitglieder des Vertretungsorgans oder die Namen der gesetzlichen Vertreter und, sofern ein Mitglied des Vertretungsorgans oder der gesetzliche Vertreter eine juristische Person ist, von dieser juristischen Person die Daten nach den Buchstaben a bis d.</p>	
<p>(5) Bei einem wirtschaftlich Berechtigten hat der Verpflichtete abweichend von Absatz 4 zur Feststellung der Identität zumindest dessen Name und, soweit dies in Ansehung des im Einzelfall bestehenden</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Risikos der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung angemessen ist, weitere Identifizierungsmerkmale zu erheben. Geburtsdatum, Geburtsort und Anschrift des wirtschaftlich Berechtigten dürfen unabhängig vom festgestellten Risiko erhoben werden. Der Verpflichtete hat sich durch risikoangemessene Maßnahmen zu vergewissern, dass die zur Identifizierung erhobenen Angaben zutreffend sind; dabei darf sich der Verpflichtete nicht ausschließlich auf die Angaben im Transparenzregister verlassen.</p>	
<p>(6) Der Vertragspartner eines Verpflichteten hat dem Verpflichteten die Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Identifizierung erforderlich sind. Ergeben sich im Laufe der Geschäftsbeziehung Änderungen, hat er diese Änderungen unverzüglich dem Verpflichteten anzuzeigen. Der Vertragspartner hat gegenüber dem Verpflichteten offenzulegen, ob er die Geschäftsbeziehung oder die Transaktion für einen wirtschaftlich Berechtigten begründen, fortsetzen oder durchführen will. Mit der Offenlegung hat er dem Verpflichteten auch die Identität des wirtschaftlich Berechtigten nachzuweisen.</p>	
<p>§ 12</p>	<p>§ 12</p>
<p>Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(1) Die Identitätsüberprüfung hat in den Fällen des § 10 Absatz 1 Nummer 1 bei natürlichen Personen zu erfolgen anhand</p>	
<p>1. eines gültigen amtlichen Ausweises, der ein Lichtbild des Inhabers enthält und mit dem die Pass- und Ausweispflicht im Inland erfüllt wird, insbesondere anhand eines inländischen oder nach ausländerrechtlichen Bestimmungen anerkannten oder zugelassenen Passes, Personalausweises oder Pass- oder Ausweisersatzes,</p>	
<p>2. eines elektronischen Identitätsnachweises nach § 18 des Personalausweisgesetzes oder nach § 78 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes,</p>	
<p>3. einer qualifizierten elektronischen Signatur nach Artikel 3 Nummer 12 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 73),</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
4. eines nach Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 9 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 notifizierten elektronischen Identifizierungssystems oder	
5. von Dokumenten nach § 1 Absatz 1 der Verordnung über die Bestimmung von Dokumenten, die zur Identifizierung einer nach dem Geldwäschegesetz zu identifizierenden Person zum Zwecke des Abschlusses eines Zahlungskontovertrags zugelassen werden.	
Im Fall der Identitätsüberprüfung anhand einer qualifizierten elektronischen Signatur gemäß Satz 1 Nummer 3 hat der Verpflichtete eine Validierung der qualifizierten elektronischen Signatur nach Artikel 32 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 vorzunehmen. Er hat in diesem Falle auch sicherzustellen, dass eine Transaktion unmittelbar von einem Zahlungskonto im Sinne des § 1 Absatz 3 des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes erfolgt, das auf den Namen des Vertragspartners lautet, bei einem Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 3 oder bei einem Kreditinstitut, das ansässig ist in einem	
1. anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union,	
2. Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder	
3. Drittstaat, in dem das Kreditinstitut Sorgfalts- und Aufbewahrungspflichten unterliegt, die den in der Richtlinie (EU) 2015/849 festgelegten Sorgfalts- und Aufbewahrungspflichten entsprechen und deren Einhaltung in einer mit Kapitel IV Abschnitt 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 im Einklang stehenden Weise beaufsichtigt wird.	
(2) Die Identitätsüberprüfung hat in den Fällen des § 10 Absatz 1 Nummer 1 bei juristischen Personen zu erfolgen anhand	
1. eines Auszuges aus dem Handels- oder Genossenschaftsregister oder aus einem vergleichbaren amtlichen Register oder Verzeichnis,	
2. von Gründungsdokumenten oder von gleichwertigen beweiskräftigen Dokumenten oder	
3. einer eigenen dokumentierten Einsichtnahme des Verpflichteten in die Register- oder Verzeichnisse.	
(3) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Bundesrates weitere Dokumente bestimmen, die zur Überprüfung der Identität geeignet sind.	
§ 13	§ 13
Verfahren zur Identitätsüberprüfung, Verordnungsermächtigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Verpflichtete überprüfen die Identität der natürlichen Personen mit einem der folgenden Verfahren:	
1. durch angemessene Prüfung des vor Ort vorgelegten Dokuments oder	
2. mittels eines sonstigen Verfahrens, das zur geldwäscherechtl. Überprüfung der Identität geeignet ist und ein Sicherheitsniveau aufweist, das dem in Nummer 1 genannten Verfahren gleichwertig ist.	
(2) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf,	
1. Konkretisierungen oder weitere Anforderungen an das in Absatz 1 genannte Verfahren sowie an die sich dieser bedienenden Verpflichteten festlegen und	
2. Verfahren bestimmen, die zur geldwäscherechtl. Identifizierung nach Absatz 1 Nummer 2 geeignet sind.	
§ 14	§ 14
Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung	Vereinfachte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung
(1) Verpflichtete müssen nur vereinfachte Sorgfaltspflichten erfüllen, soweit sie <i>bei ihrer Risikoanalyse oder im Einzelfall</i> unter Berücksichtigung der in den Anlagen 1 und 2 genannten Risikofaktoren feststellen, dass in bestimmten Bereichen, insbesondere im Hinblick auf Kunden, <i>Produkte</i> , Dienstleistungen oder <i>Transaktionen</i> , nur ein geringes Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung besteht. Für die Darlegung der Angemessenheit gilt § 10 Absatz 2 Satz 4 entsprechend.	(1) Verpflichtete müssen nur vereinfachte Sorgfaltspflichten erfüllen, soweit sie unter Berücksichtigung der in den Anlagen 1 und 2 genannten Risikofaktoren feststellen, dass in bestimmten Bereichen, insbesondere im Hinblick auf Kunden, Transaktionen und Dienstleistungen oder Produkte , nur ein geringes Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung besteht. Vor der Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten haben sich die Verpflichteten zu vergewissern, dass die Geschäftsbeziehung oder Transaktion tatsächlich mit einem geringeren Risiko der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung verbunden ist. Für die Darlegung der Angemessenheit gilt § 10 Absatz 2 Satz 4 entsprechend.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(2) Bei Anwendbarkeit der vereinfachten Sorgfaltspflichten können Verpflichtete	(2) u n v e r ä n d e r t
1. den Umfang der Maßnahmen, die zur Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten zu treffen sind, angemessen reduzieren und	
2. insbesondere die Überprüfung der Identität abweichend von den §§ 12 und 13 auf der Grundlage von sonstigen Dokumenten, Daten oder Informationen durchführen, die von einer glaubwürdigen und unabhängigen Quelle stammen und für die Überprüfung geeignet sind.	
Die Verpflichteten müssen in jedem Fall die Überprüfung von Transaktionen und die Überwachung von Geschäftsbeziehungen in einem Umfang sicherstellen, der es ihnen ermöglicht, ungewöhnliche oder verdächtige Transaktionen zu erkennen und zu melden.	
(3) Ist der Verpflichtete nicht in der Lage, die vereinfachten Sorgfaltspflichten zu erfüllen, so gilt § 10 Absatz 9 entsprechend.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Fallkonstellationen festlegen, in denen insbesondere im Hinblick auf Kunden, Produkte, Dienstleistungen, Transaktionen oder Vertriebskanäle ein geringeres Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung bestehen kann und die Verpflichteten unter den Voraussetzungen von Absatz 1 nur vereinfachte Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden erfüllen müssen. Bei der Festlegung sind die in den Anlagen 1 und 2 genannten Risikofaktoren zu berücksichtigen.	(4) u n v e r ä n d e r t
	(5) Die Verordnung (EU) 2015/847 findet keine Anwendung auf Inlandsgeldtransfers auf ein Zahlungskonto eines Begünstigten, auf das ausschließlich Zahlungen für die Lieferung von Gütern oder Dienstleistungen vorgenommen werden können, wenn
	1. der Zahlungsdienstleister des Begünstigten den Verpflichtungen dieses Gesetzes unterliegt,
	2. der Zahlungsdienstleister des Begünstigten in der Lage ist, anhand einer individuellen Transaktionskennziffer über den Begünstigten den Geldtransfer bis zu der Person zurückzuer-

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	folgen, die mit dem Begünstigten eine Vereinbarung über die Lieferung von Gütern und Dienstleistungen getroffen hat, und
	3. der überwiesene Betrag höchstens 1 000 Euro beträgt.
§ 15	§ 15
Verstärkte Sorgfaltspflichten, Verordnungsermächtigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die verstärkten Sorgfaltspflichten sind zusätzlich zu den allgemeinen Sorgfaltspflichten zu erfüllen.	
(2) Verpflichtete haben verstärkte Sorgfaltspflichten zu erfüllen, wenn sie im Rahmen der Risikoanalyse oder im Einzelfall unter Berücksichtigung der in den Anlagen 1 und 2 genannten Risikofaktoren feststellen, dass ein höheres Risiko der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehen kann. Die Verpflichteten bestimmen den konkreten Umfang der zu ergreifenden Maßnahmen entsprechend dem jeweiligen höheren Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung. Für die Darlegung der Angemessenheit gilt § 10 Absatz 2 Satz 4 entsprechend.	
(3) Ein höheres Risiko liegt insbesondere vor, wenn	
1. es sich bei einem Vertragspartner des Verpflichteten oder bei einem wirtschaftlich Berechtigten handelt um	
a) eine politisch exponierte Person, ein Familienmitglied oder um eine bekanntermaßen nahestehende Person oder	
b) eine natürliche oder juristische Person, die in einem von der Europäischen Kommission nach Artikel 9 der Richtlinie (EU) 2015/849 ermittelten Drittstaat mit hohem Risiko niedergelassen ist; dies gilt nicht für Zweigstellen von in der Europäischen Union niedergelassenen Verpflichteten gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/849 und für mehrheitlich im Besitz dieser Verpflichteten befindlichen Tochterunternehmen, die ihren Standort in einem Drittstaat mit hohem Risiko haben, sofern sie sich uneingeschränkt an die von ihnen anzuwendenden gruppen-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
weiten Strategien und Verfahren nach Artikel 45 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/849 halten,	
2. es sich um eine Transaktion handelt, die im Verhältnis zu vergleichbaren Fällen	
a) besonders komplex oder groß ist,	
b) ungewöhnlich abläuft oder	
c) ohne offensichtlichen wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck erfolgt, oder	
3. es sich für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 8 um eine grenzüberschreitende Korrespondenzbeziehung mit Respondenten mit Sitz in einem Drittstaat oder, vorbehaltlich einer Beurteilung durch die Verpflichteten als erhöhtes Risiko, in einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums handelt.	
(4) In den Absätzen 2 und 3 Nummer 1 genannten Fällen sind mindestens folgende verstärkte Sorgfaltspflichten zu erfüllen:	
1. die Begründung oder Fortführung einer Geschäftsbeziehung bedarf der Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene,	
2. es sind angemessene Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Herkunft der Vermögenswerte bestimmt werden kann, die im Rahmen der Geschäftsbeziehung oder der Transaktion eingesetzt werden, und	
3. die Geschäftsbeziehung ist einer verstärkten kontinuierlichen Überwachung zu unterziehen.	
Wenn im Fall des Absatzes 3 Nummer 1 Buchstabe a der Vertragspartner oder der wirtschaftlich Berechtigte erst im Laufe der Geschäftsbeziehung ein wichtiges öffentliches Amt auszuüben begonnen hat oder der Verpflichtete erst nach Begründung der Geschäftsbeziehung von der Ausübung eines wichtigen öffentlichen Amtes durch den Vertragspartner oder den wirtschaftlich Berechtigten Kenntnis erlangt, so hat der Verpflichtete sicherzustellen, dass die Fortführung der Geschäftsbeziehung nur mit Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene erfolgt.	
(5) In dem in Absatz 3 Nummer 2 genannten Fall sind mindestens folgende verstärkte Sorgfaltspflichten zu erfüllen:	
1. die Transaktion ist zu untersuchen, um das Risiko der jeweiligen Geschäftsbeziehung oder Transak-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
tionen in Bezug auf Geldwäsche oder auf Terrorismusfinanzierung überwachen und einschätzen zu können und um gegebenenfalls prüfen zu können, ob die Pflicht zu einer Meldung nach § 43 Absatz 1 vorliegt, und	
2. die der Transaktion zugrunde liegende Geschäftsbeziehung, soweit vorhanden, ist einer verstärkten kontinuierlichen Überwachung zu unterziehen, um das mit der Geschäftsbeziehung verbundene Risiko in Bezug auf Geldwäsche oder auf Terrorismusfinanzierung einschätzen und bei höherem Risiko überwachen zu können.	
(6) In dem in Absatz 3 Nummer 3 genannten Fall haben Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 9 mindestens folgende verstärkte Sorgfaltspflichten zu erfüllen:	
1. es sind ausreichende Informationen über den Respondenten einzuholen, um die Art seiner Geschäftstätigkeit in vollem Umfang verstehen und seine Reputation, seine Kontrollen zur Verhinderung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie die Qualität der Aufsicht bewerten zu können,	
2. es ist vor Begründung einer Geschäftsbeziehung mit dem Respondenten die Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene einzuholen,	
3. es sind vor Begründung einer solchen Geschäftsbeziehung die jeweiligen Verantwortlichkeiten der Beteiligten in Bezug auf die Erfüllung der Sorgfaltspflichten festzulegen und nach Maßgabe des § 8 zu dokumentieren,	
4. es sind Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass sie keine Geschäftsbeziehung mit einem Respondenten begründen oder fortsetzen, von dem bekannt ist, dass seine Konten von einer Bank-Mantelgesellschaft genutzt werden, und	
5. es sind Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass der Respondent keine Transaktionen über Durchlaufkonten zulässt.	
(7) Bei einer ehemaligen politisch exponierten Person haben die Verpflichteten für mindestens zwölf Monate nach Ausscheiden aus dem öffentlichen Amt das Risiko zu berücksichtigen, das spezifisch für politisch exponierte Personen ist, und so lange angemessene und risikoorientierte Maßnahmen zu treffen, bis anzunehmen ist, dass dieses Risiko nicht mehr besteht.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(8) Liegen Tatsachen oder Bewertungen nationaler oder internationaler für die Verhinderung oder Bekämpfung der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung zuständiger Stellen vor, die die Annahme rechtfertigen, dass über die in Absatz 3 genannten Fälle hinaus ein höheres Risiko besteht, so kann die Aufsichtsbehörde anordnen, dass die Verpflichteten die Transaktionen oder Geschäftsbeziehungen einer verstärkten Überwachung unterziehen und zusätzliche, dem Risiko angemessene Sorgfaltspflichten zu erfüllen haben.</p>	
<p>(9) Ist der Verpflichtete nicht in der Lage, die verstärkten Sorgfaltspflichten zu erfüllen, so gilt § 10 Absatz 9 entsprechend.</p>	
<p>(10) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Fallkonstellationen bestimmen, in denen insbesondere im Hinblick auf Kunden, Produkte, Dienstleistungen, Transaktionen oder Vertriebskanäle ein potenziell höheres Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung besteht und die Verpflichteten bestimmte verstärkte Sorgfaltspflichten zu erfüllen haben. Bei der Bestimmung sind die in den Anlagen 1 und 2 genannten Risikofaktoren zu berücksichtigen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 16</p>	<p style="text-align: center;">§ 16</p>
<p style="text-align: center;">Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet</p>	<p style="text-align: center;">Besondere Vorschriften für das Glücksspiel im Internet</p>
<p>(1) Für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 gelten, soweit sie das Glücksspiel im Internet anbieten oder vermitteln, die besonderen Vorschriften der Absätze 2 bis 8.</p>	<p>(1) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(2) Der Verpflichtete darf einen Spieler erst zu einem Glücksspiel im Internet zulassen, wenn er zuvor für den Spieler auf dessen Namen ein Spielerkonto eingerichtet hat.</p>	<p>(2) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(3) Der Verpflichtete darf auf dem Spielerkonto weder Einlagen noch andere rückzahlbare Gelder vom Spieler entgegennehmen. Das Guthaben auf dem Spielerkonto darf nicht verzinst werden. Für die entgegengenommenen Geldbeträge gilt § 2 Absatz 2 Satz 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes entsprechend.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(4) Der Verpflichtete muss sicherstellen, dass Transaktionen des Spielers auf das Spielerkonto nur erfolgen</p>	<p>(4) Der Verpflichtete muss sicherstellen, dass Transaktionen des Spielers auf das Spielerkonto nur erfolgen</p>
<p>1. durch die Ausführung eines Zahlungsvorgangs</p>	<p>1. u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
a) mittels einer Lastschrift nach § 1 Absatz 2 Nummer 2a des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes,	
b) mittels einer Überweisung nach § 1 Absatz 2 Nummer 2b des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes oder	
c) mittels einer auf den Namen des Spielers ausgegebenen Zahlungskarte nach § 1 Absatz 2 Nummer 2c oder 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes und	
2. von einem Zahlungskonto nach § 1 Absatz 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes, das auf den Namen des Spielers bei einem Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 oder 3 errichtet worden ist.	2. un verändert
	Von der Erfüllung der Verpflichtung nach Satz 1 Nummer 1 Buchstabe c und Nummer 2 kann der Verpflichtete absehen, wenn gewährleistet ist, dass die Zahlung zur Teilnahme am Spiel für eine einzelne Transaktion 25 Euro und für mehrere Transaktionen innerhalb eines Kalendermonats 100 Euro nicht überschreitet.
(5) Der Verpflichtete hat die Aufsichtsbehörde unverzüglich zu informieren über die Eröffnung und Schließung eines Zahlungskontos nach § 1 Absatz 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes, das auf seinen eigenen Namen bei einem Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 oder 3 eingerichtet ist und auf dem Gelder eines Spielers zur Teilnahme an Glücksspielen im Internet entgegengenommen werden.	(5) un verändert
(6) Wenn der Verpflichtete oder ein anderer Emittent einem Spieler für Transaktionen auf einem Spielerkonto monetäre Werte ausstellt, die auf einem Instrument nach § 1 Absatz 10 Nummer 10 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes gespeichert sind, hat der Verpflichtete oder der andere Emittent sicherzustellen, dass der Inhaber des monetären Werts mit dem Inhaber des Spielerkontos identisch ist.	(6) un verändert
(7) Der Verpflichtete darf Transaktionen an den Spieler nur vornehmen	(7) un verändert
1. durch die Ausführung eines Zahlungsvorgangs nach Absatz 4 und	
2. auf ein Zahlungskonto, das auf den Namen des Spielers bei einem Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 oder 3 eingerichtet worden ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Bei der Transaktion hat der Verpflichtete den Verwendungszweck dahingehend zu spezifizieren, dass für einen Außenstehenden erkennbar ist, aus welchem Grund der Zahlungsvorgang erfolgt ist. Für diesen Verwendungszweck können die Aufsichtsbehörden Standardformulierungen festlegen, die vom Verpflichteten zu verwenden sind.	
(8) Abweichend von § 11 kann der Verpflichtete bei einem Spieler, für den er ein Spielerkonto einrichtet, eine vorläufige Identifizierung durchführen. Die vorläufige Identifizierung kann anhand einer elektronisch oder auf dem Postweg übersandten Kopie eines Dokuments nach § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 erfolgen. Eine vollständige Identifizierung ist unverzüglich nachzuholen. Sowohl die vorläufige als auch die vollständige Identifizierung kann auch anhand der glücksspielrechtlichen Anforderungen an Identifizierung und Authentifizierung erfolgen.	(8) u n v e r ä n d e r t
§ 17	§ 17
Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Auslagerung	Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte, vertragliche Auslagerung
(1) Zur Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 kann ein Verpflichteter auf Dritte zurückgreifen. Dritte dürfen nur sein	(1) Zur Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 kann ein Verpflichteter auf Dritte zurückgreifen. Dritte dürfen nur sein
1. Verpflichtete nach § 2 Absatz 1,	1. u n v e r ä n d e r t
2. Verpflichtete gemäß Artikel 2 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/849 in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Mitgliedsorganisationen oder Verbände von Verpflichteten nach Nummer 2 oder in einem Drittstaat ansässige Institute und Personen, sofern diese Sorgfalts- und Aufbewahrungspflichten unterliegen,	3. u n v e r ä n d e r t
a) die den in der Richtlinie (EU) 2015/849 festgelegten Sorgfalts- und Aufbewahrungspflichten entsprechen und	
b) deren Einhaltung in einer mit Kapitel IV Abschnitt 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 im Einklang stehenden Weise beaufsichtigt wird.	
Die Verantwortung für die Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten bleibt bei dem Verpflichteten.	Die Verantwortung für die Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten bleibt bei dem Verpflichteten.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(2) Verpflichtete dürfen nicht auf einen Dritten zurückgreifen, der in einem Drittstaat mit hohem Risiko niedergelassen ist. Ausgenommen hiervon sind	(2) u n v e r ä n d e r t
1. Zweigstellen von in der Europäischen Union niedergelassenen Verpflichteten nach Artikel 2 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/849, wenn die Zweigstelle sich uneingeschränkt an die gruppenweit anzuwendenden Strategien und Verfahren gemäß Artikel 45 der Richtlinie (EU) 2015/849 hält, und	
2. Tochterunternehmen, die sich im Mehrheitsbesitz von in der Europäischen Union niedergelassenen Verpflichteten nach Artikel 2 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/849 befinden, wenn das Tochterunternehmen sich uneingeschränkt an die gruppenweit anzuwendenden Strategien und Verfahren gemäß Artikel 45 der Richtlinie (EU) 2015/849 hält.	
(3) Wenn ein Verpflichteter auf Dritte zurückgreift, so muss er sicherstellen, dass die Dritten	(3) u n v e r ä n d e r t
1. die Informationen einholen, die für die Durchführung der Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 notwendig sind, und	
2. ihm diese Informationen unverzüglich und unmittelbar übermitteln.	
Er hat zudem angemessene Schritte zu unternehmen, um zu gewährleisten, dass die Dritten ihm auf seine Anforderung hin unverzüglich Kopien derjenigen Dokumente, die maßgeblich zur Feststellung und Überprüfung der Identität des Vertragspartners und eines etwaigen wirtschaftlich Berechtigten sind, sowie andere maßgebliche Unterlagen vorlegen. Die Dritten sind befugt, zu diesem Zweck Kopien von Ausweisdokumenten zu erstellen und weiterzuleiten.	
(4) Die Voraussetzungen der Absätze 1 und 3 gelten als erfüllt, wenn	(4) u n v e r ä n d e r t
1. der Verpflichtete auf Dritte zurückgreift, die derselben Gruppe angehören wie er selbst,	
2. die in dieser Gruppe angewandten Sorgfaltspflichten, Aufbewahrungsvorschriften, Strategien und Verfahren zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung mit den Vorschriften der Richtlinie (EU) 2015/849 oder gleichwertigen Vorschriften im Einklang stehen und	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. die effektive Umsetzung dieser Anforderungen auf Gruppenebene von einer Behörde beaufsichtigt wird.	
(5) Ein Verpflichteter kann die Durchführung der Maßnahmen, die zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 erforderlich sind, auf andere geeignete Personen und Unternehmen als die in Absatz 1 genannten Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung. Die Maßnahmen der Personen oder der Unternehmen werden dem Verpflichteten als eigene Maßnahmen zugerechnet. Absatz 3 gilt entsprechend.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Durch die Übertragung nach Absatz 5 dürfen nicht beeinträchtigt werden	(6) u n v e r ä n d e r t
1. die Erfüllung der Pflichten nach diesem Gesetz durch den Verpflichteten,	
2. die Steuerungs- oder Kontrollmöglichkeiten der Geschäftsleitung des Verpflichteten und	
3. die Aufsicht der Aufsichtsbehörde über den Verpflichteten.	
(7) Vor der Übertragung nach Absatz 5 hat sich der Verpflichtete von der Zuverlässigkeit der Personen oder der Unternehmen, denen er Maßnahmen übertragen will, zu überzeugen. Während der Zusammenarbeit muss er sich durch Stichproben von der Angemessenheit und Ordnungsmäßigkeit der Maßnahmen überzeugen, die diese Personen oder Unternehmen getroffen haben.	(7) u n v e r ä n d e r t
(8) Soweit eine vertragliche Vereinbarung nach Absatz 5 mit deutschen Botschaften, Auslandshandelskammern oder Konsulaten geschlossen wird, gelten diese kraft Vereinbarung als geeignet. Absatz 7 findet keine Anwendung.	(8) u n v e r ä n d e r t
(9) Bei der Übertragung nach Absatz 5 bleiben die Vorschriften über die Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen nach § 25b des Kreditwesengesetzes unberührt.	(9) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Abschnitt 4	Abschnitt 4
Transparenzregister	Transparenzregister
§ 18	§ 18
Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle	Einrichtung des Transparenzregisters und registerführende Stelle
(1) Es wird ein Register zur Erfassung und Zugänglichmachung von Angaben über den wirtschaftlich Berechtigten (Transparenzregister) eingerichtet.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Das Transparenzregister wird als hoheitliche Aufgabe des Bundes von der registerführenden Stelle elektronisch geführt. Daten, die im Transparenzregister gespeichert sind, werden als chronologische Datensammlung angelegt.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Ist eine Mitteilung nach § 20 unklar oder bestehen Zweifel, welcher Vereinigung nach § 20 Absatz 1 die in der Mitteilung enthaltenen Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten zuzuordnen sind, kann die registerführende Stelle <i>innerhalb einer angemessenen Frist</i> die für eine Eintragung in das Transparenzregister erforderlichen Informationen <i>von der in der Mitteilung genannten Vereinigung verlangen</i> . Dies gilt entsprechend für Mitteilungen von Rechtsgestaltungen nach § 21.	(3) Ist eine Mitteilung nach § 20 unklar oder bestehen Zweifel, welcher Vereinigung nach § 20 Absatz 1 die in der Mitteilung enthaltenen Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten zuzuordnen sind, kann die registerführende Stelle von der in der Mitteilung genannten Vereinigung verlangen, dass diese die für eine Eintragung in das Transparenzregister erforderlichen Informationen innerhalb einer angemessenen Frist übermittelt . Dies gilt entsprechend für Mitteilungen von Rechtsgestaltungen nach § 21.
(4) Die registerführende Stelle erstellt auf Antrag Ausdrucke von Daten, die im Transparenzregister gespeichert sind, und Bestätigungen, dass im Transparenzregister keine aktuelle Eintragung aufgrund einer Mitteilung nach § 20 Absatz 1 oder § 21 vorliegt. Sie beglaubigt auf Antrag, dass die übermittelten Daten mit dem Inhalt des Transparenzregisters übereinstimmen. Mit der Beglaubigung ist keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten verbunden. Ein Antrag auf Ausdruck von Daten, die lediglich über das Transparenzregister gemäß § 22 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bis 8 zugänglich gemacht werden, kann auch über das Transparenzregister an das Gericht vermittelt werden. Dies gilt entsprechend für die Vermittlung eines Antrags auf Ausdruck von Daten, die gemäß § 22 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 zugänglich gemacht werden, an den Betreiber des Unternehmensregisters.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die registerführende Stelle erstellt ein Informationssicherheitskonzept für das Transparenzregister,	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
aus dem sich die getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz ergeben.	
(6) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die technischen Einzelheiten zu Einrichtung und Führung des Transparenzregisters einschließlich der Speicherung historischer Datensätze sowie die Einhaltung von Löschungsfristen für die im Transparenzregister gespeicherten Daten zu regeln.	(6) u n v e r ä n d e r t
§ 19	§ 19
Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten	u n v e r ä n d e r t
(1) Über das Transparenzregister sind im Hinblick auf Vereinigungen nach § 20 Absatz 1 Satz 1 und Rechtsgestaltungen nach § 21 folgende Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten nach Maßgabe des § 23 zugänglich:	
1. Vor- und Nachname,	
2. Geburtsdatum,	
3. Wohnort und	
4. Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses.	
(2) Für die Bestimmung des wirtschaftlich Berechtigten von Vereinigungen im Sinne des § 20 Absatz 1 Satz 1 mit Ausnahme der rechtsfähigen Stiftungen gilt § 3 Absatz 1 und 2 entsprechend. Für die Bestimmung des wirtschaftlich Berechtigten von Rechtsgestaltungen nach § 21 und rechtsfähige Stiftungen gilt § 3 Absatz 1 und 3 entsprechend.	
(3) Die Angaben zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses nach Absatz 1 Nummer 4 zeigen, woraus die Stellung als wirtschaftlich Berechtigter folgt, und zwar	
1. bei Vereinigungen nach § 20 Absatz 1 Satz 1 mit Ausnahme der rechtsfähigen Stiftungen aus	
a) der Beteiligung an der Vereinigung selbst, insbesondere der Höhe der Kapitalanteile oder der Stimmrechte,	
b) der Ausübung von Kontrolle auf sonstige Weise, insbesondere aufgrund von Absprachen zwischen einem Dritten und einem Anteilseigner oder zwischen mehreren Anteilseignern untereinander, oder aufgrund der ei-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
nem Dritten eingeräumten Befugnis zur Ernennung von gesetzlichen Vertretern oder anderen Organmitgliedern oder	
c) der Funktion des gesetzlichen Vertreters, geschäftsführenden Gesellschafters oder Partners,	
2. bei Rechtsgestaltungen nach § 21 und rechtsfähigen Stiftungen aus einer der in § 3 Absatz 3 aufgeführten Funktionen.	
§ 20	§ 20
Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen	Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Vereinigungen
(1) Juristische Personen des Privatrechts und eingetragene Personengesellschaften haben die in § 19 Absatz 1 aufgeführten Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten dieser Vereinigungen einzuholen, aufzubewahren, auf aktuellem Stand zu halten und der registerführenden Stelle unverzüglich zur Eintragung in das Transparenzregister mitzuteilen. Die Mitteilung hat elektronisch in einer Form zu erfolgen, die ihre elektronische Zugänglichkeit ermöglicht. Bei den Angaben zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses nach § 19 Absatz 1 Nummer 4 ist anzugeben, woraus nach § 19 Absatz 3 die Stellung als wirtschaftlich Berechtigter folgt, sofern nicht Absatz 2 Satz 2 einschlägig ist.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Pflicht zur Mitteilung an das Transparenzregister nach Absatz 1 Satz 1 gilt als erfüllt, wenn sich die in § 19 Absatz 1 aufgeführten Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten bereits aus den in § 22 Absatz 1 aufgeführten Dokumenten und Eintragungen ergeben, die elektronisch abrufbar sind aus:	(2) Die Pflicht zur Mitteilung an das Transparenzregister nach Absatz 1 Satz 1 gilt als erfüllt, wenn sich die in § 19 Absatz 1 aufgeführten Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten bereits aus den in § 22 Absatz 1 aufgeführten Dokumenten und Eintragungen ergeben, die elektronisch abrufbar sind aus:
1. dem Handelsregister (§ 8 des Handelsgesetzbuchs),	1. u n v e r ä n d e r t
2. dem Partnerschaftsregister (§ 5 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes),	2. u n v e r ä n d e r t
3. dem Genossenschaftsregister (§ 10 des Genossenschaftsgesetzes),	3. u n v e r ä n d e r t
4. dem Vereinsregister (§ 55 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) oder	4. u n v e r ä n d e r t
5. dem Unternehmensregister (§ 8b Absatz 2 des Handelsgesetzbuchs).	5. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Eine gesonderte Angabe im Hinblick auf Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses nach § 19 Absatz 1 Nummer 4 ist nicht erforderlich, wenn sich aus den in § 22 Absatz 1 aufgeführten Dokumenten und Eintragungen ergibt, woraus nach § 19 Absatz 3 die Stellung als wirtschaftlich Berechtigter folgt. Ist eine Mitteilung nach Absatz 1 Satz 1 an das Transparenzregister erfolgt und ändert sich danach der wirtschaftlich Berechtigte, so dass sich die Angaben zu ihm nun aus den in Satz 1 aufgeführten Registern ergeben, ist dies der registerführenden Stelle nach Absatz 1 Satz 1 unverzüglich zur Berücksichtigung im Transparenzregister mitzuteilen.</p>	<p>Bei Gesellschaften, die an einem organisierten Markt nach § 2 Absatz 5 des Wertpapierhandelsgesetzes notiert sind oder dem Gemeinschaftsrecht entsprechenden Transparenzanforderungen im Hinblick auf Stimmrechtsanteile oder gleichwertigen internationalen Standards unterliegen, gilt die Pflicht zur Mitteilung an das Transparenzregister stets als erfüllt. Eine gesonderte Angabe im Hinblick auf Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses nach § 19 Absatz 1 Nummer 4 ist nicht erforderlich, wenn sich aus den in § 22 Absatz 1 aufgeführten Dokumenten und Eintragungen ergibt, woraus nach § 19 Absatz 3 die Stellung als wirtschaftlich Berechtigter folgt. Ist eine Mitteilung nach Absatz 1 Satz 1 an das Transparenzregister erfolgt und ändert sich danach der wirtschaftlich Berechtigte, so dass sich die Angaben zu ihm nun aus den in Satz 1 aufgeführten Registern ergeben, ist dies der registerführenden Stelle nach Absatz 1 Satz 1 unverzüglich zur Berücksichtigung im Transparenzregister mitzuteilen.</p>
<p>(3) Anteilseigner, die wirtschaftlich Berechtigte sind oder von dem wirtschaftlich Berechtigten unmittelbar kontrolliert werden, haben den Vereinigungen nach Absatz 1 die zur Erfüllung der in Absatz 1 statuierten Pflichten notwendigen Angaben und jede Änderung dieser Angaben unverzüglich mitzuteilen. Kontrolliert ein Mitglied eines Vereins oder einer Genossenschaft mehr als 25 Prozent der Stimmrechte, so trifft die Pflicht nach Satz 1 diese Mitglieder. Bei Stiftungen trifft die Pflicht die Personen nach § 3 Absatz 3. Dasselbe gilt für Angabepflichtige im Sinne der Sätze 2 und 3, die unter der unmittelbaren Kontrolle eines wirtschaftlich Berechtigten stehen. Stehen Angabepflichtige im Sinne der Sätze 1 bis 3 unter der mittelbaren Kontrolle eines wirtschaftlich Berechtigten, so trifft die Pflicht nach Satz 1 den wirtschaftlich Berechtigten.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(4) Die Angabepflicht nach Absatz 3 entfällt, wenn die Meldepflicht nach Absatz 1 gemäß Absatz 2 als erfüllt gilt oder wenn die Anteilseigner, Mitglieder und wirtschaftlich Berechtigten die erforderlichen Angaben bereits in anderer Form mitgeteilt haben.</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(5) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und die Aufsichtsbehörden können im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse die nach Absatz 1 aufbewahrten Angaben einsehen oder sich vorlegen lassen.</p>	<p>(5) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 21	§ 21
Transparenzpflichten im Hinblick auf bestimmte Rechtsgestaltungen	unverändert
<p>(1) Verwalter von Trusts (Trustees) mit Wohnsitz oder Sitz in Deutschland haben die in § 19 Absatz 1 aufgeführten Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten des Trusts, den sie verwalten, und die Staatsangehörigkeit der wirtschaftlich Berechtigten einzuholen, aufzubewahren, auf aktuellem Stand zu halten und der registerführenden Stelle unverzüglich zur Eintragung in das Transparenzregister mitzuteilen. Die Mitteilung hat elektronisch in einer Form zu erfolgen, die ihre elektronische Zugänglichmachung ermöglicht. Der Trust ist in der Mitteilung eindeutig zu bezeichnen. Bei den Angaben zu Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses nach § 19 Absatz 1 Nummer 4 ist anzugeben, woraus nach § 19 Absatz 3 Nummer 2 die Stellung als wirtschaftlich Berechtigter folgt.</p>	
<p>(2) Die Pflichten des Absatzes 1 gelten entsprechend auch für Treuhänder mit Wohnsitz oder Sitz in Deutschland folgender Rechtsgestaltungen:</p>	
<p>1. nichtrechtsfähige Stiftungen, wenn der Stiftungszweck aus Sicht des Stifters eigennützig ist, und</p>	
<p>2. Rechtsgestaltungen, die solchen Stiftungen in ihrer Struktur und Funktion entsprechen.</p>	
<p>(3) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen und die Aufsichtsbehörden können im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse die von Trustees nach Absatz 1 und von Treuhändern nach Absatz 2 aufbewahrten Angaben einsehen oder sich vorlegen lassen.</p>	
§ 22	§ 22
Zugängliche Dokumente und Datenübermittlung an das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung	unverändert
<p>(1) Über die Internetseite des Transparenzregisters sind nach Maßgabe des § 23 zugänglich:</p>	
<p>1. Eintragungen im Transparenzregister zu Meldungen nach § 20 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 3 und nach § 21,</p>	
<p>2. Bekanntmachungen des Bestehens einer Beteiligung nach § 20 Absatz 6 des Aktiengesetzes,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. Stimmrechtsmitteilungen nach den §§ 26, 26a des Wertpapierhandelsgesetzes,	
4. Listen der Gesellschafter von Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Unternehmergesellschaften nach § 8 Absatz 1 Nummer 3, § 40 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Gesellschafterverträge gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 2 Absatz 1a Satz 2 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sofern diese als Gesellschafterliste gelten, nach § 2 Absatz 1a Satz 4 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung,	
5. Eintragungen im Handelsregister,	
6. Eintragungen im Partnerschaftsregister,	
7. Eintragungen im Genossenschaftsregister,	
8. Eintragungen im Vereinsregister.	
Zugänglich in dem nach den besonderen registerrechtlichen Vorschriften für die Einsicht geregelten Umfang sind nur solche Dokumente und Eintragungen nach Satz 1 Nummer 2 bis 8, die aus den in § 20 Absatz 2 Satz 1 genannten öffentlichen Registern elektronisch abrufbar sind.	
(2) Um die Eröffnung des Zugangs zu den Originaldaten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 8 über die Internetseite des Transparenzregisters zu ermöglichen, sind dem Transparenzregister die dafür erforderlichen Daten (Indexdaten) zu übermitteln. Der Betreiber des Unternehmensregisters übermittelt die Indexdaten zu den Originaldaten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 dem Transparenzregister. Die Landesjustizverwaltungen übermitteln die Indexdaten zu den Originaldaten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bis 8 dem Transparenzregister. Die Indexdaten dienen nur der Zugangsvermittlung und dürfen nicht zugänglich gemacht werden.	
(3) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Benehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz für die Datenübermittlung nach Absatz 2 Satz 3 durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, technische Einzelheiten der Datenübermittlung zwischen den Behörden der Länder und dem Transparenzregister einschließlich der Vorgaben für die zu verwendenden Datenformate und zur Sicherstellung von Da-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
tenschutz und Datensicherheit zu regeln. Abweichungen von den Verfahrensregelungen durch Landesrecht sind ausgeschlossen.	
(4) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Benehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Registrierungsverfahren für die Mitteilungsverpflichteten nach den §§ 20 und 21 sowie technische Einzelheiten der Datenübermittlung nach Absatz 2 Satz 2 sowie nach den §§ 20 und 21 einschließlich der Vorgaben für die zu verwendenden Datenformate und Formulare sowie zur Sicherstellung von Datenschutz und Datensicherheit zu regeln.	
§ 23	§ 23
Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung	Einsichtnahme in das Transparenzregister, Verordnungsermächtigung
(1) Bei Vereinigungen nach § 20 Absatz 1 Satz 1 und Rechtsgestaltungen nach § 21 ist die Einsichtnahme gestattet	(1) <i>u n v e r ä n d e r t</i>
1. den folgenden Behörden, soweit sie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist:	
a) den Aufsichtsbehörden,	
b) der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen,	
c) den gemäß § 13 des Außenwirtschaftsgesetzes zuständigen Behörden,	
d) den Strafverfolgungsbehörden,	
e) dem Bundeszentralamt für Steuern sowie den örtlichen Finanzbehörden nach § 6 Absatz 2 Nummer 5 der Abgabenordnung und	
f) den für Aufklärung, Verhütung und Beseitigung von Gefahren zuständigen Behörden,	
2. den Verpflichteten, sofern sie der registerführenden Stelle darlegen, dass die Einsichtnahme zur Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten in einem der in § 10 Absatz 3 genannten Fälle erfolgt, und	
3. jedem, der der registerführenden Stelle darlegt, dass er ein berechtigtes Interesse an der Einsichtnahme hat.	
Im Fall des Satzes 1 Nummer 3 sind neben den Angaben nach § 19 Absatz 1 Nummer 1 und 4 nur Monat und Jahr der Geburt des wirtschaftlich Berechtigten	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
und sein Wohnsitzland der Einsicht zugänglich, sofern sich nicht alle Angaben nach § 19 Absatz 1 bereits aus anderen öffentlichen Registern ergeben.	
(2) Auf Antrag des wirtschaftlich Berechtigten beschränkt die registerführende Stelle die Einsichtnahme in das Transparenzregister vollständig oder teilweise, wenn ihr der wirtschaftlich Berechtigte darlegt, dass der Einsichtnahme unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls überwiegende schutzwürdige Interessen des wirtschaftlich Berechtigten entgegenstehen. Schutzwürdige Interessen liegen vor, wenn	(2) Auf Antrag des wirtschaftlich Berechtigten beschränkt die registerführende Stelle die Einsichtnahme in das Transparenzregister vollständig oder teilweise, wenn ihr der wirtschaftlich Berechtigte darlegt, dass der Einsichtnahme unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls überwiegende schutzwürdige Interessen des wirtschaftlich Berechtigten entgegenstehen. Schutzwürdige Interessen liegen vor, wenn
1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Einsichtnahme den wirtschaftlich Berechtigten der Gefahr aussetzen würde, Opfer einer der folgenden Straftaten zu werden:	1. u n v e r ä n d e r t
a) eines Betrugs (§ 263 des Strafgesetzbuchs),	
b) eines erpresserischen Menschenraubs (§ 239a des Strafgesetzbuchs),	
c) einer Geiselnahme (§ 239b des Strafgesetzbuchs),	
d) einer Erpressung oder räuberischen Erpressung (§§ 253, 255 des Strafgesetzbuchs),	
e) einer strafbaren Handlung gegen Leib oder Leben (§§ 211, 212, 223, 224, 226, 227 des Strafgesetzbuchs),	
f) einer Nötigung (§ 240 des Strafgesetzbuchs),	
g) einer Bedrohung (§ 241 des Strafgesetzbuchs) oder	
2. der wirtschaftlich Berechtigte minderjährig oder geschäftsunfähig ist.	2. u n v e r ä n d e r t
Schutzwürdige Interessen des wirtschaftlich Berechtigten liegen nicht vor, wenn sich die Daten bereits aus anderen öffentlichen Registern ergeben. Die Beschränkung der Einsichtnahme nach Satz 1 ist nicht möglich gegenüber den in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 aufgeführten Behörden und gegenüber Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 sowie gegenüber Notaren.	Schutzwürdige Interessen des wirtschaftlich Berechtigten liegen nicht vor, wenn sich die Daten bereits aus anderen öffentlichen Registern ergeben. Die Beschränkung der Einsichtnahme nach Satz 1 ist nicht möglich gegenüber den in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 aufgeführten Behörden und gegenüber Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 7 sowie gegenüber Notaren.
(3) Die Einsichtnahme ist nur nach vorheriger Online-Registrierung des Nutzers möglich und kann zum Zweck der Kontrolle, wer Einsicht genommen hat, protokolliert werden.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Das Transparenzregister erlaubt die Suche nach Vereinigungen nach § 20 Absatz 1 Satz 1 und	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Rechtsgestaltungen nach § 21 über alle eingestellten Daten sowie über sämtliche Indexdaten.	
(5) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Einzelheiten der Einsichtnahme, insbesondere der Online-Registrierung und der Protokollierung wie die zu protokollierenden Daten und die Löschungsfrist für die protokollierten Daten nach Absatz 3, der Darlegungsanforderungen für die Einsichtnahme nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 und der Darlegungsanforderungen für die Beschränkung der Einsichtnahme nach Absatz 2 zu bestimmen.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 24	§ 24
Gebühren und Auslagen, Verordnungsermächtigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Für die Führung des Transparenzregisters erhebt die registerführende Stelle von Vereinigungen nach § 20 und von Rechtsgestaltungen nach § 21 Gebühren.	
(2) Für die Einsichtnahme in die dem Transparenzregister nach § 20 Absatz 1 und § 21 mitgeteilten Daten erhebt die registerführende Stelle zur Deckung des Verwaltungsaufwands Gebühren und Auslagen. Dasselbe gilt für die Erstellung von Ausdrucken, Bestätigungen und Beglaubigungen nach § 18 Absatz 4. § 7 Nummer 2 und 3 des Bundesgebührengesetzes ist nicht anwendbar. Für Behörden gilt § 8 des Bundesgebührengesetzes.	
(3) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Einzelheiten zu Folgendem näher zu regeln:	
1. die gebührenpflichtigen Tatbestände,	
2. die Gebührenschuldner,	
3. die Gebührensätze nach festen Sätzen oder als Rahmengebühren und	
4. die Auslagerstattung.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 25	§ 25
Übertragung der Führung des Transparenzregisters, Verordnungsermächtigung	unverändert
(1) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, eine juristische Person des Privatrechts mit den Aufgaben der registerführenden Stelle und mit den hierfür erforderlichen Befugnissen zu beleihen.	
(2) Eine juristische Person des Privatrechts darf nur beleihen werden, wenn sie die Gewähr für die ordnungsgemäße Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben, insbesondere für den langfristigen und sicheren Betrieb des Transparenzregisters, bietet. Sie bietet die notwendige Gewähr, wenn	
1. die natürlichen Personen, die nach Gesetz, dem Gesellschaftsvertrag oder der Satzung die Geschäftsführung und Vertretung ausüben, zuverlässig und fachlich geeignet sind,	
2. sie grundlegende Erfahrungen mit der Zugänglichmachung von registerrechtlichen Informationen, insbesondere von Handelsregisterdaten, Gesellschaftsbekanntmachungen und kapitalmarktrechtlichen Informationen, hat,	
3. sie die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Organisation sowie technische und finanzielle Ausstattung hat und	
4. sie sicherstellt, dass sie die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten einhält.	
(3) Die Dauer der Beleihung ist zu befristen. Sie soll fünf Jahre nicht überschreiten. Die Möglichkeit, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes die Beleihung vor Ablauf der Frist zu beenden, ist vorzusehen. Haben die Voraussetzungen für die Beleihung nicht vorgelegen oder sind sie nachträglich entfallen, soll die Beleihung jederzeit beendet werden können. Es ist sicherzustellen, dass mit Beendigung der Beleihung dem Bundesministerium der Finanzen oder einer von ihm bestimmten Stelle alle für den ordnungsgemäßen Weiterbetrieb des Transparenzregisters erforderlichen Softwareprogramme und Daten unverzüglich zur Verfügung gestellt werden und die Rechte an diesen Softwareprogrammen und an der für das Transparenzregister genutzten Internetadresse übertragen werden.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(4) Der Beliehene ist berechtigt, das kleine Bundessiegel zu führen. Es wird vom Bundesministerium der Finanzen zur Verfügung gestellt. Das kleine Bundessiegel darf ausschließlich zur Beglaubigung von Ausdrucken aus dem Transparenzregister und zu Bestätigungen nach § 18 Absatz 4 genutzt werden.</p>	
<p>(5) Der Beliehene ist befugt, die Gebühren nach § 24 zu erheben. Das Gebührenaufkommen steht ihm zu. In der Rechtsverordnung kann das Bundesministerium der Finanzen die Vollstreckung der Gebührenbescheide dem Beliehenen übertragen.</p>	
<p>(6) Der Beliehene untersteht der Rechts- und Fachaufsicht durch das Bundesverwaltungsamt. Das Bundesverwaltungsamt kann sich zur Wahrnehmung seiner Aufsichtstätigkeit jederzeit über die Angelegenheiten des Beliehenen unterrichten, insbesondere durch Einholung von Auskünften und Berichten sowie durch das Verlangen nach Vorlage von Aufzeichnungen aller Art, rechtswidrige Maßnahmen beanstanden sowie entsprechende Abhilfe verlangen. Der Beliehene ist verpflichtet, den Weisungen des Bundesverwaltungsamts nachzukommen. Dieses kann, wenn der Beliehene den Weisungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommt, die erforderlichen Maßnahmen an Stelle und auf Kosten des Beliehenen selbst durchführen oder durch einen anderen durchführen lassen. Die Bediensteten und sonstigen Beauftragten des Bundesverwaltungsamts sind befugt, zu den Betriebs- und Geschäftszeiten Betriebsstätten, Geschäfts- und Betriebsräume des Beliehenen zu betreten, zu besichtigen und zu prüfen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Gegenstände oder geschäftliche Unterlagen können im erforderlichen Umfang eingesehen und in Verwahrung genommen werden.</p>	
<p>(7) Für den Fall, dass keine juristische Person des Privatrechts beliehen wird, oder für den Fall, dass die Beleihung beendet wird, kann das Bundesministerium der Finanzen die Führung des Transparenzregisters auf eine Bundesoberbehörde in seinem Geschäftsbereich oder im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesministerium auf eine Bundesoberbehörde in dessen Geschäftsbereich übertragen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 26	§ 26
Europäisches System der Registervernetzung, Verordnungsermächtigung	unverändert
<p>(1) Die in § 22 Absatz 1 Satz 1 aufgeführten Daten sind, soweit sie juristische Personen des Privatrechts, eingetragene Personengesellschaften oder Rechtsgestaltungen nach § 21 betreffen, auch über das Europäische Justizportal zugänglich; § 23 Absatz 1 bis 3 gilt entsprechend. Zur Zugänglichmachung über das Europäische Justizportal übermittelt die registerführende Stelle die dem Transparenzregister nach § 20 Absatz 1 und § 21 mitgeteilten Daten sowie die Indexdaten nach § 22 Absatz 2 an die zentrale Europäische Plattform nach Artikel 4a Absatz 1 der Richtlinie 2009/101/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Koordinierung der Schutzbestimmungen, die in den Mitgliedstaaten den Gesellschaften im Sinne des Artikels 54 Absatz 2 des Vertrags im Interesse der Gesellschafter sowie Dritter vorgeschrieben sind, um diese Bestimmungen gleichwertig zu gestalten (ABl. L 258 vom 1.10.2009, S. 11), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/24/EU (ABl. L 158 vom 13.5.2013, S. 365) geändert worden ist, soweit die Übermittlung für die Eröffnung eines Zugangs zu den Originaldaten über den Suchdienst auf der Internetseite des Europäischen Justizportals erforderlich ist.</p>	
<p>(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird im Benehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die erforderlichen Bestimmungen über die Einzelheiten des elektronischen Datenverkehrs und seiner Abwicklung nach Absatz 1 einschließlich Vorgaben über Datenformate und Zahlungsmodalitäten zu treffen, soweit keine Regelungen in den von der Europäischen Kommission gemäß Artikel 4c der Richtlinie 2009/101/EG erlassenen Durchführungsrechtsakten enthalten sind.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Abschnitt 5	Abschnitt 5
Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen	unverändert
§ 27	
Zentrale Meldestelle	
(1) Zentrale Meldestelle zur Verhinderung, Aufdeckung und Unterstützung bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nach Artikel 32 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2015/849 ist die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen.	
(2) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ist organisatorisch eigenständig und arbeitet im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse fachlich unabhängig.	
§ 28	
Aufgaben, Aufsicht und Zusammenarbeit	
(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen hat die Aufgabe der Erhebung und Analyse von Informationen im Zusammenhang mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung und der Weitergabe dieser Informationen an die zuständigen inländischen öffentlichen Stellen zum Zwecke der Aufklärung, Verhinderung oder Verfolgung solcher Taten. Ihr obliegen in diesem Zusammenhang:	
1. die Entgegennahme und Sammlung von Meldungen nach diesem Gesetz,	
2. die Durchführung von operativen Analysen einschließlich der Bewertung von Meldungen und sonstigen Informationen,	
3. der Informationsaustausch und die Koordinierung mit inländischen Aufsichtsbehörden,	
4. die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch mit zentralen Meldestellen anderer Staaten,	
5. die Untersagung von Transaktionen und die Anordnung von sonstigen Sofortmaßnahmen,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
6. die Übermittlung der sie betreffenden Ergebnisse der operativen Analyse nach Nummer 2 und zusätzlicher relevanter Informationen an die zuständigen inländischen öffentlichen Stellen,	
7. die Rückmeldung an den Verpflichteten, der eine Meldung nach § 43 Absatz 1 abgegeben hat,	
8. die Durchführung von strategischen Analysen und Erstellung von Berichten aufgrund dieser Analysen,	
9. der Austausch mit den Verpflichteten sowie mit den inländischen Aufsichtsbehörden und für die Aufklärung, Verhinderung oder Verfolgung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung zuständigen inländischen öffentlichen Stellen insbesondere über entsprechende Typologien und Methoden,	
10. die Erstellung von Statistiken zu den in Artikel 44 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 genannten Zahlen und Angaben,	
11. die Veröffentlichung eines Jahresberichts über die erfolgten operativen Analysen,	
12. die Teilnahme an Treffen nationaler und internationaler Arbeitsgruppen und	
13. die Wahrnehmung der Aufgaben, die ihr darüber hinaus nach anderen Bestimmungen übertragen worden sind.	
(2) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen, die sich in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1, 2, 5 und 6 auf die Rechtsaufsicht beschränkt.	
(3) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen sowie die sonstigen für die Aufklärung, Verhütung und Verfolgung der Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstiger Straftaten sowie die zur Gefahrenabwehr zuständigen inländischen öffentlichen Stellen und die inländischen Aufsichtsbehörden arbeiten zur Durchführung dieses Gesetzes zusammen und unterstützen sich gegenseitig.	
(4) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen informiert, soweit erforderlich, die für das Besteuerungsverfahren oder den Schutz der sozialen Sicherungssysteme zuständigen Behörden über Sachverhalte, die ihr bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben bekannt werden und die sie nicht an eine andere zuständige staatliche Stelle übermittelt hat.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 29	
Datenverarbeitung und weitere Verwendung	
(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen darf personenbezogene Daten verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.	
(2) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen darf personenbezogene Daten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben gespeichert hat, mit anderen Daten abgleichen, wenn dies nach diesem Gesetz oder nach einem anderen Gesetz zulässig ist.	
(3) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen darf personenbezogene Daten, die bei ihr vorhanden sind, zu Fortbildungszwecken oder zu statistischen Zwecken verarbeiten, soweit eine Verarbeitung anonymisierter Daten zu diesen Zwecken nicht möglich ist.	
§ 30	
Entgegennahme und Analyse von Meldungen	
(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben folgende Meldungen und Informationen entgegenzunehmen und zu verarbeiten:	
1. Meldungen von Verpflichteten nach § 43 sowie Meldungen von Aufsichtsbehörden nach § 44,	
2. Mitteilungen von Finanzbehörden nach § 31b der Abgabenordnung,	
3. Informationen, die ihr übermittelt werden	
a) nach Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1889/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 über die Überwachung von Barmitteln, die in die Gemeinschaft oder aus der Gemeinschaft verbracht werden (ABl. L 309 vom 25.11.2005, S. 9), und	
b) nach § 12a des Zollverwaltungsgesetzes, und	
4. sonstige Informationen aus öffentlichen und nicht öffentlichen Quellen im Rahmen ihres Aufgabebereiches.	
(2) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen analysiert die Meldungen nach den §§ 43	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
und 44 sowie die Mitteilungen nach § 31b der Abgabenordnung, um zu prüfen, ob der gemeldete Sachverhalt im Zusammenhang mit Geldwäsche, mit Terrorismusfinanzierung oder mit einer sonstigen Straftat steht.	
(3) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann unabhängig vom Vorliegen einer Meldung Informationen von Verpflichteten einholen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Zur Beantwortung ihres Auskunftsverlangens gewährt sie dem Verpflichteten eine angemessene Frist. Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 und 12 können die Auskunft verweigern, soweit sich das Auskunftsverlangen auf Informationen bezieht, die sie im Rahmen der Rechtsberatung oder der Prozessvertretung des Vertragspartners erhalten haben. Die Auskunftspflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Verpflichtete weiß, dass der Vertragspartner die Rechtsberatung für den Zweck der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung in Anspruch genommen hat oder nimmt.	
§ 31	
Auskunftsrecht gegenüber inländischen öffentlichen Stellen, Datenzugriffsrecht	
(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann, soweit es zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, bei inländischen öffentlichen Stellen Daten erheben. Die inländischen öffentlichen Stellen erteilen der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Erfüllung von deren Aufgaben auf deren Ersuchen Auskunft, soweit der Auskunft keine Übermittlungsbeschränkungen entgegenstehen.	
(2) Die Anfragen sind von der inländischen öffentlichen Stelle unverzüglich zu beantworten. Daten, die mit der Anfrage im Zusammenhang stehen, sind zur Verfügung zu stellen.	
(3) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen soll ein automatisiertes Verfahren für die Übermittlung personenbezogener Daten, die bei anderen inländischen öffentlichen Stellen gespeichert sind und zu deren Erhalt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen gesetzlich berechtigt ist, durch Abruf einrichten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist und diese Form der Datenübermittlung unter Berücksichtigung der schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen wegen der Vielzahl der Übermittlungen oder wegen ihrer besonderen Eilbedürftigkeit angemessen ist. Zur Kontrolle der Zulässigkeit des	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>automatisierten Abrufverfahrens hat die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen schriftlich festzulegen:</p>	
<p>1. den Anlass und den Zweck des Abgleich- oder Abrufverfahrens,</p>	
<p>2. die Dritten, an die übermittelt wird,</p>	
<p>3. die Art der zu übermittelnden Daten und</p>	
<p>4. die technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes.</p>	
<p>(4) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ist berechtigt, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 erforderlich ist, die in ihrem Informationssystem gespeicherten, personenbezogenen Daten mit den im polizeilichen Informationssystem nach § 11 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 1 und 3 des Bundeskriminalamtgesetzes enthaltenen, personenbezogenen Daten automatisiert abzugleichen. Wird im Zuge des Abgleichs nach Satz 1 eine Übereinstimmung übermittelter Daten mit im polizeilichen Informationssystem gespeicherten Daten festgestellt, so erhält die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen automatisiert die Information über das Vorliegen eines Treffers und ist berechtigt, die dazu im polizeilichen Informationssystem vorhandenen Daten automatisiert abzurufen. Haben die Teilnehmer am polizeilichen Informationssystem Daten als besonders schutzwürdig eingestuft und aus diesem Grund einen Datenabruf der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nach Satz 2 ausgeschlossen, erhält der datenbesitzende Teilnehmer am polizeilichen Informationssystem automatisiert die Information über das Vorliegen eines Treffers. In diesem Fall obliegt es dem jeweiligen datenbesitzenden Teilnehmer des polizeilichen Informationssystems, mit der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen unverzüglich Kontakt aufzunehmen und ihr die Daten zu übermitteln, soweit dem keine Übermittlungsbeschränkungen entgegenstehen. Die Regelungen der Sätze 1 bis 4 gehen der Regelung des § 11 Absatz 5 des Bundeskriminalamtgesetzes vor. Die Einrichtung eines weitergehenden automatisierten Abrufverfahrens für die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ist mit Zustimmung des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums der Finanzen und der Innenministerien und Senatsinnenverwaltungen der Länder zulässig, soweit diese Form der Datenübermittlung unter Berücksichtigung der schutz-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
würdigen Interessen der Betroffenen wegen der Vielzahl der Übermittlungen oder wegen der besonderen Eilbedürftigkeit angemessen ist.	
<p>(5) Finanzbehörden erteilen der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nach Maßgabe des § 31b Absatz 1 Nummer 5 der Abgabenordnung Auskunft und teilen ihr nach § 31b Absatz 2 der Abgabenordnung die dort genannten Informationen mit. Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen darf zur Vorbereitung von Auskunftersuchen gegenüber Finanzämtern unter Angabe des Vornamens, des Nachnamens und der Anschrift oder des Geburtsdatums einer natürlichen Person aus der Datenbank nach § 139b der Abgabenordnung automatisiert abrufen, bei welchem Finanzamt und unter welcher Steuernummer diese natürliche Person geführt wird. Ein automatisierter Abruf anderer Daten, die bei den Finanzbehörden gespeichert sind und die nach § 30 der Abgabenordnung dem Steuergeheimnis unterliegen, durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ist nur möglich, soweit dies nach der Abgabenordnung oder den Steuergesetzen zugelassen ist. Abweichend von Satz 3 findet für den automatisierten Abruf von Daten, die bei den Finanzbehörden der Zollverwaltung gespeichert sind und für deren Erhalt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen die gesetzliche Berechtigung hat, Absatz 3 Anwendung.</p>	
<p>(6) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben bei den Kreditinstituten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und bei den Instituten nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 Daten aus den von ihnen nach § 24c Absatz 1 des Kreditwesengesetzes zu führenden Dateien im automatisierten Verfahren abrufen. Für die Datenübermittlung gilt § 24c Absatz 4 bis 8 des Kreditwesengesetzes entsprechend.</p>	
<p>(7) Soweit zur Überprüfung der Personalien des Betroffenen erforderlich, darf die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen im automatisierten Abrufverfahren nach § 38 des Bundesmeldegesetzes über die in § 38 Absatz 1 des Bundesmeldegesetzes aufgeführten Daten hinaus folgende Daten abrufen:</p>	
<p>1. derzeitige Staatsangehörigkeiten,</p>	
<p>2. frühere Anschriften, gekennzeichnet nach Haupt- und Nebenwohnung, und</p>	
<p>3. Ausstellungsbehörde, Ausstellungsdatum, Gültigkeitsdauer, Seriennummer des Personalausweises, vorläufigen Personalausweises oder Ersatzpersonalausweises, des anerkannten und gültigen Passes oder Passersatzpapiers.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 32	
Datenübermittlungsverpflichtung an inländische öffentliche Stellen	
<p>(1) Meldungen nach § 43 Absatz 1, § 44 sind von der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen unverzüglich an das Bundesamt für Verfassungsschutz zu übermitteln, soweit tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung dieser Informationen für die Erfüllung der Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.</p>	
<p>(2) Stellt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen bei der operativen Analyse fest, dass ein Vermögensgegenstand mit Geldwäsche, mit Terrorismusfinanzierung oder mit einer sonstigen Straftat im Zusammenhang steht, übermittelt sie das Ergebnis ihrer Analyse sowie alle sachdienlichen Informationen unverzüglich an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden. Die in Satz 1 genannten Informationen sind außerdem an den Bundesnachrichtendienst zu übermitteln, soweit tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, dass diese Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes erforderlich ist. Im Fall von Absatz 1 übermittelt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen außerdem dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu der zuvor übermittelten Meldung auch das entsprechende Ergebnis ihrer operativen Analyse sowie alle sachdienlichen Informationen.</p>	
<p>(3) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen übermittelt auf Ersuchen personenbezogene Daten an die Strafverfolgungsbehörden, das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst oder den Militärischen Abschirmdienst des Bundesministeriums der Verteidigung, soweit dies erforderlich ist für</p>	
<p>1. die Aufklärung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung oder die Durchführung von diesbezüglichen Strafverfahren oder</p>	
<p>2. die Aufklärung sonstiger Gefahren und die Durchführung von anderen, nicht von Nummer 1 erfassten Strafverfahren.</p>	
<p>Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen übermittelt von Amts wegen oder auf Ersuchen personenbezogene Daten an andere als in Satz 1 benannte, zuständige inländische öffentliche Stellen, soweit dies erforderlich ist für</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. Besteuerungsverfahren,	
2. Verfahren zum Schutz der sozialen Sicherungssysteme oder	
3. die Aufgabenwahrnehmung der Aufsichtsbehörden.	
(4) In den Fällen des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 1 und 2 sind die Strafverfolgungsbehörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz berechtigt, die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben automatisiert bei der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen abzurufen, soweit dem keine Übermittlungsbeschränkungen entgegenstehen. Zur Kontrolle der Zulässigkeit des automatisierten Abrufverfahrens haben die jeweiligen Strafverfolgungsbehörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz schriftlich festzulegen:	
1. den Anlass und den Zweck des Abrufverfahrens,	
2. die Dritten, an die übermittelt wird,	
3. die Art der zu übermittelnden Daten und	
4. die technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes.	
(5) Die Übermittlung personenbezogener Daten nach Absatz 3 unterbleibt, soweit	
1. sich die Bereitstellung der Daten negativ auf den Erfolg laufender Ermittlungen der zuständigen inländischen öffentlichen Stellen auswirken könnte oder	
2. die Weitergabe der Daten unverhältnismäßig wäre.	
Soweit ein Abruf nach Absatz 4 zu Daten erfolgt, zu denen Übermittlungsbeschränkungen dem automatisierten Abruf grundsätzlich entgegenstehen, wird die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen automatisiert durch Übermittlung aller Anfragedaten über die Abfrage unterrichtet. Ihr obliegt es in diesem Fall, unverzüglich mit der anfragenden Behörde Kontakt aufzunehmen, um im Einzelfall zu klären, ob Erkenntnisse nach Absatz 3 übermittelt werden können.	
(6) Falls die Strafverfolgungsbehörde ein Strafverfahren aufgrund eines nach Absatz 2 übermittelten Sachverhalts eingeleitet hat, teilt sie den Sachverhalt zusammen mit den zugrunde liegenden Tatsachen der zuständigen Finanzbehörde mit, wenn eine Transaktion festgestellt wird, die für die Finanzverwaltung für die Einleitung oder Durchführung von Besteuerungs- oder Steuerstrafverfahren Bedeutung haben könnte. Zieht	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>die Strafverfolgungsbehörde im Strafverfahren Aufzeichnungen nach § 11 Absatz 1 heran, dürfen auch diese der Finanzbehörde übermittelt werden. Die Mitteilungen und Aufzeichnungen dürfen für Besteuerungsverfahren und für Strafverfahren wegen Steuerstraftaten verwendet werden.</p>	
<p>(7) Der Empfänger darf die ihm übermittelten personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt worden sind. Eine Verwendung für andere Zwecke ist zulässig, soweit die Daten auch dafür hätten übermittelt werden dürfen.</p>	
<p>§ 33</p>	
<p>Datenaustausch mit Mitgliedstaaten der Europäischen Union</p>	
<p>(1) Der Datenaustausch mit den für die Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung zuständigen zentralen Meldestellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist unabhängig von der Art der Vortat der Geldwäsche und auch dann, wenn die Art der Vortat nicht feststeht, zu gewährleisten. Insbesondere steht eine im Einzelfall abweichende Definition der Steuerstraftaten, die nach nationalem Recht eine taugliche Vortat zur Geldwäsche sein können, einem Informationsaustausch mit zentralen Meldestellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht entgegen. Geht bei der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen eine Meldung nach § 43 Absatz 1 ein, die die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaates betrifft, so leitet sie diese Meldung umgehend an die zentrale Meldestelle des betreffenden Mitgliedstaates weiter.</p>	
<p>(2) Für die Übermittlung der Daten gelten die Vorschriften über die Datenübermittlung im internationalen Bereich nach § 35 Absatz 2 bis 6 entsprechend. Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Datenübermittlung trägt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen.</p>	
<p>(3) Sind zusätzliche Informationen über einen in Deutschland tätigen Verpflichteten, der in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union in einem öffentlichen Register eingetragen ist, erforderlich, richtet die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ihr Ersuchen an die zentrale Meldestelle dieses anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(4) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen darf ein Ersuchen um Informationsübermittlung, das eine zentrale Meldestelle eines Mitgliedstaates der Europäischen Union im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung an sie gerichtet hat, nur ablehnen, wenn	
1. durch die Informationsübermittlung die innere oder äußere Sicherheit oder andere wesentliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet werden könnten,	
2. im Einzelfall, auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses an der Datenübermittlung, aufgrund wesentlicher Grundprinzipien deutschen Rechts die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person überwiegen,	
3. durch die Informationsübermittlung strafrechtliche Ermittlungen oder die Durchführung eines Gerichtsverfahrens behindert oder gefährdet werden könnten oder	
4. rechtshilferechtliche Bedingungen ausländischer Stellen entgegenstehen, die von den zuständigen Behörden zu beachten sind.	
Die Gründe für die Ablehnung des Informationsersuchens legt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen der ersuchenden zentralen Meldestelle angemessen schriftlich dar, außer wenn die operative Analyse noch nicht abgeschlossen ist oder soweit die Ermittlungen hierdurch gefährdet werden könnten.	
(5) Übermittelt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen einer zentralen Meldestelle eines Mitgliedstaates der Europäischen Union auf deren Ersuchen Informationen, so soll sie in der Regel umgehend ihre Einwilligung dazu erklären, dass diese Informationen an andere Behörden dieses Mitgliedstaates weitergeleitet werden dürfen. Die Einwilligung darf von ihr verweigert werden, wenn der im Ersuchen dargelegte Sachverhalt nach deutschem Recht nicht den Straftatbestand der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung erfüllen würde. Die Gründe für die Verweigerung der Einwilligung legt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen angemessen dar. Die Verwendung der Informationen zu anderen Zwecken bedarf der vorherigen Zustimmung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 34	
Informationersuchen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit	
<p>(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann die zentralen Meldestellen anderer Staaten, die mit der Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche, von Vortaten der Geldwäsche sowie von Terrorismusfinanzierung befasst sind, um die Erteilung von Auskünften einschließlich der personenbezogenen Daten oder der Übermittlung von Unterlagen ersuchen, wenn diese Informationen und Unterlagen erforderlich sind zur Erfüllung ihrer Aufgaben.</p>	
<p>(2) Für ein Ersuchen kann die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen personenbezogene Daten übermitteln, soweit dies erforderlich ist, um ein berechtigtes Interesse an der begehrten Information glaubhaft zu machen und wenn überwiegende berechnete Interessen des Betroffenen nicht entgegenstehen.</p>	
<p>(3) In dem Ersuchen muss die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen den Zweck der Datenerhebung offenlegen und die beabsichtigte Weitergabe der Daten an andere inländische öffentliche Stellen mitteilen. Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen darf die von einer zentralen Meldestelle eines anderen Staates übermittelten Daten nur verwenden</p>	
<p>1. zu den Zwecken, zu denen um die Daten ersucht wurde, und</p>	
<p>2. zu den Bedingungen, unter denen die Daten zur Verfügung gestellt wurden.</p>	
<p>Sollen die übermittelten Daten nachträglich an eine andere öffentliche Stelle weitergegeben werden oder für einen Zweck genutzt werden, der über die ursprünglichen Zwecke hinausgeht, so ist vorher die Zustimmung der übermittelnden zentralen Meldestelle einzuholen.</p>	
§ 35	
Datenübermittlung im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit	
<p>(1) Geht bei der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen eine Meldung nach § 43 Absatz 1 ein, die die Zuständigkeit eines anderen Staates betrifft, so kann sie diese Meldung umgehend an die zentrale</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Meldestelle des betreffenden Staates weiterleiten. Sie weist die zentrale Meldestelle des betreffenden Staates darauf hin, dass die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck genutzt werden dürfen, zu dem sie übermittelt worden sind.	
(2) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann einer zentralen Meldestelle eines anderen Staates auf deren Ersuchen personenbezogene Daten übermitteln	
1. für eine von der zentralen Meldestelle des anderen Staates durchzuführende operative Analyse,	
2. im Rahmen einer beabsichtigten Sofortmaßnahme nach § 40, soweit Tatsachen darauf hindeuten, dass der Vermögensgegenstand	
a) sich in Deutschland befindet und	
b) im Zusammenhang steht mit einem Sachverhalt, der der zentralen Meldestelle des anderen Staates vorliegt, oder	
3. zur Erfüllung der Aufgaben einer anderen ausländischen öffentlichen Stelle, die der Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche oder von Vortaten der Geldwäsche oder von Terrorismusfinanzierung dient.	
Sie kann zur Beantwortung des Ersuchens auf ihr vorliegende Informationen zurückgreifen. Enthalten diese Informationen auch Daten, die von anderen in- oder ausländischen Behörden erhoben oder von diesen übermittelt wurden, so ist eine Weitergabe dieser Daten nur mit Zustimmung dieser Behörden zulässig, es sei denn, die Informationen stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen. Zur Beantwortung des Ersuchens kann die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nach Maßgabe der §§ 28, 30 und 31 andere inländische öffentliche Stellen um Auskunft ersuchen oder von Verpflichteten Auskunft verlangen. Ersuchen um Auskunft und Verlangen nach Auskunft sind zeitnah zu beantworten.	
(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten an eine zentrale Meldestelle eines anderen Staates ist nur zulässig, wenn das Ersuchen mindestens folgende Angaben enthält:	
1. die Bezeichnung, die Anschrift und sonstige Kontaktdaten der ersuchenden Behörde,	
2. die Gründe des Ersuchens und die Benennung des Zwecks, zu dem die Daten verwendet werden sollen, nach Absatz 2,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. erforderliche Einzelheiten zur Identität der betroffenen Person, sofern sich das Ersuchen auf eine bekannte Person bezieht,	
4. die Beschreibung des Sachverhalts, der dem Ersuchen zugrunde liegt, sowie die Behörde, an die die Daten gegebenenfalls weitergeleitet werden sollen, und	
5. die Angabe, inwieweit der Sachverhalt mit Geldwäsche oder mit Terrorismusfinanzierung im Zusammenhang steht, und die Angabe der mutmaßlich begangenen Vortat.	
(4) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann auch ohne Ersuchen personenbezogene Daten an eine zentrale Meldestelle eines anderen Staates übermitteln, wenn Tatsachen darauf hindeuten, dass natürliche oder juristische Personen auf dem Hoheitsgebiet dieses Staates Handlungen, die wegen Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung strafbar sind, begangen haben.	
(5) Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Übermittlung trägt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen. Sie kann bei der Übermittlung von Daten an eine ausländische zentrale Meldestelle Einschränkungen und Auflagen für die Verwendung der übermittelten Daten festlegen.	
(6) Der Empfänger personenbezogener Daten ist darauf hinzuweisen, dass die personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck genutzt werden dürfen, zu dem sie übermittelt worden sind. Sollen die Daten von der ersuchenden ausländischen zentralen Meldestelle an eine andere Behörde in dem Staat weitergeleitet werden, muss die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen dem unter Berücksichtigung des Zwecks und der schutzwürdigen Interessen des Betroffenen an den Daten zuvor zustimmen. Soweit die Informationen als Beweismittel in einem Strafverfahren verwendet werden sollen, gelten die Regeln der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Strafsachen.	
(7) Die Übermittlung personenbezogener Daten an eine ausländische zentrale Meldestelle unterbleibt, soweit	
1. durch die Übermittlung die innere oder äußere Sicherheit oder andere wesentliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland verletzt werden könnten,	
2. einer Übermittlung besondere bundesgesetzliche Übermittlungsvorschriften entgegenstehen oder	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. im Einzelfall, auch unter Berücksichtigung des besonderen öffentlichen Interesses an der Datenübermittlung, die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person überwiegen.	
Zu den schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person gehört auch das Vorhandensein eines angemessenen Datenschutzniveaus im Empfängerstaat. Die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person können auch dadurch gewahrt werden, dass der Empfängerstaat oder die empfangende zwischen- oder überstaatliche Stelle im Einzelfall einen angemessenen Schutz der übermittelten Daten garantiert.	
(8) Die Übermittlung personenbezogener Daten soll unterbleiben, wenn	
1. strafrechtliche Ermittlungen oder die Durchführung eines Gerichtsverfahrens durch die Übermittlung behindert oder gefährdet werden könnten oder	
2. nicht gewährleistet ist, dass die ersuchende ausländische zentrale Meldestelle einem gleichartigen deutschen Ersuchen entsprechen würde.	
(9) Die Gründe für die Ablehnung eines Informationsersuchens sollen der ersuchenden zentralen Meldestelle angemessen dargelegt werden.	
(10) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen hat den Zeitpunkt, die übermittelten Daten sowie die empfangende zentrale Meldestelle aufzuzeichnen. Unterbleibt die Datenübermittlung, so ist dies entsprechend aufzuzeichnen. Sie hat diese Daten drei Jahre aufzubewahren und danach zu löschen.	
§ 36	
Automatisierter Datenabgleich im europäischen Verbund	
Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann im Verbund mit zentralen Meldestellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein System zum verschlüsselten automatisierten Abgleich von dazu geeigneten Daten, die die nationalen zentralen Meldestellen im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung erhoben haben, einrichten und betreiben. Zweck dieses Systems ist es, Kenntnis davon zu erlangen, ob zu einer betreffenden Person bereits durch zentrale Meldestellen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
eine Analyse nach § 30 durchgeführt wurde oder anderweitige Informationen zu dieser Person dort vorliegen.	
§ 37	
Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung personenbezogener Daten aus automatisierter Verarbeitung und bei Speicherung in automatisierten Dateien	
(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen berichtigt unrichtig gespeicherte personenbezogene Daten, die sie automatisiert verarbeitet.	
(2) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen löscht gespeicherte personenbezogene Daten, wenn die Speicherung dieser Daten unzulässig ist oder die Kenntnis dieser Daten für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist.	
(3) An die Stelle einer Löschung tritt eine Einschränkung der Verarbeitung der gespeicherten personenbezogenen Daten, wenn	
1. Anhaltspunkte vorliegen, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen eines Betroffenen beeinträchtigt würden,	
2. die Daten für laufende Forschungsarbeiten benötigt werden oder	
3. eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist.	
Der eingeschränkten Verarbeitung unterliegende Daten dürfen nur für den Zweck verarbeitet werden, für den die Löschung unterblieben ist. Sie dürfen auch verarbeitet werden, soweit dies zur Durchführung eines laufenden Strafverfahrens unerlässlich ist oder der Betroffene einer Verarbeitung zustimmt.	
(4) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, ob gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen, zu löschen oder in der Verarbeitung einzuschränken sind.	
(5) Die Fristen beginnen mit dem Tag, an dem die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen die operative Analyse nach § 30 abgeschlossen hat.	
(6) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ergreift angemessene Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>unrichtig, unvollständig oder in der Verarbeitung eingeschränkt sind, nicht übermittelt werden. Zu diesem Zweck überprüft sie, soweit durchführbar, die Qualität der Daten vor ihrer Übermittlung. Bei jeder Übermittlung von personenbezogenen Daten fügt sie nach Möglichkeit Informationen bei, die es dem Empfänger gestatten, die Richtigkeit, die Vollständigkeit und die Zuverlässigkeit der personenbezogenen Daten zu beurteilen.</p>	
<p>(7) Stellt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen fest, dass sie unrichtige, zu löschende oder in der Verarbeitung einzuschränkende personenbezogene Daten übermittelt hat, so teilt sie dem Empfänger dieser Daten die Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung mit, wenn eine Mitteilung erforderlich ist, um schutzwürdige Interessen des Betroffenen zu wahren.</p>	
<p>§ 38</p>	
<p>Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Vernichtung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind</p>	
<p>(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen hält in geeigneter Weise fest, wenn</p>	
<p>1. sie feststellt, dass personenbezogene Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind, unrichtig sind, oder</p>	
<p>2. die Richtigkeit der personenbezogenen Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind, von dem Betroffenen bestritten wird.</p>	
<p>(2) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen schränkt die Verarbeitung personenbezogener Daten, die weder automatisiert verarbeitet werden noch in einer automatisierten Datei gespeichert sind, ein, wenn sie im Einzelfall feststellt, dass</p>	
<p>1. ohne die Einschränkung der Verarbeitung schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden und</p>	
<p>2. die Daten für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind.</p>	
<p>Die personenbezogenen Daten sind auch dann in der Verarbeitung einzuschränken, wenn für sie eine Löschungsverpflichtung nach § 37 Absatz 2 besteht.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(3) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vernichtet die Unterlagen mit personenbezogenen Daten entsprechend den Bestimmungen über die Aufbewahrung von Akten, wenn diese Unterlagen insgesamt zur Erfüllung der Aufgaben der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nicht mehr erforderlich sind.	
(4) Die Vernichtung unterbleibt, wenn	
1. Anhaltspunkte vorliegen, dass anderenfalls schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden, oder	
2. die Daten für laufende Forschungsarbeiten benötigt werden.	
In diesen Fällen schränkt die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen die Verarbeitung der Daten ein und versieht die Unterlagen mit einem Einschränkungsvermerk. Für die Einschränkung gilt § 37 Absatz 3 Satz 2 und 3 entsprechend.	
(5) Anstelle der Vernichtung nach Absatz 3 Satz 1 sind die Unterlagen an das zuständige Archiv abzugeben, sofern diesen Unterlagen ein bleibender Wert nach § 3 des Bundesarchivgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Januar 1988 (BGBl. I S. 62), das zuletzt durch das Gesetz vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 506) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung zukommt.	
(6) Für den Fall, dass unrichtige, zu löschende oder in der Verarbeitung einzuschränkende personenbezogene Daten übermittelt worden sind, gilt § 37 Absatz 7 entsprechend.	
§ 39	
Errichtungsanordnung	
(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen erlässt für jede automatisierte Datei mit personenbezogenen Daten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben führt, eine Errichtungsanordnung. Die Errichtungsanordnung bedarf der Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen. Vor Erlass einer Errichtungsanordnung ist die oder der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit anzuhören.	
(2) In der Errichtungsanordnung sind festzulegen:	
1. die Bezeichnung der Datei,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. die Rechtsgrundlage und Zweck der Verarbeitung,	
3. der Personenkreis, über den Daten gespeichert werden,	
4. die Art der zu speichernden personenbezogenen Daten,	
5. die Arten der personenbezogenen Daten, die der Erschließung der Datei dienen,	
6. die Anlieferung oder Eingabe der zu speichernden Daten,	
7. die Voraussetzungen, unter denen in der Datei gespeicherte personenbezogene Daten an welche Empfänger und in welchem Verfahren übermittelt werden,	
8. die Fristen für die Überprüfung der gespeicherten Daten und die Dauer der Speicherung,	
9. die Protokollierung.	
Die Fristen für die Überprüfung der gespeicherten Daten dürfen fünf Jahre nicht überschreiten. Diese richten sich nach dem Zweck der Speicherung sowie nach Art und Bedeutung des Sachverhalts, wobei nach dem Zweck der Speicherung sowie nach Art und Bedeutung des Sachverhalts zu unterscheiden ist.	
(3) Ist im Hinblick auf die Dringlichkeit der Aufgabenerfüllung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen eine Mitwirkung der in Absatz 1 genannten Stellen nicht möglich, so kann die Generalzolldirektion eine Sofortanordnung treffen. Gleichzeitig unterrichtet die Generalzolldirektion das Bundesministerium der Finanzen und legt ihm die Sofortanordnung vor. Das Verfahren nach Absatz 1 ist unverzüglich nachzuholen.	
(4) In angemessenen Abständen ist die Notwendigkeit der Weiterführung oder der Änderung der Errichtungsanordnung zu überprüfen.	
§ 40	
Sofortmaßnahmen	
(1) Liegen der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen Anhaltspunkte dafür vor, dass eine Transaktion im Zusammenhang mit Geldwäsche steht oder der Terrorismusfinanzierung dient, so kann sie die Durchführung der Transaktion untersagen, um den An-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
haltspunkten nachzugehen und die Transaktion zu analysieren. Außerdem kann sie unter den Voraussetzungen des Satzes 1	
1. einem Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 untersagen,	
a) Verfügungen von einem bei ihm geführten Konto oder Depot auszuführen und	
b) sonstige Finanztransaktionen durchzuführen,	
2. einen Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 anweisen, dem Vertragspartner und allen sonstigen Verfügungsberechtigten den Zugang zu einem Schließfach zu verweigern, oder	
3. gegenüber einem Verpflichteten anderweitige Anordnungen in Bezug auf eine Transaktion treffen.	
(2) Maßnahmen nach Absatz 1 können von der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen aufgrund des Ersuchens einer zentralen Meldestelle eines anderen Staates getroffen werden. Ein Ersuchen hat die Angaben entsprechend § 35 Absatz 3 zu enthalten. Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen soll die Gründe für die Ablehnung eines Ersuchens angemessen darlegen.	
(3) Maßnahmen nach Absatz 1 werden von der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen aufgehoben, sobald oder soweit die Voraussetzungen für die Maßnahmen nicht mehr vorliegen.	
(4) Maßnahmen nach Absatz 1 enden	
1. spätestens mit Ablauf eines Monats nach Anordnung der Maßnahmen durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen,	
2. mit Ablauf des fünften Werktages nach Abgabe des Sachverhalts an die zuständige Strafverfolgungsbehörde, wobei der Samstag nicht als Werktag gilt, oder	
3. zu einem früheren Zeitpunkt, wenn ein solcher von der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen festgelegt wurde.	
(5) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann Vermögensgegenstände, die einer Maßnahme nach Absatz 1 Satz 2 unterliegen, auf Antrag der betroffenen Person oder einer nichtrechtsfähigen Personenvereinigung freigeben, soweit diese Vermögensgegenstände einem der folgenden Zwecke dienen:	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. der Deckung des notwendigen Lebensunterhalts der Person oder ihrer Familienmitglieder,	
2. der Bezahlung von Versorgungsleistungen oder Unterhaltsleistungen oder	
3. vergleichbaren Zwecken.	
(6) Gegen Maßnahmen nach Absatz 1 kann der Verpflichtete oder ein anderer Beschwerter Widerspruch erheben. Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung.	
§ 41	
Rückmeldung an den meldenden Verpflichteten	
(1) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen bestätigt dem Verpflichteten, der eine Meldung nach § 43 Absatz 1 durch elektronische Datenübermittlung abgegeben hat, unverzüglich den Eingang seiner Meldung.	
(2) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen gibt dem Verpflichteten in angemessener Zeit Rückmeldung zur Relevanz seiner Meldung. Der Verpflichtete darf hierdurch erlangte personenbezogene Daten nur zur Verbesserung seines Risikomanagements, der Erfüllung seiner Sorgfaltspflichten und seines Meldeverhaltens nutzen. Er hat diese Daten zu löschen, wenn sie für den jeweiligen Zweck nicht mehr erforderlich sind, spätestens jedoch nach einem Jahr.	
§ 42	
Benachrichtigung von inländischen öffentlichen Stellen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen	
(1) In Strafverfahren, in denen die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen Informationen weitergeleitet hat, teilt die zuständige Staatsanwaltschaft der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen die Erhebung der öffentlichen Klage und den Ausgang des Verfahrens einschließlich aller Einstellungsentscheidungen mit. Die Mitteilung erfolgt durch Übersendung einer Kopie der Anklageschrift, der begründeten Einstellungsentscheidung oder des Urteils.	
(2) Leitet die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen Informationen an sonstige inländische öffentliche Stellen weiter, so benachrichtigt die	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
empfangende Stelle die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen über die abschließende Verwendung der bereitgestellten Informationen und über die Ergebnisse der auf Grundlage der bereitgestellten Informationen durchgeführten Maßnahmen, soweit andere Rechtsvorschriften der Benachrichtigung nicht entgegenstehen.	
Abschnitt 6	Abschnitt 6
Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten	Pflichten im Zusammenhang mit Meldungen von Sachverhalten
§ 43	§ 43
Meldepflicht von Verpflichteten	Meldepflicht von Verpflichteten
(1) Liegen Tatsachen vor, die darauf hindeuten, dass	(1) unverändert
1. ein Vermögensgegenstand, der mit einer Geschäftsbeziehung, einem Maklergeschäft oder einer Transaktion im Zusammenhang steht, aus einer strafbaren Handlung stammt, die eine Vortat der Geldwäsche darstellen könnte,	
2. ein Geschäftsvorfall, eine Transaktion oder ein Vermögensgegenstand im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung steht oder	
3. der Vertragspartner seine Pflicht nach § 11 Absatz 6 Satz 3, gegenüber dem Verpflichteten offenzulegen, ob er die Geschäftsbeziehung oder die Transaktion für einen wirtschaftlich Berechtigten begründen, fortsetzen oder durchführen will, nicht erfüllt hat,	
so hat der Verpflichtete diesen Sachverhalt unabhängig vom Wert des betroffenen Vermögensgegenstandes oder der Transaktionshöhe unverzüglich der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zu melden.	
(2) Abweichend von Absatz 1 sind Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 und 12 nicht zur Meldung verpflichtet, wenn sich der meldepflichtige Sachverhalt auf Informationen bezieht, die sie im Rahmen der <i>Rechtsberatung oder der Prozessvertretung des Vertragspartners</i> erhalten haben. Die Meldepflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Verpflichtete weiß, dass der Vertragspartner <i>die Rechtsberatung</i> für den Zweck der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung	(2) Abweichend von Absatz 1 sind Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 und 12 nicht zur Meldung verpflichtet, wenn sich der meldepflichtige Sachverhalt auf Informationen bezieht, die sie im Rahmen eines der Schweigepflicht unterliegenden Mandatsverhältnisses erhalten haben. Die Meldepflicht bleibt jedoch bestehen, wenn der Verpflichtete weiß, dass der Vertragspartner das Mandatsverhältnis für den

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
oder einer anderen Straftat <i>in Anspruch genommen</i> hat oder <i>nimmt</i> .	Zweck der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung oder einer anderen Straftat genutzt hat oder nutzt .
(3) Ein Mitglied der Führungsebene eines Verpflichteten hat eine Meldung nach Absatz 1 an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen abzugeben, wenn	(3) u n v e r ä n d e r t
1. der Verpflichtete über eine Niederlassung in Deutschland verfügt und	
2. der zu meldende Sachverhalt im Zusammenhang mit einer Tätigkeit der deutschen Niederlassung steht.	
(4) Die Pflicht zur Meldung nach Absatz 1 schließt die Freiwilligkeit der Meldung nach § 261 Absatz 9 des Strafgesetzbuchs nicht aus.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen kann im Benehmen mit den Aufsichtsbehörden typisierte Transaktionen bestimmen, die stets nach Absatz 1 zu melden sind.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 44	§ 44
Meldepflicht von Aufsichtsbehörden	u n v e r ä n d e r t
(1) Liegen Tatsachen vor, die darauf hindeuten, dass ein Vermögensgegenstand mit Geldwäsche oder mit Terrorismusfinanzierung im Zusammenhang steht, meldet die Aufsichtsbehörde diese Tatsachen unverzüglich der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen.	
(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Behörden, die für die Überwachung der Aktien-, Devisen- und Finanzderivatemärkte zuständig sind.	
§ 45	§ 45
Form der Meldung, Verordnungsermächtigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Meldung nach § 43 Absatz 1 oder § 44 hat elektronisch zu erfolgen. Bei einer Störung der elektronischen Datenübermittlung ist die Übermittlung auf dem Postweg zulässig. Meldungen nach § 44 sind aufgrund des besonderen Bedürfnisses nach einem einheitlichen Datenübermittlungsverfahren auch für die aufsichtsführenden Landesbehörden bindend.	
(2) Auf Antrag kann die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Vermeidung von unbilligen Härten auf die elektronische Übermittlung einer Meldung eines Verpflichteten verzichten und die	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Übermittlung auf dem Postweg genehmigen. Die Ausnahmegenehmigung kann befristet werden.	
(3) Für die Übermittlung auf dem Postweg ist der amtliche Vordruck zu verwenden.	
(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates nähere Bestimmungen über die Form der Meldung nach § 43 Absatz 1 oder § 44 erlassen. Von Absatz 1 und den Regelungen einer Rechtsverordnung nach Satz 1 kann durch Landesrecht nicht abgewichen werden.	
§ 46	§ 46
Durchführung von Transaktionen	u n v e r ä n d e r t
(1) Eine Transaktion, wegen der eine Meldung nach § 43 Absatz 1 erfolgt ist, darf frühestens durchgeführt werden, wenn	
1. dem Verpflichteten die Zustimmung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen oder der Staatsanwaltschaft zur Durchführung übermittelt wurde oder	
2. der dritte Werktag nach dem Abgangstag der Meldung verstrichen ist, ohne dass die Durchführung der Transaktion durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen oder die Staatsanwaltschaft untersagt worden ist.	
Für die Berechnung der Frist gilt der Samstag nicht als Werktag.	
(2) Ist ein Aufschub der Transaktion, bei der Tatsachen vorliegen, die auf einen Sachverhalt nach § 43 Absatz 1 hindeuten, nicht möglich oder könnte durch den Aufschub die Verfolgung einer mutmaßlichen strafbaren Handlung behindert werden, so darf die Transaktion durchgeführt werden. Die Meldung nach § 43 Absatz 1 ist vom Verpflichteten unverzüglich nachzuholen.	
§ 47	§ 47
Verbot der Informationsweitergabe, Verordnungsermächtigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Ein Verpflichteter darf den Vertragspartner, den Auftraggeber der Transaktion und sonstige Dritte nicht in Kenntnis setzen von	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. einer beabsichtigten oder erstatteten Meldung nach § 43 Absatz 1,	
2. einem Ermittlungsverfahren, das aufgrund einer Meldung nach § 43 Absatz 1 eingeleitet worden ist, und	
3. einem Auskunftsverlangen nach § 30 Absatz 3 Satz 1.	
(2) Das Verbot gilt nicht für eine Informationsweitergabe	
1. an staatliche Stellen,	
2. zwischen Verpflichteten, die derselben Gruppe angehören,	
3. zwischen Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 8 und ihren nachgeordneten Gruppenunternehmen in Drittstaaten, sofern die Gruppe einem Gruppenprogramm nach § 9 unterliegt,	
4. zwischen Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 bis 12 aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder aus Drittstaaten, in denen die Anforderungen an ein System zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung denen der Richtlinie (EU) 2015/849 entsprechen, sofern die betreffenden Personen ihre berufliche Tätigkeit	
a) selbständig ausüben,	
b) angestellt in derselben juristischen Person ausüben oder	
c) angestellt in einer Struktur ausüben, die einen gemeinsamen Eigentümer oder eine gemeinsame Leitung hat oder über eine gemeinsame Kontrolle in Bezug auf die Einhaltung der Vorschriften zur Verhinderung der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung verfügt,	
5. zwischen Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3, 6, 7, 9, 10 und 12 in Fällen, die sich auf denselben Vertragspartner und auf dieselbe Transaktion beziehen, an der zwei oder mehr Verpflichtete beteiligt sind, wenn	
a) die Verpflichteten ihren Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem Drittstaat haben, in dem die Anforderungen an ein System zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
den Anforderungen der Richtlinie (EU) 2015/849 entsprechen,	
b) die Verpflichteten derselben Berufskategorie angehören und	
c) für die Verpflichteten vergleichbare Verpflichtungen in Bezug auf das Berufsgeheimnis und auf den Schutz personenbezogener Daten gelten.	
Nach Satz 1 Nummer 2 bis 5 weitergegebene Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Verhinderung der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung verwendet werden.	
(3) Soweit in diesem oder anderen Gesetzen nicht etwas anderes geregelt ist, dürfen andere staatliche Stellen als die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, die Kenntnis von einer nach § 43 Absatz 1 abgegebenen Meldung erlangt haben, diese Informationen nicht weitergeben an	
1. den Vertragspartner des Verpflichteten,	
2. den Auftraggeber der Transaktion,	
3. den wirtschaftlich Berechtigten,	
4. eine Person, die von einer der in den Nummern 1 bis 3 genannten Personen als Vertreter oder Bote eingesetzt worden ist, und	
5. den Rechtsbeistand, der von einer der in den Nummern 1 bis 4 genannten Personen mandatiert worden ist.	
Eine Weitergabe dieser Informationen an diese Personen ist nur zulässig, wenn die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vorher ihr Einverständnis erklärt hat.	
(4) Nicht als Informationsweitergabe gilt, wenn sich Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 bis 12 bemühen, einen Mandanten davon abzuhalten, eine rechtswidrige Handlung zu begehen.	
(5) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 9 dürfen einander andere als die in Absatz 1 Satz 1 genannten Informationen über konkrete Sachverhalte, die auf Geldwäsche, eine ihrer Vortaten oder Terrorismusfinanzierung hindeutende Auffälligkeiten oder Ungewöhnlichkeiten enthalten, zur Kenntnis geben, wenn sie davon ausgehen können, dass andere Verpflichtete diese Informationen benötigen für	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. die Risikobeurteilung einer entsprechenden oder ähnlichen Transaktion oder Geschäftsbeziehung oder	
2. die Beurteilung, ob eine Meldung nach § 43 Absatz 1 oder eine Strafanzeige nach § 158 der Strafprozessordnung erstattet werden sollte.	
Die Informationen dürfen auch unter Verwendung von Datenbanken zur Kenntnis gegeben werden, unabhängig davon, ob diese Datenbanken von den Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 9 selbst oder von Dritten betrieben werden. Die weitergegebenen Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Verhinderung der Geldwäsche, ihrer Vortaten oder der Terrorismusfinanzierung und nur unter den durch den übermittelnden Verpflichteten vorgegebenen Bedingungen verwendet werden.	
(6) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates weitere Regelungen treffen, nach denen in Bezug auf Verpflichtete aus Drittstaaten mit erhöhtem Risiko nach Artikel 9 der Richtlinie (EU) 2015/849 keine Informationen weitergegeben werden dürfen.	
§ 48	§ 48
Freistellung von der Verantwortlichkeit	Freistellung von der Verantwortlichkeit
(1) Wer Sachverhalte nach § 43 Absatz 1 meldet oder eine Strafanzeige nach § 158 der Strafprozessordnung <i>stellt</i> , darf wegen dieser Meldung oder Strafanzeige nicht verantwortlich gemacht werden, es sei denn, die Meldung oder Strafanzeige ist vorsätzlich oder grob fahrlässig unwahr erstattet worden.	(1) Wer Sachverhalte nach § 43 Absatz 1 meldet oder eine Strafanzeige nach § 158 der Strafprozessordnung erstattet , darf wegen dieser Meldung oder Strafanzeige nicht verantwortlich gemacht werden, es sei denn, die Meldung oder Strafanzeige ist vorsätzlich oder grob fahrlässig unwahr erstattet worden.
(2) Absatz 1 gilt auch, wenn	(2) u n v e r ä n d e r t
1. ein Beschäftigter einen Sachverhalt nach § 43 Absatz 1 seinem Vorgesetzten meldet oder einer Stelle meldet, die unternehmensintern für die Entgegennahme einer solchen Meldung zuständig ist, und	
2. ein Verpflichteter oder einer seiner Beschäftigten einem Auskunftsverlangen der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nach § 30 Absatz 3 Satz 1 nachkommt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 49	§ 49
Informationszugang und Schutz der meldenden Beschäftigten	u n v e r ä n d e r t
<p>(1) Ist die Analyse aufgrund eines nach § 43 gemeldeten Sachverhalts noch nicht abgeschlossen, so kann die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen dem Betroffenen auf Anfrage Auskunft über die zu ihm vorliegenden Informationen geben, wenn dadurch der Analysezweck nicht beeinträchtigt wird. Gibt sie dem Betroffenen Auskunft, so macht sie die personenbezogenen Daten der Einzelperson, die die Meldung nach § 43 Absatz 1 abgegeben hat, unkenntlich.</p>	
<p>(2) Ist die Analyse aufgrund eines nach § 43 gemeldeten Sachverhalts abgeschlossen, aber nicht an die Strafverfolgungsbehörde übermittelt worden, so kann die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen auf Anfrage des Betroffenen über die zu ihm vorliegenden Informationen Auskunft geben. Sie verweigert die Auskunft, wenn ein Bekanntwerden dieser Informationen negative Auswirkungen hätte auf</p>	
1. internationale Beziehungen,	
2. Belange der inneren oder äußeren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland,	
3. die Durchführung eines anderen strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens oder	
4. die Durchführung eines laufenden Gerichtsverfahrens.	
<p>In der Auskunft macht sie personenbezogene Daten der Einzelperson, die eine Meldung nach § 43 Absatz 1 abgegeben hat oder die einem Auskunftsverlangen der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nachgekommen ist, unkenntlich. Auf Antrag des Betroffenen kann sie Ausnahmen von Satz 3 zulassen, wenn schutzwürdige Interessen des Betroffenen überwiegen.</p>	
<p>(3) Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ist nicht mehr befugt, dem Betroffenen Auskunft zu geben, nachdem sie den jeweiligen Sachverhalt an die Strafverfolgungsbehörde übermittelt hat. Ist das Verfahren durch die Staatsanwaltschaft oder das Gericht abgeschlossen worden, ist die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen wieder befugt, dem Betroffenen Auskunft zu erteilen. In diesem Fall gilt Absatz 2 entsprechend.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(4) Steht die Person, die eine Meldung nach § 43 Absatz 1 abgegeben hat oder die dem Verpflichteten intern einen solchen Sachverhalt gemeldet hat, in einem Beschäftigungsverhältnis zum Verpflichteten, so darf ihr aus der Meldung keine Benachteiligung im Beschäftigungsverhältnis entstehen.	
Abschnitt 7	Abschnitt 7
Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften, Datenschutz	Aufsicht, Zusammenarbeit, Bußgeldvorschriften, Datenschutz
§ 50	§ 50
Zuständige Aufsichtsbehörde	unverändert
Zuständige Aufsichtsbehörde für die Durchführung dieses Gesetzes ist	
1. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für	
a) Kreditinstitute mit Ausnahme der Deutschen Bundesbank,	
b) Finanzdienstleistungsinstitute sowie Zahlungsinstitute und E-Geld-Institute nach § 1 Absatz 2a des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes,	
c) im Inland gelegene Zweigstellen und Zweigniederlassungen von Kreditinstituten mit Sitz im Ausland, von Finanzdienstleistungsinstituten mit Sitz im Ausland und Zahlungsinstituten mit Sitz im Ausland,	
d) Kapitalverwaltungsgesellschaften nach § 17 Absatz 1 des Kapitalanlagegesetzbuchs,	
e) im Inland gelegene Zweigniederlassungen von EU-Verwaltungsgesellschaften nach § 1 Absatz 17 des Kapitalanlagegesetzbuchs sowie von ausländischen AIF-Verwaltungsgesellschaften nach § 1 Absatz 18 des Kapitalanlagegesetzbuchs,	
f) ausländische AIF-Verwaltungsgesellschaften, für die die Bundesrepublik Deutschland Referenzmitgliedstaat ist und die der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach § 57 Absatz 1 Satz 3 des Kapitalanlagegesetzbuchs unterliegen,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
g) Agenten und E-Geld-Agenten nach § 2 Absatz 1 Nummer 4,	
h) Unternehmen und Personen nach § 2 Absatz 1 Nummer 5 und	
i) die Kreditanstalt für Wiederaufbau,	
2. für Versicherungsunternehmen nach § 2 Absatz 1 Nummer 7 die jeweils zuständige Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen,	
3. für Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 die jeweils örtlich zuständige Rechtsanwaltskammer (§§ 60, 61 der Bundesrechtsanwaltsordnung),	
4. für Patentanwälte nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 die Patentanwaltskammer (§ 53 der Patentanwaltsordnung),	
5. für Notare nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 der jeweilige Präsident des Landgerichts, in dessen Bezirk der Notar seinen Sitz hat (§ 92 Nummer 1 der Bundesnotarordnung),	
6. für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer nach § 2 Absatz 1 Nummer 12 die Wirtschaftsprüferkammer (§ 57 Absatz 2 Nummer 17 der Wirtschaftsprüferordnung),	
7. für Steuerberater und Steuerbevollmächtigte nach § 2 Absatz 1 Nummer 12 die jeweils örtlich zuständige Steuerberaterkammer (§ 76 des Steuerberatungsgesetzes),	
8. für die Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen nach § 2 Absatz 1 Nummer 15, soweit das Landesrecht nichts anderes bestimmt, die für die Erteilung der glücksspielrechtlichen Erlaubnis zuständige Behörde und	
9. im Übrigen die jeweils nach Bundes- oder Landesrecht zuständige Stelle.	
§ 51	§ 51
Aufsicht	Aufsicht
(1) Die Aufsichtsbehörden üben die Aufsicht über die Verpflichteten aus.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Die Aufsichtsbehörden können im Rahmen der ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben die geeigneten und erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen treffen, um die Einhaltung der in diesem Gesetz und der in aufgrund dieses Gesetzes ergangenen	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Rechtsverordnungen festgelegten Anforderungen sicherzustellen. Sie können hierzu auch die ihnen für sonstige Aufsichtsaufgaben eingeräumten Befugnisse ausüben. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen diese Maßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung.	
(3) Die Aufsichtsbehörde nach § 50 Nummer 1, soweit sich die Aufsichtstätigkeit auf die in § 50 Nummer 1 Buchstabe g und h genannten Verpflichteten bezieht, und die Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 3 bis 9 können bei den Verpflichteten Prüfungen zur Einhaltung der in diesem Gesetz festgelegten Anforderungen durchführen. Die Prüfungen können ohne besonderen Anlass erfolgen. Die Aufsichtsbehörden können die Durchführung der Prüfungen vertraglich auf sonstige Personen und Einrichtungen übertragen. Häufigkeit und Intensität der Prüfungen haben sich am Risikoprofil der Verpflichteten im Hinblick auf Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu orientieren, das in regelmäßigen Abständen und bei Eintritt wichtiger Ereignisse oder Entwicklungen in deren Geschäftsleitung und Geschäftstätigkeit neu zu bewerten ist.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Für Maßnahmen und Anordnungen nach dieser Vorschrift kann die Aufsichtsbehörde nach § 50 Nummer 8 und 9 zur Deckung des Verwaltungsaufwands Kosten erheben.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die Aufsichtsbehörde nach § 50 Nummer 1, soweit sich die Aufsichtstätigkeit auf die in § 50 Nummer 1 Buchstabe g und h genannten Verpflichteten bezieht, und die Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 3 bis 9 können einem Verpflichteten, dessen Tätigkeit einer Zulassung bedarf, die Ausübung des Geschäfts oder Berufs vorübergehend untersagen oder ihm gegenüber die Zulassung widerrufen, wenn der Verpflichtete vorsätzlich oder fahrlässig	(5) Die Aufsichtsbehörde nach § 50 Nummer 1, soweit sich die Aufsichtstätigkeit auf die in § 50 Nummer 1 Buchstabe g und h genannten Verpflichteten bezieht, und die Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 3 bis 9 können einem Verpflichteten, dessen Tätigkeit einer Zulassung bedarf und durch die Aufsichtsbehörde zugelassen wurde , die Ausübung des Geschäfts oder Berufs vorübergehend untersagen oder ihm gegenüber die Zulassung widerrufen, wenn der Verpflichtete vorsätzlich oder fahrlässig
1. gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes, gegen die zur Durchführung dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen oder gegen Anordnungen der zuständigen Aufsichtsbehörde verstoßen hat,	1. u n v e r ä n d e r t
2. trotz Verwarnung durch die zuständige Aufsichtsbehörde dieses Verhalten fortsetzt und	2. u n v e r ä n d e r t
3. der Verstoß nachhaltig ist.	3. u n v e r ä n d e r t
Hat ein Mitglied der Führungsebene oder ein anderer Beschäftigter eines Verpflichteten vorsätzlich oder fahrlässig einen Verstoß nach Satz 1 begangen, kann die Aufsichtsbehörde nach § 50 Nummer 1, soweit sich	Hat ein Mitglied der Führungsebene oder ein anderer Beschäftigter eines Verpflichteten vorsätzlich oder fahrlässig einen Verstoß nach Satz 1 begangen, kann die Aufsichtsbehörde nach § 50 Nummer 1, soweit sich

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
die Aufsichtstätigkeit auf die in § 50 Nummer 1 Buchstabe g und h genannten Verpflichteten bezieht, und können die Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 3 bis 9 dem Verstoßenden gegenüber ein vorübergehendes Verbot zur Ausübung einer Leitungsposition bei Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 aussprechen.	die Aufsichtstätigkeit auf die in § 50 Nummer 1 Buchstabe g und h genannten Verpflichteten bezieht, und können die Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 3 bis 9 dem Verstoßenden gegenüber ein vorübergehendes Verbot zur Ausübung einer Leitungsposition bei Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 aussprechen. Handelt es sich bei der Aufsichtsbehörde nicht um die Behörde, die dem Verpflichteten für die Ausübung seiner Tätigkeit die Zulassung erteilt hat, führt die Zulassungsbehörde auf Verlangen derjenigen Aufsichtsbehörde, die einen Verstoß nach Satz 1 festgestellt hat, das Verfahren entsprechend Satz 1 oder 2 durch.
(6) Die nach § 50 Nummer 9 zuständige Aufsichtsbehörde übt zudem die Aufsicht aus, die ihr übertragen ist nach Artikel 55 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 der Kommission vom 12. November 2010 über den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 302 vom 18.11.2010, S. 1).	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die nach § 50 Nummer 8 und 9 zuständige Aufsichtsbehörde für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Einzelfall bei einem Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 3 Auskünfte einholen zu Zahlungskonten nach § 1 Absatz 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes und zu darüber ausgeführten Zahlungsvorgängen	(7) u n v e r ä n d e r t
1. eines Veranstalters oder Vermittlers von Glücksspielen im Internet, unabhängig davon, ob er im Besitz einer glücksspielrechtlichen Erlaubnis ist, sowie	
2. eines Spielers.	
(8) Die Aufsichtsbehörde stellt den Verpflichteten regelmäßig aktualisierte Auslegungs- und Anwendungshinweise für die Umsetzung der Sorgfaltspflichten und der internen Sicherungsmaßnahmen nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung zur Verfügung. Sie kann diese Pflicht auch dadurch erfüllen, dass sie solche Hinweise, die durch Verbände der Verpflichteten erstellt worden sind, genehmigt.	(8) u n v e r ä n d e r t
	(9) Die Aufsichtsbehörden haben zur Dokumentation ihrer Aufsichtstätigkeit folgende Daten in Form einer Statistik vorzuhalten:

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	1. Daten zur Aufsichtstätigkeit pro Kalenderjahr, insbesondere:
	a) die Anzahl der in der Aufsichtsbehörde beschäftigten Personen, gemessen in Vollzeitäquivalenten, die mit der Aufsicht über die Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 betraut sind;
	b) die Anzahl der durchgeführten Vor-Ort-Prüfungen und der sonstigen ergriffenen Prüfungsmaßnahmen, differenziert nach den betroffenen Verpflichteten nach § 2 Absatz 1;
	c) die Anzahl der Maßnahmen nach Buchstabe b, bei denen die Aufsichtsbehörde eine Pflichtverletzung nach diesem Gesetz oder nach einer auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung festgestellt hat, sowie die Anzahl der Fälle, in denen die Aufsichtsbehörde anderweitig Kenntnis von einer solchen Pflichtverletzung erlangt hat, und
	d) Art und Umfang der daraufhin von der Aufsichtsbehörde rechtskräftig ergriffenen Maßnahmen; dazu gehören die Anzahl
	aa) der erteilten Verwarnungen,
	bb) der festgesetzten Bußgelder einschließlich der jeweiligen Höhe, differenziert danach, ob und inwieweit eine Bekanntmachung nach § 57 erfolgte,
	cc) der angeordneten Abberufungen von Geldwäschebeauftragten oder Mitgliedern der Geschäftsführung,
	dd) der angeordneten Erlaubnisentziehungen,
	ee) der sonstigen ergriffenen Maßnahmen;
	e) Art und Umfang der Maßnahmen, um die Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 über die von ihnen einzuhaltenden Sorgfaltspflichten und internen Sicherungsmaßnahmen zu informieren;
	2. die Anzahl der von der Aufsichtsbehörde nach § 44 abgegebenen Verdachtsmeldungen pro

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	Kalenderjahr, differenziert nach den betroffenen Verpflichteten nach § 2 Absatz 1.
	Die Aufsichtsbehörden haben dem Bundesministerium der Finanzen die Daten nach Satz 1 mit Stand zum 31. Dezember des Berichtsjahres bis zum 31. März des Folgejahres in elektronischer Form zu übermitteln. Das Bundesministerium der Finanzen kann dazu einen Vordruck vorsehen.
§ 52	§ 52
Mitwirkungspflichten	u n v e r ä n d e r t
(1) Ein Verpflichteter, die Mitglieder seiner Organe und seine Beschäftigten haben der nach § 50 Nummer 1 zuständigen Aufsichtsbehörde, soweit sich die Aufsichtstätigkeit auf die in § 50 Nummer 1 Buchstabe g und h genannten Verpflichteten bezieht, der nach § 50 Nummer 3 bis 9 zuständigen Aufsichtsbehörde sowie den Personen und Einrichtungen, derer sich diese Aufsichtsbehörden zur Durchführung ihrer Aufgaben bedienen, auf Verlangen unentgeltlich	
1. Auskunft über alle Geschäftsangelegenheiten und Transaktionen zu erteilen und	
2. Unterlagen vorzulegen,	
die für die Einhaltung der in diesem Gesetz festgelegten Anforderungen von Bedeutung sind.	
(2) Bei den Prüfungen nach § 51 Absatz 3 ist es den Bediensteten der Aufsichtsbehörde und den sonstigen Personen, derer sich die zuständige Aufsichtsbehörde bei der Durchführung der Prüfungen bedient, gestattet, die Geschäftsräume des Verpflichteten innerhalb der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten zu betreten und zu besichtigen.	
(3) Die Betroffenen haben Maßnahmen nach Absatz 2 zu dulden.	
(4) Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.	
(5) Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 10 und 12 können die Auskunft auch auf Fragen verweigern, wenn sich diese Fragen auf Informationen beziehen, die sie im Rahmen der Rechtsberatung oder der	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Prozessvertretung des Vertragspartners erhalten haben. Die Pflicht zur Auskunft bleibt bestehen, wenn der Verpflichtete weiß, dass sein Mandant seine Rechtsberatung für den Zweck der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung in Anspruch genommen hat oder nimmt.	
§ 53	§ 53
Hinweise auf Verstöße	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Aufsichtsbehörden errichten ein System zur Annahme von Hinweisen zu potenziellen oder tatsächlichen Verstößen gegen dieses Gesetz und gegen auf Grundlage dieses Gesetzes erlassene Rechtsverordnungen und gegen andere Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung, bei denen es die Aufgabe der Aufsichtsbehörde ist, die Einhaltung der genannten Rechtsvorschriften sicherzustellen oder Verstöße gegen die genannten Rechtsvorschriften zu ahnden. Die Hinweise können auch anonym abgegeben werden.	
(2) Die Aufsichtsbehörden sind zu diesem Zweck befugt, personenbezogene Daten zu verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.	
(3) Die Aufsichtsbehörden machen die Identität einer Person, die einen Hinweis abgegeben hat, nur bekannt, wenn sie zuvor die ausdrückliche Zustimmung dieser Person eingeholt haben. Sie geben die Identität einer Person, die Gegenstand eines Hinweises ist, nicht bekannt. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn	
1. eine Weitergabe der Information im Kontext weiterer Ermittlungen oder nachfolgender Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren aufgrund eines Gesetzes erforderlich ist oder	
2. die Offenlegung durch einen Gerichtsbeschluss oder in einem Gerichtsverfahren angeordnet wird.	
(4) Das Informationsfreiheitsgesetz findet auf die Vorgänge nach dieser Vorschrift keine Anwendung.	
(5) Mitarbeiter, die bei Unternehmen und Personen beschäftigt sind, die von den zuständigen Aufsichtsbehörden nach Absatz 1 beaufsichtigt werden, oder bei anderen Unternehmen oder Personen beschäftigt sind, auf die Tätigkeiten von beaufsichtigten Unternehmen oder Personen ausgelagert wurden, und die einen Hinweis nach Absatz 1 abgeben, dürfen wegen dieses Hinweises weder nach arbeitsrechtlichen oder	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
nach strafrechtlichen Vorschriften verantwortlich gemacht noch zum Ersatz von Schäden herangezogen werden. Satz 1 gilt nicht, wenn der Hinweis vorsätzlich unwahr oder grob fahrlässig unwahr abgegeben worden ist.	
(6) Nicht vertraglich eingeschränkt werden darf die Berechtigung zur Abgabe von Hinweisen nach Absatz 1 durch Mitarbeiter, die beschäftigt sind bei	
1. Unternehmen und Personen, die von den Aufsichtsbehörden nach Absatz 1 beaufsichtigt werden, oder	
2. anderen Unternehmen oder Personen, auf die Tätigkeiten von beaufsichtigten Unternehmen oder Personen ausgelagert wurden.	
Dem entgegenstehende Vereinbarungen sind unwirksam.	
(7) Durch die Einrichtung und Führung des Systems zur Abgabe von Hinweisen zu Verstößen werden die Rechte einer Person, die Gegenstand eines Hinweises ist, nicht eingeschränkt, insbesondere nicht die Rechte nach den	
1. §§ 28 und 29 des Verwaltungsverfahrensgesetzes,	
2. §§ 68 bis 71 der Verwaltungsgerichtsordnung und	
3. §§ 137, 140, 141 und 147 der Strafprozessordnung.	
§ 54	§ 54
Verschwiegenheitspflicht	u n v e r ä n d e r t
(1) Soweit Personen, die bei den Aufsichtsbehörden beschäftigt sind oder für die Aufsichtsbehörden tätig sind, Aufgaben nach § 51 Absatz 1 erfüllen, dürfen sie die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen nicht unbefugt offenbaren oder verwerthen, wenn die Geheimhaltung dieser Tatsachen, insbesondere Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, im Interesse eines von ihnen beaufsichtigten Verpflichteten oder eines Dritten liegt. Satz 1 gilt auch, wenn sie nicht mehr im Dienst sind oder ihre Tätigkeit beendet ist. Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die von den beaufsichtigten Verpflichteten zu beachten sind, bleiben unberührt.	
(2) Absatz 1 gilt auch für andere Personen, die durch dienstliche Berichterstattung Kenntnis von den in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Tatsachen erhalten.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(3) Ein unbefugtes Offenbaren oder Verwerten liegt insbesondere nicht vor, wenn Tatsachen an eine der folgenden Stellen weitergegeben werden, soweit diese Stellen die Informationen zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen und soweit der Weitergabe keine anderen Rechtsvorschriften entgegenstehen:</p>	
<p>1. an Strafverfolgungsbehörden, Behörden nach § 56 Absatz 5 oder an für Straf- und Bußgeldsachen zuständige Gerichte,</p>	
<p>2. an andere Stellen, die kraft Gesetzes oder im öffentlichen Auftrag mit der Aufklärung und Verhinderung von Geldwäsche oder von Terrorismusfinanzierung betraut sind, sowie an Personen, die von diesen Stellen beauftragt sind,</p>	
<p>3. an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen,</p>	
<p>4. an andere Stellen, die kraft Gesetzes oder im öffentlichen Auftrag mit der Aufsicht über das allgemeine Risikomanagement oder über die Compliance von Verpflichteten betraut sind, sowie an Personen, die von diesen Stellen beauftragt sind.</p>	
<p>(4) Befindet sich eine Stelle in einem anderen Staat oder handelt es sich um eine supranationale Stelle, so dürfen die Tatsachen nur weitergegeben werden, wenn die bei dieser Stelle beschäftigten Personen oder die von dieser Stelle beauftragten Personen einer Verschwiegenheitspflicht unterliegen, die der Verschwiegenheitspflicht nach den Absätzen 1 bis 3 weitgehend entspricht. Die ausländische oder supranationale Stelle ist darauf hinzuweisen, dass sie Informationen nur zu dem Zweck verwenden darf, zu dessen Erfüllung ihr die Informationen übermittelt werden. Informationen, die aus einem anderen Staat stammen, dürfen weitergegeben werden</p>	
<p>1. nur mit ausdrücklicher Zustimmung der zuständigen Stellen, die diese Informationen mitgeteilt haben, und</p>	
<p>2. nur für solche Zwecke, denen die zuständigen Stellen zugestimmt haben.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 55</p>	<p style="text-align: center;">§ 55</p>
<p style="text-align: center;">Zusammenarbeit mit anderen Behörden</p>	<p style="text-align: center;">u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(1) Die Aufsichtsbehörden arbeiten zur Verhinderung und zur Bekämpfung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 51 untereinander sowie mit den in</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>§ 54 Absatz 3 genannten Stellen umfassend zusammen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sind die Aufsichtsbehörden verpflichtet, einander von Amts wegen und auf Ersuchen Informationen einschließlich personenbezogener Daten und die Ergebnisse der Prüfungen zu übermitteln, soweit deren Kenntnis für die Erfüllung der Aufgaben der Aufsichtsbehörden nach § 51 erforderlich ist.</p>	
<p>(2) Die nach § 155 Absatz 2 der Gewerbeordnung in Verbindung mit dem jeweiligen Landesrecht nach § 14 Absatz 1 der Gewerbeordnung zuständigen Behörden übermitteln auf Ersuchen den nach § 50 Nummer 9 zuständigen Aufsichtsbehörden kostenfrei die Daten aus der Gewerbeanzeige gemäß den Anlagen 1 bis 3 der Gewerbeanzeigenverordnung über Verpflichtete nach § 2 Absatz 1, soweit die Kenntnis dieser Daten zur Wahrnehmung der Aufgaben der Aufsichtsbehörden nach § 51 erforderlich ist.</p>	
<p>(3) Die Registerbehörde nach § 11a Absatz 1 der Gewerbeordnung übermittelt auf Ersuchen den nach § 50 Nummer 9 zuständigen Aufsichtsbehörden kostenfrei die in § 6 der Finanzanlagenvermittlungsverordnung und die in § 5 der Versicherungsvermittlungsverordnung genannten Daten, soweit die Kenntnis dieser Daten zur Wahrnehmung der Aufgaben der Aufsichtsbehörden nach § 51 erforderlich ist.</p>	
<p>(4) Weitergehende Befugnisse der Aufsichtsbehörden zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.</p>	
<p>(5) In grenzüberschreitenden Fällen koordinieren die zusammenarbeitenden Aufsichtsbehörden und die in § 54 Absatz 3 genannten Stellen ihre Maßnahmen.</p>	
<p>(6) Soweit die Aufsichtsbehörden die Aufsicht über die Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 9 ausüben, stellen sie den folgenden Behörden auf deren Verlangen alle Informationen zur Verfügung, die erforderlich sind zur Durchführung von deren Aufgaben aufgrund der Richtlinie (EU) 2015/849 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission, der Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/79/EG der Kommission und der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/77/EG der Kommission:	
1. der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde,	
2. der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung sowie	
3. der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde.	
Die Informationen sind zur Verfügung zu stellen nach Maßgabe des Artikels 35 der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, des Artikels 35 der Verordnung (EU) Nr. 1094/2010 und des Artikels 35 der Verordnung (EU) Nr. 1095/2010.	
§ 56	§ 56
Bußgeldvorschriften	Bußgeldvorschriften
(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig	(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
1. entgegen § 4 Absatz 3 Satz 1 kein Mitglied der Leitungsebene benennt,	1. u n v e r ä n d e r t
2. entgegen § 5 Absatz 1 Satz 1 <i>die bestehenden</i> Risiken nicht ermittelt oder nicht bewertet,	2. entgegen § 5 Absatz 1 Satz 1 Risiken nicht ermittelt oder nicht bewertet,
3. entgegen § 5 Absatz 2 die Risikoanalyse nicht dokumentiert oder regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert,	3. u n v e r ä n d e r t
4. entgegen § 6 Absatz 1 keine angemessenen geschäfts- und kundenbezogenen internen Sicherungsmaßnahmen schafft oder entgegen § 6 Absatz 1 Satz 3 <i>deren</i> Funktionsfähigkeit nicht überwacht oder geschäfts- und kundenbezogene interne Sicherungsmaßnahmen nicht regelmäßig oder nicht bei Bedarf aktualisiert,	4. entgegen § 6 Absatz 1 keine angemessenen geschäfts- und kundenbezogenen internen Sicherungsmaßnahmen schafft oder entgegen § 6 Absatz 1 Satz 3 die Funktionsfähigkeit der Sicherungsmaßnahmen nicht überwacht oder wer geschäfts- und kundenbezogene interne Sicherungsmaßnahmen nicht regelmäßig oder nicht bei Bedarf aktualisiert,
5. entgegen § 6 Absatz 4 keine Datenverarbeitungssysteme betreibt oder sie nicht aktualisiert,	5. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
6. einer vollziehbaren Anordnung <i>der Aufsichtsbehörde</i> nach § 6 Absatz 9 nicht nachkommt,	6. einer vollziehbaren Anordnung nach § 6 Absatz 9 nicht nachkommt,
7. entgegen § 7 Absatz 1 keinen Geldwäschebeauftragten <i>sowie</i> keinen Stellvertreter bestellt,	7. entgegen § 7 Absatz 1 keinen Geldwäschebeauftragten oder keinen Stellvertreter bestellt,
8. einer vollziehbaren Anordnung <i>der Aufsichtsbehörde zur Bestellung eines Geldwäschebeauftragten innerhalb der gesetzten Frist</i> nach § 7 Absatz 3 nicht nachkommt,	8. einer vollziehbaren Anordnung nach § 7 Absatz 3 nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt,
9. entgegen § 8 Absatz 1 und 2 eine Angabe oder eine Information nicht, nicht richtig oder nicht vollständig aufzeichnet oder aufbewahrt,	9. entgegen § 8 Absatz 1 und 2 eine Angabe, eine Information, Ergebnisse der Untersuchung, Erwägungsgründe oder eine nachvollziehbare Begründung des Bewertungsergebnisses nicht, nicht richtig oder nicht vollständig aufzeichnet oder aufbewahrt,
10. entgegen § 8 Absatz 4 Satz 1 eine Aufzeichnung oder einen sonstigen Beleg nicht fünf Jahre aufbewahrt,	10. u n v e r ä n d e r t
11. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 2 keine gruppenweit einheitlichen <i>Pflichten</i> , Verfahren und Maßnahmen schafft,	11. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 2 keine gruppenweit einheitlichen Vorkehrungen , Verfahren und Maßnahmen schafft,
12. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 3 nicht die wirksame Umsetzung der gruppenweit einheitlichen <i>Pflichten, Verfahren</i> und Maßnahmen sicherstellt,	12. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 3 nicht die wirksame Umsetzung der gruppenweit einheitlichen <i>Pflichten</i> und Maßnahmen sicherstellt,
13. entgegen § 9 Absatz 2 nicht sicherstellt, dass die gruppenangehörigen Unternehmen die geltenden Rechtsvorschriften einhalten,	13. u n v e r ä n d e r t
14. entgegen § 9 Absatz 3 Satz 2 nicht sicherstellt, dass die in einem Drittstaat ansässigen gruppenangehörigen Unternehmen zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um dem Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung wirksam zu begegnen,	14. u n v e r ä n d e r t
15. einer vollziehbaren Anordnung <i>der Aufsichtsbehörde</i> nach § 9 Absatz 3 Satz 3 zuwiderhandelt,	15. einer vollziehbaren Anordnung nach § 9 Absatz 3 Satz 3 zuwiderhandelt,
16. entgegen § 10 Absatz 1 Nummer 1 eine Identifizierung des Vertragspartners oder einer für den Vertragspartner auftretenden Person nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise vornimmt,	16. u n v e r ä n d e r t
17. entgegen § 10 Absatz 1 Nummer 2 nicht prüft, ob der Vertragspartner für einen wirtschaftlich Berechtigten handelt,	17. u n v e r ä n d e r t
18. entgegen § 10 Absatz 1 Nummer 2 den wirtschaftlich Berechtigten nicht identifiziert,	18. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
19. entgegen § 10 Absatz 1 Nummer 3 keine Informationen über den Zweck und die angestrebte Art der Geschäftsbeziehung einholt oder diese Informationen nicht bewertet,	19. u n v e r ä n d e r t
20. entgegen § 10 Absatz 1 Nummer 4 nicht oder nicht richtig feststellt, ob es sich bei dem Vertragspartner oder bei dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person, ein Familienmitglied oder eine bekanntermaßen nahestehende Person handelt,	20. entgegen § 10 Absatz 1 Nummer 4 nicht oder nicht richtig feststellt, ob es sich bei dem Vertragspartner oder bei dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person, um ein Familienmitglied oder um eine bekanntermaßen nahestehende Person handelt,
21. entgegen § 10 Absatz 1 Nummer 5 die Geschäftsbeziehung, einschließlich der in ihrem Verlauf durchgeführten Transaktionen, nicht oder nicht richtig kontinuierlich überwacht,	21. u n v e r ä n d e r t
22. entgegen § 10 Absatz 2 Satz 1 den konkreten Umfang der allgemeinen Sorgfaltspflichten nicht entsprechend dem jeweiligen Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung bestimmt,	22. u n v e r ä n d e r t
23. entgegen § 10 Absatz 2 Satz 4 <i>der Aufsichtsbehörde</i> nicht darlegt, dass der Umfang der von ihm getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung als angemessen anzusehen ist,	23. entgegen § 10 Absatz 2 Satz 4 oder entgegen § 14 Absatz 1 Satz 2 nicht darlegt, dass der Umfang der von ihm getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung als angemessen anzusehen ist,
24. entgegen § 10 Absatz 6 den Sorgfaltspflichten nicht <i>in dem dort beschriebenen Umfang</i> nachkommt,	24. entgegen § 10 Absatz 6 den Sorgfaltspflichten nicht nachkommt,
25. entgegen § 10 Absatz 8 <i>dem Versicherungsunternehmen</i> keine Mitteilung macht,	25. entgegen § 10 Absatz 8 keine Mitteilung macht,
26. entgegen § 10 Absatz 9 die Geschäftsbeziehung begründet, fortsetzt, sie nicht kündigt oder nicht auf andere Weise beendet oder die Transaktion durchführt,	26. entgegen § 10 Absatz 9, § 14 Absatz 3 oder § 15 Absatz 9 die Geschäftsbeziehung begründet, fortsetzt, sie nicht kündigt oder nicht auf andere Weise beendet oder die Transaktion durchführt,
27. entgegen § 11 Absatz 1 Vertragspartner, für diese auftretende Personen <i>und</i> wirtschaftlich Berechtigte nicht rechtzeitig identifiziert,	27. entgegen § 11 Absatz 1 Vertragspartner, für diese auftretende Personen oder wirtschaftlich Berechtigte nicht rechtzeitig identifiziert,
28. entgegen § 11 Absatz 2 die Vertragsparteien nicht rechtzeitig identifiziert,	28. u n v e r ä n d e r t
29. entgegen § 11 Absatz 3 <i>trotz sich aufdrängender Zweifel</i> keine Identifizierung durchführt,	29. entgegen § 11 Absatz 3 Satz 2 keine erneute Identifizierung durchführt,
30. entgegen § 11 Absatz 4 Nummer 1 oder 2 <i>im Rahmen der Identifizierung des Vertragspartners</i> die Angaben nicht oder nicht vollständig erhebt,	30. entgegen § 11 Absatz 4 Nummer 1 oder 2 die Angaben nicht oder nicht vollständig erhebt,
31. entgegen § 11 Absatz 5 Satz 1 zur Feststellung der Identität des wirtschaftlich Berechtigten dessen Namen nicht erhebt,	31. u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
32. entgegen § 14 Absatz 1 Satz 2 der Aufsichtsbehörde nicht darlegt, dass der Umfang der von ihm getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf die Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung als angemessen anzusehen ist,	32. entgegen § 14 Absatz 2 Satz 2 nicht die Überprüfung von Transaktionen und die Überwachung von Geschäftsbeziehungen in einem Umfang sicherstellt , der es ermöglicht, ungewöhnliche oder verdächtige Transaktionen zu erkennen und zu melden ,
33. entgegen § 14 Absatz 2 Satz 2 nicht die Überprüfung von Transaktionen und die Überwachung von Geschäftsbeziehungen in einem Umfang sicherstellt , der es ermöglicht, ungewöhnliche oder verdächtige Transaktionen zu erkennen und zu melden ,	33. entgegen § 15 Absatz 2 keine verstärkten Sorgfaltspflichten erfüllt ,
34. entgegen § 14 Absatz 3 die Geschäftsbeziehung begründet, fortsetzt, sie nicht kündigt oder nicht auf andere Weise beendet oder die Transaktion durchführt,	34. entgegen § 15 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 oder Absatz 3 Nummer 1 vor der Begründung oder Fortführung einer Geschäftsbeziehung nicht die Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene einholt ,
35. entgegen § 15 Absatz 2 keine zusätzlichen, dem erhöhten Risiko angemessenen verstärkten Sorgfaltspflichten erfüllt ,	35. entgegen § 15 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 2 oder Absatz 3 Nummer 1 keine Maßnahmen ergreift ,
36. entgegen § 15 Absatz 4 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 oder Absatz 3 Nummer 1 vor der Begründung oder Fortführung einer Geschäftsbeziehung nicht die Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene einholt ,	36. entgegen § 15 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 2 oder Absatz 3 Nummer 1 die Geschäftsbeziehung keiner verstärkten kontinuierlichen Überwachung unterzieht ,
37. entgegen § 15 Absatz 4 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 2 oder Absatz 3 Nummer 1 keine Maßnahmen ergreift ,	37. entgegen § 15 Absatz 5 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 2 die Transaktion nicht untersucht ,
38. entgegen § 15 Absatz 4 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 2 oder Absatz 3 Nummer 1 die Geschäftsbeziehung keiner verstärkten kontinuierlichen Überwachung unterzieht,	38. entgegen § 15 Absatz 5 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 2 die zugrunde liegende Geschäftsbeziehung keiner verstärkten kontinuierlichen Überwachung unterzieht,
39. entgegen § 15 Absatz 5 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 2 die Transaktion nicht untersucht ,	39. entgegen § 15 Absatz 6 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 3 keine ausreichenden Informationen einholt ,
40. entgegen § 15 Absatz 5 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 2 die zugrunde liegende Geschäftsbeziehung keiner verstärkten kontinuierlichen Überwachung unterzieht,	40. entgegen § 15 Absatz 6 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 3 nicht die Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene einholt ,
41. entgegen § 15 Absatz 6 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 3 keine ausreichenden Informationen über den Respondenten einholt , um die Art seiner Geschäftstätigkeit im vollen Umfang zu verstehen und seine Reputation, seine Kontrollen zur Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung sowie die Qualität der Aufsicht bewerten zu können,	41. entgegen § 15 Absatz 6 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 3 die Verantwortlichkeiten nicht festlegt oder nicht dokumentiert ,

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
42. entgegen § 15 Absatz 6 Nummer 2 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 3 <i>vor Begründung einer Geschäftsbeziehung nicht die Zustimmung eines Mitglieds der Führungsebene einholt,</i>	42. entgegen § 15 Absatz 6 Nummer 4 oder Nummer 5 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 3 keine Maßnahmen ergreift,
43. entgegen § 15 Absatz 6 Nummer 3 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 3 <i>die jeweiligen Verantwortlichkeiten nicht festlegt oder nicht dokumentiert,</i>	43. entgegen § 15 Absatz 8 einer vollziehbaren Anordnung der Aufsichtsbehörde zuwiderhandelt,
44. entgegen § 15 Absatz 6 Nummer 4 oder Nummer 5 in Verbindung mit Absatz 3 Nummer 3 <i>keine Maßnahmen ergreift,</i>	44. entgegen § 16 Absatz 2 einen Spieler zum Glücksspiel zulässt,
45. entgegen § 15 Absatz 8 <i>einer vollziehbaren Anordnung der Aufsichtsbehörde zuwiderhandelt,</i>	45. entgegen § 16 Absatz 3 Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder entgegennimmt,
46. entgegen § 15 Absatz 9 <i>die Geschäftsbeziehung begründet, fortsetzt, nicht kündigt oder nicht auf andere Weise beendet oder die Transaktion durchführt,</i>	46. entgegen § 16 Absatz 4 Transaktionen des Spielers an den Verpflichteten auf anderen als den in § 16 Absatz 4 Nummer 1 und 2 genannten Wegen zulässt,
47. entgegen § 16 Absatz 2 <i>kein Spielerkonto für jeden Spieler errichtet,</i>	47. entgegen § 16 Absatz 5 seinen Informationspflichten nicht nachkommt,
48. entgegen § 16 Absatz 3 <i>Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder vom Spieler auf dem Spielerkonto entgegennimmt,</i>	48. entgegen § 16 Absatz 7 Satz 1 Nummer 2 Transaktionen auf ein Zahlungskonto vornimmt,
49. entgegen § 16 Absatz 4 <i>Transaktionen des Spielers an den Verpflichteten auf anderen als den in den Nummern 1 und 2 genannten Wegen zulässt,</i>	49. entgegen § 16 Absatz 7 Satz 2 trotz Aufforderung durch die Aufsichtsbehörde den Verwendungszweck nicht hinreichend spezifiziert,
50. entgegen § 16 Absatz 5 <i>seinen Informationspflichten nicht nachkommt,</i>	50. entgegen § 16 Absatz 8 Satz 3 die vollständige Identifizierung nicht oder nicht rechtzeitig durchführt,
51. entgegen § 16 Absatz 7 Satz 1 <i>Transaktionen auf ein Zahlungskonto vornimmt, das nicht auf den Namen des Spielers errichtet worden ist,</i>	51. entgegen § 17 Absatz 2 die Erfüllung der Sorgfaltspflichten durch einen Dritten ausführen lässt, der in einem Drittstaat mit hohem Risiko ansässig ist,
52. entgegen § 16 Absatz 7 Satz 2 <i>trotz Aufforderung durch die Aufsichtsbehörde den Verwendungszweck nicht hinreichend spezifiziert,</i>	52. entgegen § 18 Absatz 3 Informationen nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
53. entgegen § 16 Absatz 8 <i>die Identifizierung nicht nachträglich durchführt,</i>	53. entgegen § 20 Absatz 1 Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten
	a) nicht einholt,
	b) nicht, nicht richtig oder nicht vollständig aufbewahrt,
	c) nicht auf aktuellem Stand hält oder
	d) nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig der registerführenden Stelle mitteilt,

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
54. entgegen § 17 Absatz 2 die Erfüllung der Sorgfaltspflichten durch einen Dritten ausführen lässt, der in einem Drittstaat mit hohem Risiko ansässig ist,	54. entgegen § 20 Absatz 3 seine Mitteilungspflicht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erfüllt,
55. entgegen § 18 Absatz 3 der registerführenden Stelle die für eine Eintragung in das Transparenzregister erforderlichen Informationen nicht zur Verfügung stellt,	55. entgegen § 21 Absatz 1 oder 2 Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten
	a) nicht einholt,
	b) nicht, nicht richtig oder nicht vollständig aufbewahrt,
	c) nicht auf aktuellem Stand hält oder
	d) nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig der registerführenden Stelle mitteilt,
56. entgegen § 20 Absatz 1 Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten	56. die Einsichtnahme in das Transparenzregister nach § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder Nummer 3 unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erschleicht oder sich auf sonstige Weise widerrechtlich Zugriff auf das Transparenzregister verschafft,
a) nicht einholt,	a) entfällt
b) nicht, nicht richtig oder nicht vollständig aufbewahrt,	b) entfällt
c) nicht auf aktuellem Stand hält oder	c) entfällt
d) nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig dem Transparenzregister mitteilt,	d) entfällt
57. entgegen § 20 Absatz 3 seine Angabepflicht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erfüllt,	57. entgegen § 30 Absatz 3 einem Auskunftsverlangen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt,
58. entgegen § 21 Absatz 1 oder 2 Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten	58. entgegen § 40 Absatz 1 Satz 1 oder 2 einer Anordnung oder Weisung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nachkommt,
a) nicht einholt,	a) entfällt
b) nicht, nicht richtig oder nicht vollständig aufbewahrt,	b) entfällt
c) nicht auf aktuellem Stand hält oder	c) entfällt
d) nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig dem Transparenzregister mitteilt,	d) entfällt

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
59. <i>die Einsichtnahme in das Transparenzregister nach § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder Nummer 3 unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erschleicht oder sich auf sonstige Weise widerrechtlich Zugriff auf das Transparenzregister verschafft,</i>	59. entgegen § 43 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig abgibt,
60. <i>entgegen § 30 Absatz 3 einem Auskunftsverlangen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig nachkommt,</i>	60. entgegen § 47 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 den Vertragspartner, den Auftraggeber oder einen Dritten in Kenntnis setzt,
61. <i>entgegen § 40 Absatz 1 Satz 1 oder 2 einer Anordnung oder Weisung nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nachkommt,</i>	61. eine Untersagung nach § 51 Absatz 5 nicht beachtet,
62. <i>entgegen § 43 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig abgibt,</i>	62. Auskünfte nach § 51 Absatz 7 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gibt,
63. <i>entgegen § 47 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 den Vertragspartner, den Auftraggeber oder einen Dritten in Kenntnis setzt,</i>	63. entgegen § 52 Absatz 1 Auskünfte nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gibt oder
64. <i>eine Untersagung nach § 51 Absatz 5 nicht beachtet,</i>	64. entgegen § 52 Absatz 3 eine Prüfung nicht duldet.
65. <i>Auskünfte nach § 51 Absatz 7 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gibt,</i>	65. entfällt
66. <i>entgegen § 52 Absatz 1 Auskünfte nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gibt, oder</i>	66. entfällt
67. <i>entgegen § 52 Absatz 3 eine Prüfung nicht duldet.</i>	67. entfällt
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann geahndet werden mit einer	(2) u n v e r ä n d e r t
1. Geldbuße bis zu einer Million Euro oder	
2. Geldbuße bis zum Zweifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils,	
wenn es sich um einen schwerwiegenden, wiederholten oder systematischen Verstoß handelt. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden. Gegenüber Verpflichteten gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 9, die juristische Personen oder Personenvereinigungen sind, kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden. In diesen Fällen darf die Geldbuße den höheren der folgenden Beträge nicht übersteigen:	
1. fünf Millionen Euro oder	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder die Personenvereinigung im Geschäftsjahr, das der Behördenentscheidung vorausgegangen ist, erzielt hat.	
Gegenüber Verpflichteten gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 9, die natürliche Personen sind, kann über Satz 1 hinaus eine Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro verhängt werden.	
(3) In den übrigen Fällen kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 2 Satz 4 Nummer 2 ist	(4) u n v e r ä n d e r t
1. bei Kreditinstituten, Zahlungsinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten nach § 340 des Handelsgesetzbuchs der Gesamtbetrag, der sich ergibt aus dem auf das Institut anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit Artikel 27 Nummer 1, 3, 4, 6 und 7 oder Artikel 28 Abschnitt B Nummer 1 bis 4 und 7 der Richtlinie 86/635/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. L 372 vom 31.12.1986, S. 1), abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt auf diese Erträge erhobener Steuern,	
2. bei Versicherungsunternehmen der Gesamtbetrag, der sich ergibt aus dem auf das Versicherungsunternehmen anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit Artikel 63 der Richtlinie 91/674/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen (ABl. L 374 vom 31.12.1991, S. 7), abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt auf diese Erträge erhobener Steuern,	
3. im Übrigen der Betrag der Nettoumsatzerlöse nach Maßgabe des auf das Unternehmen anwendbaren nationalen Rechts im Einklang mit Artikel 2 Nummer 5 der Richtlinie 2013/34/EU.	
Handelt es sich bei der juristischen Person oder Personenvereinigung um ein Mutterunternehmen oder um ein Tochterunternehmen, so ist anstelle des Gesamtumsatzes der juristischen Person oder Personenvereinigung der jeweilige Gesamtbetrag in demjenigen Konzernabschluss des Mutterunternehmens maßgeblich, der für den größten Kreis von Unternehmen aufgestellt wird. Wird der Konzernabschluss für den größten Kreis	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>von Unternehmen nicht nach den in Satz 1 genannten Vorschriften aufgestellt, ist der Gesamtumsatz nach Maßgabe der den in Satz 1 Nummer 1 bis 3 vergleichbaren Posten des Konzernabschlusses zu ermitteln. Ist ein Jahresabschluss oder Konzernabschluss für das maßgebliche Geschäftsjahr nicht verfügbar, so ist der Jahresabschluss oder Konzernabschluss für das unmittelbar vorausgehende Geschäftsjahr maßgeblich. Ist auch der Jahresabschluss oder Konzernabschluss für das unmittelbar vorausgehende Geschäftsjahr nicht verfügbar, so kann der Gesamtumsatz geschätzt werden.</p>	
<p>(5) Die in § 50 Nummer 1 genannte Aufsichtsbehörde ist auch Verwaltungsbehörde nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten. Für Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 55 bis 59 ist Verwaltungsbehörde nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten das Bundesverwaltungsamt. Für Steuerberater und Steuerbevollmächtigte ist Verwaltungsbehörde nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten das Finanzamt. Die nach § 50 Nummer 8 und 9 zuständige Aufsichtsbehörde ist auch Verwaltungsbehörde nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.</p>	<p>(5) Die in § 50 Nummer 1 genannte Aufsichtsbehörde ist auch Verwaltungsbehörde nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten. Für Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 Nummer 52 bis 56 ist Verwaltungsbehörde nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten das Bundesverwaltungsamt. Für Steuerberater und Steuerbevollmächtigte ist Verwaltungsbehörde nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten das Finanzamt. Die nach § 50 Nummer 8 und 9 zuständige Aufsichtsbehörde ist auch Verwaltungsbehörde nach § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.</p>
<p>(6) Soweit nach Absatz 5 Satz 3 das Finanzamt Verwaltungsbehörde ist, gelten § 387 Absatz 2, § 410 Absatz 1 Nummer 1, 2, 6 bis 11, Absatz 2 und § 412 der Abgabenordnung sinngemäß.</p>	<p>(6) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(7) Die Aufsichtsbehörden überprüfen im Bundeszentralregister, ob eine einschlägige Verurteilung der betreffenden Person vorliegt.</p>	<p>(7) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(8) Die zuständigen Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 1, 2 und 9 informieren die jeweils zuständige Europäische Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 9 über</p>	<p>(8) Die zuständigen Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 1, 2 und 9 informieren die jeweils zuständige Europäische Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6 bis 9 über</p>
<p>1. die gegen diese Verpflichtete verhängten <i>Bußgelder</i>,</p>	<p>1. die gegen diese Verpflichtete verhängten Geldbußen,</p>
<p>2. sonstige Maßnahmen aufgrund von Verstößen gegen Vorschriften dieses Gesetzes oder anderer Gesetze zur Verhinderung von Geldwäsche oder von Terrorismusfinanzierung und</p>	<p>2. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>3. diesbezügliche Rechtsmittelverfahren und deren Ergebnisse.</p>	<p>3. u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 57	§ 57
Bekanntmachung von bestandskräftigen Maßnahmen und von unanfechtbaren Bußgeldentscheidungen	unverändert
<p>(1) Die Aufsichtsbehörden haben bestandskräftige Maßnahmen und unanfechtbare Bußgeldentscheidungen, die sie wegen eines Verstoßes gegen dieses Gesetz oder die auf seiner Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen verhängt haben, nach Unterrichtung des Adressaten der Maßnahme oder Bußgeldentscheidung auf ihrer Internetseite bekannt zu machen. In der Bekanntmachung sind Art und Charakter des Verstoßes und die für den Verstoß verantwortlichen natürlichen Personen und juristischen Personen oder Personenvereinigungen zu benennen.</p>	
<p>(2) Die Bekanntmachung nach Absatz 1 ist aufzuschieben, solange die Bekanntmachung</p>	
<p>1. das Persönlichkeitsrecht natürlicher Personen verletzen würde oder eine Bekanntmachung personenbezogener Daten aus sonstigen Gründen unverhältnismäßig wäre,</p>	
<p>2. die Stabilität der Finanzmärkte der Bundesrepublik Deutschland oder eines oder mehrerer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gefährden würde oder</p>	
<p>3. laufende Ermittlungen gefährden würde.</p>	
<p>Anstelle einer Aufschiebung kann die Bekanntmachung auf anonymisierter Basis erfolgen, wenn hierdurch ein wirksamer Schutz nach Satz 1 Nummer 1 gewährleistet ist. Ist vorhersehbar, dass die Gründe der anonymisierten Bekanntmachung innerhalb eines überschaubaren Zeitraums wegfallen werden, so kann die Bekanntmachung der Informationen nach Satz 1 Nummer 1 entsprechend aufgeschoben werden. Die Bekanntmachung erfolgt, wenn die Gründe für den Aufschub entfallen sind.</p>	
<p>(3) Eine Bekanntmachung darf nicht erfolgen, wenn die Maßnahmen nach Absatz 2 nicht ausreichend sind, um eine Gefährdung der Finanzmarktstabilität auszuschließen oder die Verhältnismäßigkeit der Bekanntmachung sicherzustellen.</p>	
<p>(4) Eine Bekanntmachung muss fünf Jahre auf der Internetseite der Aufsichtsbehörde veröffentlicht</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
bleiben. Abweichend von Satz 1 sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald die Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist.	
§ 58	§ 58
Datenschutz	u n v e r ä n d e r t
Personenbezogene Daten dürfen von Verpflichteten auf Grundlage dieses Gesetzes ausschließlich für die Verhinderung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung verarbeitet werden.	
§ 59	§ 59
Übergangsregelung	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Mitteilungen nach § 20 Absatz 1 und § 21 haben erstmals bis zum 1. Oktober 2017 an das Transparenzregister zu erfolgen.	
(2) Die Eröffnung des Zugangs zu Eintragungen im Vereinsregister, welche § 22 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 vorsieht, erfolgt ab dem 26. Juni 2018. Bis zum 25. Juni 2018 werden die technischen Voraussetzungen geschaffen, um diejenigen Indexdaten nach § 22 Absatz 2 zu übermitteln, welche für die Eröffnung des Zugangs zu den Originaldaten nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 erforderlich sind. Für den Übergangszeitraum vom 26. Juni 2017 bis zum 25. Juni 2018 enthält das Transparenzregister stattdessen einen Link auf das gemeinsame Registerportal der Länder.	
(3) § 23 Absatz 1 bis 3 findet ab dem 27. Dezember 2017 Anwendung.	
(4) Gewährte Befreiungen der Aufsichtsbehörden nach § 50 Nummer 8 gegenüber Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 15, soweit sie Glücksspiele im Internet veranstalten oder vermitteln, bleiben in Abweichung zu § 16 bis zum 30. Juni 2018 wirksam.	
(5) Ist am 25. Juni 2015 ein Gerichtsverfahren betreffend die Verhinderung, Aufdeckung, Ermittlung oder Verfolgung von mutmaßlicher Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung anhängig gewesen und besitzt ein Verpflichteter Informationen oder Unterlagen im Zusammenhang mit diesem anhängigen Verfahren, so darf der Verpflichtete diese Informationen oder Unterlagen bis zum 25. Juni 2020 aufbewahren.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Anlage 1	Anlage 1 unverändert
zu den §§ 5, 10, 14, 15	
Faktoren für ein potenziell geringeres Risiko	
Die Liste ist eine nicht abschließende Aufzählung von Faktoren und möglichen Anzeichen für ein potenziell geringeres Risiko nach § 14:	
1. Faktoren bezüglich des Kundenrisikos:	
a) öffentliche, an einer Börse notierte Unternehmen, die (aufgrund von Börsenordnungen oder von Gesetzes wegen oder aufgrund durchsetzbarer Instrumente) solchen Offenlegungspflichten unterliegen, die Anforderungen an die Gewährleistung einer angemessenen Transparenz hinsichtlich des wirtschaftlichen Eigentümers auferlegen,	
b) öffentliche Verwaltungen oder Unternehmen,	
c) Kunden mit Wohnsitz in geografischen Gebieten mit geringerem Risiko nach Nummer 3.	
2. Faktoren bezüglich des Produkt-, Dienstleistungs-, Transaktions- oder Vertriebskanalrisikos:	
a) Lebensversicherungspolice mit niedriger Prämie,	
b) Versicherungspolice für Rentenversicherungsverträge, sofern die Verträge weder eine Rückkaufklausel enthalten noch als Sicherheit für Darlehen dienen können,	
c) Rentensysteme und Pensionspläne oder vergleichbare Systeme, die den Arbeitnehmern Altersversorgungsleistungen bieten, wobei die Beiträge vom Gehalt abgezogen werden und die Regeln des Systems den Begünstigten nicht gestatten, ihre Rechte zu übertragen,	
d) Finanzprodukte oder -dienste, die bestimmten Kunden angemessen definierte und begrenzte Dienstleistungen mit dem Ziel der Einbindung in das Finanzsystem („financial inclusion“) anbieten,	
e) Produkte, bei denen die Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung durch andere Faktoren wie etwa Beschränkungen	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
der elektronischen Geldbörse oder die Transparenz der Eigentumsverhältnisse gesteuert werden (z. B. bestimmte Arten von E-Geld).	
3. Faktoren bezüglich des geografischen Risikos:	
a) Mitgliedstaaten,	
b) Drittstaaten mit gut funktionierenden Systemen zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung,	
c) Drittstaaten, in denen Korruption und andere kriminelle Tätigkeiten laut glaubwürdigen Quellen schwach ausgeprägt sind,	
d) Drittstaaten, deren Anforderungen an die Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche und von Terrorismusfinanzierung laut glaubwürdigen Quellen (z. B. gegenseitige Evaluierungen, detaillierte Bewertungsberichte oder veröffentlichte Follow-up-Berichte) den überarbeiteten FATF (Financial Action Task Force)-Empfehlungen entsprechen und die diese Anforderungen wirksam umsetzen.	
Anlage 2	Anlage 2 unverändert
zu den §§ 5, 10, 14, 15	
Faktoren für ein potenziell höheres Risiko	
Die Liste ist eine nicht erschöpfende Aufzählung von Faktoren und möglichen Anzeichen für ein potenziell höheres Risiko nach § 15:	
1. Faktoren bezüglich des Kundenrisikos:	
a) außergewöhnliche Umstände der Geschäftsbeziehung,	
b) Kunden, die in geografischen Gebieten mit hohem Risiko gemäß Nummer 3 ansässig sind,	
c) juristische Personen oder Rechtsvereinbarungen, die als Instrumente für die private Vermögensverwaltung dienen,	
d) Unternehmen mit nominellen Anteilseignern oder als Inhaberpapiere emittierten Aktien,	
e) bargeldintensive Unternehmen,	
f) angesichts der Art der Geschäftstätigkeit als ungewöhnlich oder übermäßig kompliziert	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
erscheinende Eigentumsstruktur des Unternehmens	
2. Faktoren bezüglich des Produkt-, Dienstleistungs-, Transaktions- oder Vertriebskanalrisikos:	
a) Betreuung vermögender Privatkunden,	
b) Produkte oder Transaktionen, die Anonymität begünstigen könnten,	
c) Geschäftsbeziehungen oder Transaktionen ohne persönliche Kontakte und ohne bestimmte Sicherungsmaßnahmen wie z. B. elektronische Unterschriften,	
d) Eingang von Zahlungen unbekannter oder nicht verbundener Dritter,	
e) neue Produkte und neue Geschäftsmodelle einschließlich neuer Vertriebsmechanismen sowie Nutzung neuer oder in der Entwicklung begriffener Technologien für neue oder bereits bestehende Produkte;	
3. Faktoren bezüglich des geografischen Risikos:	
a) unbeschadet des Artikels 9 der Richtlinie (EU) 2015/849 ermittelte Länder, deren Finanzsysteme laut glaubwürdigen Quellen (z. B. gegenseitige Evaluierungen, detaillierte Bewertungsberichte oder veröffentlichte Follow-up-Berichte) nicht über hinreichende Systeme zur Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verfügen,	
b) Drittstaaten, in denen Korruption oder andere kriminelle Tätigkeiten laut glaubwürdigen Quellen signifikant stark ausgeprägt sind,	
c) Staaten, gegen die beispielsweise die Europäische Union oder die Vereinten Nationen Sanktionen, Embargos oder ähnliche Maßnahmen verhängt hat oder haben,	
d) Staaten, die terroristische Aktivitäten finanziell oder anderweitig unterstützen oder in denen bekannte terroristische Organisationen aktiv sind.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Artikel 2	Artikel 2
Änderung der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung	u n v e r ä n d e r t
<p>In § 1 der Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. September 2007 (BGBl. I S. 2294), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 3. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2186) geändert worden ist, wird in Nummer 5 der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und wird folgende Nummer 6 angefügt:</p>	
<p>„6. die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, soweit sie bei ihrer Aufgabe der Verhinderung, Aufdeckung und Unterstützung bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität oder des Terrorismus wahrnimmt und eine dauerhafte Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten des Bundes erfolgt.“</p>	
Artikel 3	Artikel 3
Änderung des AZR-Gesetzes	u n v e r ä n d e r t
<p>Das AZR-Gesetz vom 2. September 1994 (BGBl. I S. 2265), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3346) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	
<p>1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 17 folgende Angabe eingefügt:</p>	
<p>„§ 17a Datenübermittlung an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen“.</p>	
<p>2. Nach § 17 wird folgender § 17a eingefügt:</p>	
<p>„§ 17a</p>	
<p>Datenübermittlung an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen</p>	
<p>An die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes zu Ausländern, die keine freizügigkeitsberechtigten Unionsbürger sind, auf</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Ersuchen die Grunddaten und folgende Daten übermittelt:	
1. abweichende Namensschreibweisen,	
2. andere Namen,	
3. frühere Namen,	
4. Aliaspersonalien,	
5. Angaben zum Ausweispapier,	
6. die Seriennummer ihrer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchende gemäß § 63a des Asylgesetzes (AKN-Nummer) sowie das Ausstellungsdatum und die Gültigkeitsdauer,	
7. Daten nach § 3 Absatz 1 Nummer 7 in Verbindung mit § 2 Absatz 1a und 2 Nummer 1, 3, 7, 7a und 12.“	
3. Nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 wird folgende Nummer 7a eingefügt:	
„7a. die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen,“.	
4. § 32 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 11 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
b) Folgende Nummer 12 wird angefügt:	
„12. die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen.“	
Artikel 4	Artikel 4
Änderung der AZRG-Durchführungsverordnung	u n v e r ä n d e r t
Die AZRG-Durchführungsverordnung vom 17. Mai 1995 (BGBl. I S. 695), die zuletzt durch Artikel 4a des Gesetzes vom 22. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3155) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 8 Absatz 3 Satz 3 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 29 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
b) Folgende Nummer 30 wird angefügt:	
„30. Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes.“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. Die Anlage wird wie folgt geändert:	
a) In den Nummern 1, 2, 3, 4 und 8 wird jeweils in Spalte D Nummer I und Nummer II das folgende Aufzählungsglied angefügt:	
„– Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes“.	
b) In den Nummern 9, 10, 11, 12, 13, 14a, 16, 17, 18 und 23 wird jeweils in Spalte D Nummer I das folgende Aufzählungsglied angefügt:	
„– Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes“.	
c) In den Nummern 3a, 5, 5a, 7, 8a, 8b, 9a, 14, 15, 19, 20, 24, 24a, 29 und 35 wird jeweils in Spalte D das folgende Aufzählungsglied angefügt:	
„– Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes“.	
d) In Nummer 3a werden jeweils die Wörter „§§ 15, 18a bis 18e, 24a des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 17a, 18a bis 18e, 24a des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	
e) In den Nummern 5a und 8b werden jeweils die Wörter „§§ 15, 21 des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 17a, 21 des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	
f) In den Nummern 7, 9, 19 und 20 werden jeweils die Wörter „§§ 15, 16, 18, 18a, 18b, 18d, 21, 23, 24a des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 16, 17a, 18, 18a, 18b, 18d, 21, 23, 24a des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	
g) In den Nummern 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15 und 17 werden jeweils die Wörter „§§ 15, 16, 18, 18a, 18b, 18d, 21, 23 des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 16, 17a, 18, 18a, 18b, 18d, 21, 23 des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	
h) In Nummer 8a werden die Wörter „§§ 15, 18a bis 18e des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 17a, 18a bis 18e des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
i) In Nummer 9a werden die Wörter „§§ 15, 18a, 18b, 24a des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 17a, 18a, 18b, 24a des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	
j) In Nummer 14a werden die Wörter „§§ 15, 16, 18, 18a, 18b, 21, 23 des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 16, 17a, 18, 18a, 18b, 21, 23 des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	
k) In Nummer 16 werden die Wörter „§§ 15, 16, 18, 18a, 18b, 18d, 21, 23 des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 16, 17a, 18, 18a, 18b, 18d, 21 des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	
l) In den Nummern 24, 24a und 29 werden jeweils die Wörter „§§ 15, 16, 21, 24a des AZR-Gesetzes“ durch die Wörter „§§ 15, 16, 17a, 21, 24a des AZR-Gesetzes“ ersetzt.	
Artikel 5	Artikel 5
Änderung des Bundeszentralregistergesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 41 Absatz 1 Satz 1 des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1984 (BGBl. I S. 1229, 1985 I S. 195), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes vom 4. November 2016 (BGBl. I S. 2460) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Nummer 13 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
2. Folgende Nummer 14 wird angefügt:	
„14. der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz.“	
Artikel 6	Artikel 6
Änderung des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 17 Absatz 1 Satz 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. März 2017	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(BGBI. I S. 399) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.	
2. Folgende Nummer 5 wird angefügt:	
„5. die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes.“	
Artikel 7	Artikel 7
Änderung des Finanzverwaltungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 5a des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 2006 (BGBI. I S. 846, 1202), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2016 (BGBI. I S. 3000) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Nach Absatz 2 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:	
„Innerhalb des Zollkriminalamtes wird die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen errichtet.“	
2. In Absatz 3 Satz 2 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und werden die Wörter „ausgenommen hiervon ist die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen, die ausschließlich Aufgaben nach dem Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz) wahrnimmt.“ eingefügt.	
Artikel 8	Artikel 8
Änderung des Zollfahndungsdienstgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Zollfahndungsdienstgesetz vom 16. August 2002 (BGBI. I S. 3202), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 2016 (BGBI. I S. 3150) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In § 11 Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Zollverwaltung“ ein Komma und die Wörter „die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen“ eingefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. § 33 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 3 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	
bb) In Nummer 4 wird nach dem Wort „einzelner“ das Wort „oder“ eingefügt.	
cc) Folgende Nummer 5 wird angefügt:	
„5. zur Erfüllung der Aufgaben der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen nach dem Geldwäschegesetz“	
b) Nach Absatz 4 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	
„Satz 1 findet für die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen mit der Maßgabe Anwendung, dass sie abgerufene Daten auch für ihre eigenen Zwecke verwenden darf.“	
Artikel 9	Artikel 9
Änderung der Abgabenordnung	Änderung der Abgabenordnung
Die Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die durch Artikel 3 Absatz 13 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Die Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 13 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. § 31b wird wie folgt gefasst:	1. § 31b wird wie folgt gefasst:
„§ 31b	„§ 31b
Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung
(1) Die Offenbarung der nach § 30 geschützten Verhältnisse des Betroffenen an die jeweils zuständige Stelle ist auch ohne Ersuchen zulässig, soweit sie einem der folgenden Zwecke dient:	(1) u n v e r ä n d e r t
1. der Durchführung eines Strafverfahrens wegen Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung nach § 1 Absatz 1 und 2 des Geldwäschegesetzes,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. der Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung von Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung nach § 1 Absatz 1 und 2 des Geldwäschegesetzes,	
3. der Durchführung eines Bußgeldverfahrens nach § 56 des Geldwäschegesetzes gegen Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 13 bis 16 des Geldwäschegesetzes,	
4. dem Treffen von Maßnahmen und Anordnungen nach § 51 Absatz 2 des Geldwäschegesetzes gegenüber Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 13 bis 16 des Geldwäschegesetzes oder	
5. der Wahrnehmung von Aufgaben nach § 28 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes durch die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen.	
(2) Die Finanzbehörden haben der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen unverzüglich Sachverhalte unabhängig von deren Höhe mitzuteilen, wenn Tatsachen vorliegen, die darauf hindeuten, dass	(2) u n v e r ä n d e r t
1. es sich bei Vermögensgegenständen, die mit dem mitzuteilenden Sachverhalt im Zusammenhang stehen, um den Gegenstand einer Straftat nach § 261 des Strafgesetzbuchs handelt oder	
2. die Vermögensgegenstände im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung stehen.	
Mitteilungen an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen sind durch elektronische Datenübermittlung zu erstatten; hierbei ist ein sicheres Verfahren zu verwenden, das die Vertraulichkeit und Integrität des Datensatzes gewährleistet. Im Fall einer Störung der Datenübertragung ist ausnahmsweise eine Mitteilung auf dem Postweg möglich. § 45 Absatz 3 und 4 des Geldwäschegesetzes gilt entsprechend.	
(3) Die Finanzbehörden haben der zuständigen Verwaltungsbehörde unverzüglich solche Tatsachen mitzuteilen, die darauf schließen lassen, dass	(3) u n v e r ä n d e r t
1. ein Verpflichteter nach § 2 Absatz 1 Nummer 13 bis 16 des Geldwäschegesetzes eine Ordnungswidrigkeit nach § 56 des Geldwäschegesetzes begangen hat oder begeht oder	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. die Voraussetzungen für das Treffen von Maßnahmen und Anordnungen nach § 51 Absatz 2 des Geldwäschegesetzes gegenüber Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 13 bis 16 des Geldwäschegesetzes gegeben sind.	
(4) § 43 Absatz 2 des Geldwäschegesetzes gilt entsprechend.“	(4) § 47 Absatz 3 des Geldwäschegesetzes gilt entsprechend.“
2. § 93 wird wie folgt geändert:	2. § 93 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 8 Satz 1 <i>wird wie folgt gefasst:</i>	a) In Absatz 7 Satz 1 Nummer 4a werden die Wörter „des § 1 Absatz 6“ gestrichen.
	b) Absatz 8 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
„Das Bundeszentralamt für Steuern erteilt auf Ersuchen Auskunft über die in § 93b Absatz 1 bezeichneten Daten	u n v e r ä n d e r t
1. den für die Verwaltung	
a) der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch,	
b) der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch,	
c) der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz,	
d) der Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz und	
e) des Wohngeldes nach dem Wohngeldgesetz	
zuständigen Behörden, soweit dies zur Überprüfung des Vorliegens der Anspruchsvoraussetzungen erforderlich ist und ein vorheriges Auskunftersuchen an den Betroffenen nicht zum Ziel geführt hat oder keinen Erfolg verspricht;	
2. den Polizeivollzugsbehörden des Bundes und der Länder, soweit dies zur Abwehr einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist, und	
3. den Verfassungsschutzbehörden der Länder, soweit dies für ihre Aufgabenerfüllung erforderlich ist und durch	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Landesgesetz ausdrücklich zugelassen ist.“	
b) Dem Absatz 9 wird folgender Satz angefügt:	c) u n v e r ä n d e r t
„Die Sätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden in den Fällen des Absatzes 8 Satz 1 Nummer 2 oder 3 oder soweit dies bundesgesetzlich ausdrücklich bestimmt ist.“	
	3. In § 138b Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 2a und 3“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 und 6“ ersetzt.
3. In § 154 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „§ 4 Absatz 3 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 11 Absatz 4 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	4. u n v e r ä n d e r t
Artikel 10	Artikel 10
Änderung des Zollverwaltungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 12a des Zollverwaltungsgesetzes vom 21. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2125), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I S. 425) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „mündlich“ gestrichen.	
2. In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 6 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 9 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
3. In Absatz 8 Satz 3 werden nach dem Wort „Sozialleistungsträger“ ein Komma und die Wörter „die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen“ eingefügt.	
Artikel 11	Artikel 11
Änderung des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz	u n v e r ä n d e r t
Dem § 71 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2001 (BGBl. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 20 Absatz 8 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) geändert worden ist, wird folgender Absatz 4 angefügt:	
„(4) Eine Übermittlung von Sozialdaten ist außerdem zulässig, soweit sie im Einzelfall für die rechtmäßige Erfüllung der in der Zuständigkeit der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen liegenden Aufgaben nach § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes erforderlich ist. Die Übermittlung ist auf Angaben über Name und Vorname sowie früher geführte Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, derzeitige und frühere Anschriften des Betroffenen sowie Namen und Anschriften seiner derzeitigen und früheren Arbeitgeber beschränkt.“	
Artikel 12	Artikel 12
Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes	Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes
Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 2009 (BGBl. I S. 1434), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. Januar 2017 (BGBl. I S. 17) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 2009 (BGBl. I S. 1434), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. Januar 2017 (BGBl. I S. 17) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Vorbemerkung Nummer 13 der Anlage I wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) In der Überschrift wird das Wort „Zulage“ durch das Wort „Zulagen“ ersetzt.	
b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:	
„(2) Beamte, die bei der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen verwendet werden, erhalten eine Stellenzulage nach Anlage IX. Mit der Zulage werden die mit der Tätigkeit allgemein verbundenen Aufwendungen abgegolten.“	
c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt gefasst:	
„(3) Die Stellenzulage nach Absatz 1 oder Absatz 2 wird neben einer Stellenzulage nach Nummer 9 nur gewährt, soweit sie diese übersteigt.“	
d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. In Anlage IX werden die Zeilen 84 und 85 durch die folgenden Zeilen 84 bis 85d ersetzt:	2. In Anlage IX werden die Zeilen 84 und 85 durch die folgenden Zeilen 84 bis 85d ersetzt:

Entwurf

	Dem Grunde nach geregelt in	Zulagenberechtigter Personenkreis soweit nicht bereits in Anlage I oder Anlage III geregelt	Monatsbetrag in Euro / Prozentsatz
	1	2	3
„84	Nummer 13 Absatz 1	Beamte des mittleren Dienstes	17,91
85		Beamte des gehobenen Dienstes	40,27
85a	Absatz 2 Satz 1	Beamte der Besoldungsgruppe	
5b		– A 6 bis A 9	140,00
85c		– A 10 bis A 13	150,00
85d		– A 14 und A 15	160,00“.

Beschlüsse des 7. Ausschusses

	Dem Grunde nach geregelt in	Zulagenberechtigter Personenkreis, soweit nicht bereits in Anlage I oder Anlage III geregelt	Monatsbetrag in Euro / Prozentsatz
	1	2	3
„84	Nummer 13 Absatz 1	Beamte des mittleren Dienstes	17,91
85		Beamte des gehobenen Dienstes	40,27
85a	Absatz 2 Satz 1	Beamte der Besoldungsgruppe	
85b		– A 6 bis A 9	140,00
85c		– A 10 bis A 13	150,00
85d		– A 14 und A 15	160,00“.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Artikel 13	Artikel 13
Änderung der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung	u n v e r ä n d e r t
In Nummer 3 der Anlage zu § 17 Absatz 1 bis 3 der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung vom 13. Dezember 2004 (BGBl. I	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
S. 3376), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 2. Juli 2016 (BGBl. I S. 1569) geändert worden ist, werden nach dem Wort „Name“ die Wörter „sowie bei natürlichen Personen Geburtsdatum“ eingefügt.	
Artikel 14	Artikel 14
Änderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung	u n v e r ä n d e r t
Das Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4123-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 40 wie folgt gefasst:	
„§ 40 Liste der Gesellschafter, Verordnungsermächtigung“.	
2. § 8 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:	
„3. eine von den Anmeldenden unterschriebene Liste der Gesellschafter nach den Vorgaben des § 40,“.	
3. § 40 wird wie folgt geändert:	
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 40	
Liste der Gesellschafter, Verordnungsermächtigung“.	
b) Absatz 1 Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:	
„Die Geschäftsführer haben unverzüglich nach Wirksamwerden jeder Veränderung in den Personen der Gesellschafter oder des Umfangs ihrer Beteiligung eine von ihnen unterschriebene Liste der Gesellschafter zum Handelsregister einzureichen, aus welcher Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnort derselben sowie die Nennbeträge und die laufenden Nummern der von einem jeden derselben übernommenen Geschäftsanteile sowie die durch den jeweiligen Nennbetrag eines Geschäftsanteils vermittelte jeweilige	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>prozentuale Beteiligung am Stammkapital zu entnehmen sind. Ist ein Gesellschafter selbst eine Gesellschaft, so sind bei eingetragenen Gesellschaften in die Liste deren Firma, Satzungssitz, zuständiges Register und Registernummer aufzunehmen, bei nicht eingetragenen Gesellschaften deren jeweilige Gesellschafter unter einer zusammenfassenden Bezeichnung mit Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnort. Hält ein Gesellschafter mehr als einen Geschäftsanteil, ist in der Liste der Gesellschafter zudem der Gesamtumfang der Beteiligung am Stammkapital als Prozentsatz gesondert anzugeben.“</p>	
<p>c) Die folgenden Absätze 4 und 5 werden angefügt:</p>	
<p>„(4) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates nähere Bestimmungen über die Ausgestaltung der Gesellschafterliste zu treffen.</p>	
<p>(5) Die Landesregierungen werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, dass bestimmte in der Liste der Gesellschafter enthaltene Angaben in strukturierter maschinenlesbarer Form an das Handelsregister zu übermitteln sind, soweit nicht durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz nach § 387 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechende Vorschriften erlassen werden. Die Landesregierungen können die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.“</p>	
<p style="text-align: center;">Artikel 15</p>	<p style="text-align: center;">Artikel 15</p>
<p style="text-align: center;">Änderung des GmbHG-Einführungsgesetzes</p>	<p style="text-align: center;">u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Dem GmbHG-Einführungsgesetz vom 23. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2026, 2031), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, wird folgender § 8 angefügt:</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
„§ 8	
Übergangsvorschrift zum Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen	
<p>§ 8 Absatz 1 Nummer 3 und § 40 Absatz 1 Satz 1 bis 3 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie, zur Ausführung der EU-Geldtransferverordnung und zur Neuorganisation der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle] finden auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die am ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 24 dieses Gesetzes] in das Handelsregister eingetragen sind, mit der Maßgabe Anwendung, dass die geänderten Anforderungen an den Inhalt der Liste der Gesellschafter erst dann zu beachten sind, wenn aufgrund einer Veränderung nach § 40 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 24 dieses Gesetzes] geltenden Fassung eine Liste einzureichen ist.“</p>	
Artikel 16	Artikel 16
Änderung der Gewerbeordnung	u n v e r ä n d e r t
Dem § 150a Absatz 2 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die durch Artikel 16 des Gesetzes vom 11. November 2016 (BGBl. I S. 2500) geändert worden ist, wird folgende Nummer 5 angefügt:	
„5. der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz,“.	
Artikel 17	Artikel 17
Änderung des Kreditwesengesetzes	Änderung des Kreditwesengesetzes
Das Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I	Das Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
S. 2776), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:“	S. 2776), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) Die Angabe zu § 25i wird wie folgt gefasst:	
„§ 25i Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld“.	
b) Die Angabe zu § 25j wird wie folgt gefasst:	
„§ 25j Zeitpunkt der Identitätsprüfung“.	
c) Die Angabe zu § 25l wird wie folgt gefasst:	
„§ 25l Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellschaften“.	
d) Die Angabe zu § 25n wird wie folgt gefasst:	
„§ 25n (weggefallen)“.	
2. § 24c wird wie folgt geändert:	2. § 24c wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	a) u n v e r ä n d e r t
aa) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:	
„1. die Nummer eines Kontos, das der Verpflichtung zur Legitimationsprüfung nach § 154 Absatz 2 Satz 1 der Abgabenordnung unterliegt, eines Depots oder eines Schließfachs sowie der Tag der Eröffnung und der Tag der Beendigung oder Auflösung,“.	
bb) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 3 Abs. 1 Nr. 3“ durch die Wörter „§ 10 Absatz 1 Nummer 2“ und die Angabe „§ 1 Abs. 6“ durch die Angabe „§ 3“ ersetzt.	
b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
„(2) Die Bundesanstalt darf einzelne Daten aus der Datei nach Absatz 1 Satz 1 abrufen, soweit dies zur Erfüllung ihrer aufsichtlichen Aufgaben nach diesem Gesetz oder dem <i>Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten</i> , insbesondere im Hinblick auf unerlaubte Bankgeschäfte oder Finanzdienstleistungen oder den Missbrauch der Institute durch Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder sonstige strafbare Handlungen, die zu einer Gefährdung des Vermögens der Institute führen können, erforderlich ist und besondere Eilbedürftigkeit im Einzelfall vorliegt. Die Zentralstelle	„(2) Die Bundesanstalt darf einzelne Daten aus der Datei nach Absatz 1 Satz 1 abrufen, soweit dies zur Erfüllung ihrer aufsichtlichen Aufgaben nach diesem Gesetz oder dem Geldwäschegesetz , insbesondere im Hinblick auf unerlaubte Bankgeschäfte oder Finanzdienstleistungen oder den Missbrauch der Institute durch Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder sonstige strafbare Handlungen, die zu einer Gefährdung des Vermögens der Institute führen können, erforderlich ist und besondere Eilbedürftigkeit im Einzelfall vorliegt. Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen darf zur

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
für Finanztransaktionsuntersuchungen darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz gleichermaßen einzelne Daten aus der Datei nach Absatz 1 Satz 1 abrufen.“	Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz gleichermaßen einzelne Daten aus der Datei nach Absatz 1 Satz 1 abrufen.“
c) Absatz 8 wird wie folgt gefasst:	c) u n v e r ä n d e r t
„(8) Soweit die Deutsche Bundesbank Konten und Depots für Dritte führt, gilt sie als Kreditinstitut nach den Absätzen 1, 5 und 6.“	
3. § 25g Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:	3. u n v e r ä n d e r t
„1. der Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1),“.	
4. § 25h wird wie folgt gefasst:	4. § 25h wird wie folgt gefasst:
„§ 25h	„§ 25h
Interne Sicherungsmaßnahmen	Interne Sicherungsmaßnahmen
(1) Institute sowie Finanzholding-Gesellschaften und gemischte Finanzholding-Gesellschaften nach § 25l müssen unbeschadet der in § 25a Absatz 1 dieses Gesetzes und der in den §§ 4 bis 6 des Geldwäschegesetzes aufgeführten Pflichten über ein angemessenes Risikomanagement sowie über interne Sicherungsmaßnahmen verfügen, die der Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder sonstigen strafbaren Handlungen, die zu einer Gefährdung des Vermögens des Instituts führen können, dienen. Sie haben dafür angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme zu schaffen und zu aktualisieren sowie Kontrollen durchzuführen. Hierzu gehört auch die fortlaufende Entwicklung geeigneter Strategien und Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs von neuen Finanzprodukten und Technologien für Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung oder der Begünstigung der Anonymität von Geschäftsbeziehungen und Transaktionen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Kreditinstitute haben unbeschadet des § 10 Absatz 1 Nummer 5 des Geldwäschegesetzes Datenverarbeitungssysteme zu betreiben und zu aktualisieren, mittels derer sie in der Lage sind,	(2) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Geschäftsbeziehungen und einzelne Transaktionen im Zahlungsverkehr zu erkennen, die auf Grund des öffentlich und im Kreditinstitut verfügbaren Erfahrungswissens über die Methoden der Geldwäsche, der Terrorismusfinanzierung und über die sonstigen strafbaren Handlungen im Sinne von Absatz 1 im Verhältnis zu vergleichbaren Fällen besonders komplex oder groß sind, ungewöhnlich ablaufen oder ohne offensichtlichen wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck erfolgen. Die Kreditinstitute dürfen personenbezogene Daten verarbeiten, soweit dies zur Erfüllung dieser Pflicht erforderlich ist. Die Bundesanstalt kann Kriterien bestimmen, bei deren Vorliegen Kreditinstitute vom Einsatz von Systemen nach Satz 1 absehen können.</p>	
<p>(3) Jede Transaktion, die im Verhältnis zu vergleichbaren Fällen besonders komplex oder groß ist, ungewöhnlich abläuft oder ohne offensichtlichen wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck erfolgt, ist von Instituten im Sinne von Absatz 1 unbeschadet des § 15 des Geldwäschegesetzes mit angemessenen Maßnahmen zu untersuchen, um das Risiko der Transaktion im Hinblick auf strafbare Handlungen im Sinne von Absatz 1 Satz 1 überwachen, einschätzen und gegebenenfalls die Erstattung einer Strafanzeige gemäß § 158 der Strafprozessordnung prüfen zu können. Die Institute haben diese Transaktionen, die durchgeführten Untersuchungen und deren Ergebnisse nach Maßgabe des § 8 des Geldwäschegesetzes angemessen zu dokumentieren, um gegenüber der Bundesanstalt darlegen zu können, dass diese Sachverhalte nicht darauf schließen lassen, dass eine strafbare Handlung im Sinne von Absatz 1 Satz 1 begangen oder versucht wurde oder wird. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. Institute <i>dürfen einander im Einzelfall übermitteln, wenn es sich um einen in Bezug auf Geldwäsche, auf Terrorismusfinanzierung oder auf eine sonstige strafbare Handlung im Sinne von Absatz 1 Satz 1 ungewöhnlichen Sachverhalt handelt und tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Empfänger der Informationen diese für die Beurteilung der Frage benötigt, ob der Sachverhalt gemäß § 43 des Geldwäschegesetzes zu melden oder eine Strafanzeige gemäß § 158 der Strafprozessordnung zu erstatten ist. Der Empfänger darf die Informationen ausschließlich zum Zweck der Verhinderung der Geldwäsche, der Terroris-</i></p>	<p>(3) Jede Transaktion, die im Verhältnis zu vergleichbaren Fällen besonders komplex oder groß ist, ungewöhnlich abläuft oder ohne offensichtlichen wirtschaftlichen oder rechtmäßigen Zweck erfolgt, ist von Instituten im Sinne von Absatz 1 unbeschadet des § 15 des Geldwäschegesetzes mit angemessenen Maßnahmen zu untersuchen, um das Risiko der Transaktion im Hinblick auf strafbare Handlungen im Sinne von Absatz 1 Satz 1 überwachen, einschätzen und gegebenenfalls die Erstattung einer Strafanzeige gemäß § 158 der Strafprozessordnung prüfen zu können. Die Institute haben diese Transaktionen, die durchgeführten Untersuchungen und deren Ergebnisse nach Maßgabe des § 8 des Geldwäschegesetzes angemessen zu dokumentieren, um gegenüber der Bundesanstalt darlegen zu können, dass diese Sachverhalte nicht darauf schließen lassen, dass eine strafbare Handlung im Sinne von Absatz 1 Satz 1 begangen oder versucht wurde oder wird. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend. Auf Institute ist § 47 Absatz 5 des Geldwäschegesetzes entsprechend anzuwenden für Informationen über konkrete Sachverhalte, die Auffälligkeiten oder Ungewöhnlichkeiten enthalten, die auf andere strafbare Handlungen als auf Geldwäsche, auf eine ihrer Vortaten oder auf Terrorismusfinanzierung hindeuten.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<i>musfinanzierung oder sonstiger strafbarer Handlungen und nur unter den durch das übermittelnde Institut vorgegebenen Bedingungen verwenden.</i>	
(4) Institute dürfen interne Sicherungsmaßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 nach vorheriger Anzeige bei der Bundesanstalt im Rahmen von vertraglichen Vereinbarungen durch einen Dritten durchführen lassen. Die Bundesanstalt kann die Rückübertragung auf das Institut dann verlangen, wenn der Dritte nicht die Gewähr dafür bietet, dass die Sicherungsmaßnahmen ordnungsgemäß durchgeführt werden oder die Steuerungsmöglichkeiten der Institute und die Kontrollmöglichkeiten der Bundesanstalt beeinträchtigt werden könnten. Die Verantwortung für die Sicherungsmaßnahmen verbleibt bei den Instituten.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Die Bundesanstalt kann gegenüber einem Institut im Einzelfall Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Vorkehrungen zu treffen.	(5) u n v e r ä n d e r t
(6) Die Deutsche Bundesbank gilt als Institut im Sinne der Absätze 1 bis 4.	(6) u n v e r ä n d e r t
(7) Die Funktion des Geldwäschebeauftragten im Sinne des § 7 des Geldwäschegesetzes und die Pflichten zur Verhinderung strafbarer Handlungen im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 werden im Institut von einer Stelle wahrgenommen. Die Bundesanstalt kann auf Antrag des Instituts zulassen, dass eine andere Stelle im Institut für die Verhinderung der strafbaren Handlungen zuständig ist, soweit hierfür ein wichtiger Grund vorliegt.“	(7) u n v e r ä n d e r t
5. § 25i wird wie folgt gefasst:	5. u n v e r ä n d e r t
„§ 25i	
Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf E-Geld	
(1) Kreditinstitute haben bei der Ausgabe von E-Geld die Pflichten nach § 10 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes zu erfüllen, auch wenn die Schwellenwerte nach § 10 Absatz 3 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes nicht erreicht werden.	
(2) In den Fällen des Absatzes 1 können die Kreditinstitute unbeschadet des § 14 des Geldwä-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
schegesetzes von den Pflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 4 des Geldwäschegesetzes absehen, wenn	
1. das Zahlungsinstrument nicht wieder aufgeladen werden kann oder wenn ein wiederaufladbares Zahlungsinstrument nur im Inland genutzt werden kann und die Zahlungsvorgänge, die mit ihm ausgeführt werden können, auf monatlich 100 Euro begrenzt sind,	
2. der elektronisch gespeicherte Betrag 100 Euro nicht übersteigt,	
3. das Zahlungsinstrument ausschließlich für den Kauf von Waren und Dienstleistungen genutzt wird,	
4. das Zahlungsinstrument nicht mit anonymem E-Geld erworben oder aufgeladen werden kann,	
5. das Kreditinstitut die Transaktionen oder die Geschäftsbeziehung in ausreichendem Umfang überwacht, um die Aufdeckung ungewöhnlicher oder verdächtiger Transaktionen zu ermöglichen, und	
6. ein Rücktausch des E-Geldes durch Barauszahlung, sofern es sich um mehr als 20 Euro handelt, ausgeschlossen ist.	
Beim Schwellenwert nach Satz 1 Nummer 1 ist es unerheblich, ob der E-Geld-Inhaber das E-Geld über einen Vorgang oder über verschiedene Vorgänge erwirbt, sofern Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass zwischen den verschiedenen Vorgängen eine Verbindung besteht.	
(3) Soweit E-Geld über einen wiederaufladbaren E-Geld-Träger ausgegeben wird, hat das ausgebende Kreditinstitut Dateien zu führen, in denen alle an identifizierte E-Geld-Inhaber ausgegebenen und zurückgetauschten E-Geld-Beträge mit Zeitpunkt und ausgebender oder rücktauschender Stelle aufgezeichnet werden. § 8 des Geldwäschegesetzes ist entsprechend anzuwenden.	
(4) Liegen Tatsachen vor, die die Annahme rechtfertigen, dass bei der Verwendung eines E-Geld-Trägers	
1. die Voraussetzungen nach Absatz 2 nicht eingehalten werden oder	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. im Zusammenhang mit technischen Verwendungsmöglichkeiten des E-Geld-Trägers, dessen Vertrieb, Verkauf und der Einschaltung von bestimmten Akzeptanzstellen ein erhöhtes Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Geldwäschegesetzes oder ein erhöhtes Risiko sonstiger strafbarer Handlungen nach § 25h Absatz 1 besteht,	
so kann die Bundesanstalt dem Kreditinstitut, das das E-Geld ausgibt, Anordnungen erteilen. Insbesondere kann sie	
1. die Ausgabe, den Verkauf und die Verwendung eines solchen E-Geld-Trägers untersagen,	
2. sonstige geeignete und erforderliche technische Änderungen dieses E-Geld-Trägers verlangen oder	
3. das E-Geld ausgebende Institut dazu verpflichten, dass es dem Risiko angemessene interne Sicherungsmaßnahmen ergreift.“	
6. § 25j wird wie folgt gefasst:	6. un verändert
„§ 25j	
Zeitpunkt der Identitätsüberprüfung	
Abweichend von § 11 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes kann die Überprüfung der Identität des Vertragspartners, einer für diesen auftretenden Person und des wirtschaftlich Berechtigten auch unverzüglich nach der Eröffnung eines Kontos oder Depots abgeschlossen werden. In diesem Fall muss sichergestellt sein, dass vor Abschluss der Überprüfung der Identität keine Gelder von dem Konto oder dem Depot abverfügt werden können. Für den Fall einer Rückzahlung eingegangener Gelder dürfen diese nur an den Einzahler ausgezahlt werden.“	
7. § 25k wird wie folgt gefasst:	7. un verändert
„§ 25k	
Verstärkte Sorgfaltspflichten	
(1) Abweichend von § 10 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b des Geldwäschegesetzes	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>bestehen die Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1, 2 und 4 des Geldwäschegesetzes für Institute bei der Annahme von Bargeld ungeachtet etwaiger im Geldwäschegesetz oder in diesem Gesetz genannter Schwellenbeträge, soweit ein Sortengeschäft nach § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 7 nicht über ein bei dem Institut eröffnetes Konto des Kunden abgewickelt wird und die Transaktion einen Wert von 2 500 Euro oder mehr aufweist.</p>	
<p>(2) Institute, die Factoring nach § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 9 betreiben, haben angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um einem erkennbar erhöhten Geldwäscherisiko bei der Annahme von Zahlungen von Debitoren zu begegnen, die bei Abschluss des Rahmenvertrags unbekannt waren.“</p>	
<p>8. § 25l wird wie folgt gefasst:</p>	<p>8. un v e r ä n d e r t</p>
<p>„§ 25l</p>	
<p>Geldwäscherechtliche Pflichten für Finanzholding-Gesellschaften</p>	
<p>Finanzholding-Gesellschaften oder gemischte Finanzholding-Gesellschaften, die nach § 10a als übergeordnetes Unternehmen gelten oder von der Bundesanstalt als solches bestimmt wurden, sind Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes. Sie unterliegen insoweit auch der Aufsicht der Bundesanstalt nach § 50 Nummer 1 in Verbindung mit § 41 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes.“</p>	
<p>9. § 25m wird wie folgt gefasst:</p>	<p>9. un v e r ä n d e r t</p>
<p>„§ 25m</p>	
<p>Verbotene Geschäfte</p>	
<p>Verboten sind:</p>	
<p>1. die Aufnahme oder Fortführung einer Korrespondenz- oder sonstigen Geschäftsbeziehung mit einer Bank-Mantelgesellschaft nach § 1 Absatz 22 des Geldwäschegesetzes und</p>	
<p>2. die Errichtung und Führung von solchen Konten auf den Namen des Instituts oder für dritte Institute, über die die Kunden des In-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
stituts oder dritten Instituts zur Durchführung von eigenen Transaktionen eigenständig verfügen können; § 154 Absatz 1 der Abgabenordnung bleibt unberührt.“	
10. § 25n wird aufgehoben.	10. un v e r ä n d e r t
11. In § 29 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „25n“ durch die Angabe „25m“ ersetzt und werden nach der Angabe „Verordnung (EU) Nr. 260/2012“ die Wörter „, der Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1)“ eingefügt.	11. un v e r ä n d e r t
12. In § 35 Absatz 2 Nummer 6 wird nach den Wörtern „des Wertpapierhandelsgesetzes“ die Angabe „, der Verordnung (EU) 2015/847“ eingefügt.	12. un v e r ä n d e r t
13. Dem § 36 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	13. un v e r ä n d e r t
„Im Falle eines Verstoßes gegen die §§ 25i, 25k oder 25m oder gegen die Verordnung (EU) 2015/847 kann die Bundesanstalt den dafür verantwortlichen Geschäftsleitern auch die Ausübung ihrer Tätigkeit bei Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes untersagen.“	
14. Dem § 36a Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	14. un v e r ä n d e r t
„Im Falle eines Verstoßes gegen die §§ 25i, 25k oder 25m oder gegen die Verordnung (EU) 2015/847 kann die Bundesanstalt auch einer für den Verstoß verantwortlichen natürlichen Person, die zum Zeitpunkt des Verstoßes nicht Geschäftsleiter war, vorübergehend für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren eine künftige Tätigkeit als Geschäftsleiter bei Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes untersagen.“	
15. In § 53c Nummer 2 Buchstabe c wird das Wort „zwischenstaatlichen“ gestrichen.	15. un v e r ä n d e r t
16. § 56 wird wie folgt geändert:	16. un v e r ä n d e r t
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) Nummer 3 wird wie folgt geändert:	
aaa) Nach Buchstabe g wird folgender Buchstabe h eingefügt:	
„h) § 25g Absatz 3,“.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
bbb) Der bisherige Buchstabe h wird Buchstabe i und wie folgt gefasst:	
„i) § 25g Absatz 5,“.	
ccc) Die bisherigen Buchstaben i bis m werden die Buchstaben j bis n.	
bb) Nach Nummer 11 werden die folgenden Nummern 11a bis 11e eingefügt:	
„11a. entgegen § 25g Absatz 2 nicht über interne Verfahren und Kontrollsysteme verfügt, die die Einhaltung der Pflichten nach der Verordnung nach § 25g Absatz 1 Nummer 1 gewährleisten,	
11b. entgegen § 25h Absatz 2 kein angemessenes Datenverarbeitungssystem betreibt und aktualisiert,	
11c. entgegen § 25h Absatz 3 Untersuchungen nicht vornimmt,	
11d. entgegen § 25i Absatz 1 die Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes nicht erfüllt,	
11e. entgegen § 25i Absatz 3 keine Dateien führt,“.	
b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:	
„(4) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über begleitende Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1) verstößt, indem er bei Geldtransfers vorsätzlich oder fahrlässig	
1. entgegen Artikel 4 Absatz 1, auch in Verbindung mit den Artikeln 5 und 6, nicht sicherstellt, dass die vorgeschriebenen Angaben zum Auftraggeber vollständig übermittelt werden,	
2. entgegen Artikel 4 Absatz 2, auch in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 1, nicht sicherstellt, dass die vorgeschriebenen Angaben übermittelt werden,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. entgegen Artikel 4 Absatz 4, auch in Verbindung mit Absatz 5 und den Artikeln 5 und 6, die Richtigkeit der Angaben nicht oder nicht rechtzeitig überprüft,	
4. entgegen Artikel 7 Absatz 1 keine wirksamen Verfahren zur Feststellung der ordnungsgemäßen Ausfüllung einrichtet,	
5. entgegen Artikel 7 Absatz 2 keine wirksamen Verfahren zur Feststellung des Fehlens der dort genannten Angaben einrichtet,	
6. entgegen Artikel 7 Absatz 3, auch in Verbindung mit Absatz 5, die Richtigkeit der Angaben zum Begünstigten nicht oder nicht rechtzeitig überprüft,	
7. entgegen Artikel 7 Absatz 4, auch in Verbindung mit Absatz 5, die Richtigkeit der Angaben zum Begünstigten nicht oder nicht rechtzeitig überprüft,	
8. entgegen Artikel 8 Absatz 1 Satz 1 keine wirksamen risikobasierten Verfahren einführt,	
9. entgegen Artikel 8 Absatz 2 Satz 2 den Transferauftrag nicht oder nicht rechtzeitig zurückweist oder die vorgeschriebenen Angaben zum Auftraggeber und zum Begünstigten nicht oder nicht rechtzeitig anfordert,	
10. entgegen Artikel 8 Absatz 2 Satz 1 keine Maßnahmen ergreift,	
11. entgegen Artikel 8 Absatz 2 Satz 2 das Versäumnis oder die ergriffenen Maßnahmen nicht meldet,	
12. entgegen Artikel 10 nicht dafür sorgt, dass alle Angaben zum Auftraggeber und zum Begünstigten, die bei einem Geldtransfer übermittelt werden, bei der Weiterleitung erhalten bleiben,	
13. entgegen Artikel 11 Absatz 1 keine wirksamen Verfahren zur Feststellung der ordnungsgemäßen Ausfüllung einrichtet,	
14. entgegen Artikel 11 Absatz 2 keine wirksamen Verfahren zur Feststellung	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
des Fehlens der dort genannten Angaben einrichtet,	
15. entgegen Artikel 12 Absatz 1 Satz 1 keine wirksamen risikobasierten Verfahren einführt,	
16. entgegen Artikel 12 Absatz 1 Satz 2 den Transferauftrag nicht oder nicht rechtzeitig zurückweist oder die vorgeschriebenen Angaben zum Auftraggeber und zum Begünstigten nicht oder nicht rechtzeitig anfordert,	
17. entgegen Artikel 12 Absatz 2 Satz 1 keine Maßnahmen ergreift,	
18. entgegen Artikel 12 Absatz 2 Satz 2 das Versäumnis oder die ergriffenen Maßnahmen nicht meldet oder	
19. entgegen Artikel 16 Absatz 1 Satz 2 Angaben zum Auftraggeber und zum Begünstigten nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt.“	
c) Absatz 6 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 2 wird die Angabe „Buchstabe k“ durch die Angabe „Buchstabe l“ ersetzt.	
bb) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:	
„3. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 2 Buchstabe a, Nummer 3 Buchstabe b bis e, g bis k und m, Nummer 5 bis 10, 13, 14 und 17a, der Absätze 4, 4b Nummer 1 bis 5 und des Absatzes 4c in Verbindung mit Absatz 1a mit einer Geldbuße bis zu zweihunderttausend Euro und“.	
d) Nach Absatz 6a wird folgender Absatz 6b eingefügt:	
„(6b) Gegenüber einer juristischen Person oder einer Personenvereinigung kann in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 11b bis 13 und in den Fällen des Absatzes 4 Nummer 1 bis 3, 8, 9 und 11 bis 15, sofern es sich um nachhaltige Verstöße handelt, eine über Absatz 6 hinausgehende Geldbuße verhängt werden; die Geldbuße darf den höheren der folgenden Beträge nicht übersteigen:	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. fünf Millionen Euro oder	
2. 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielt hat.“	
e) Der bisherige Absatz 6b wird Absatz 6c und wie folgt gefasst:	
„(6c) Über die in den Absätzen 6, 6a und 6b genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 11b bis 13, in den Fällen des Absatzes 4 Nummer 1 bis 3, 8, 9 und 11 bis 15 und in den Fällen der Absätze 4f bis 4h mit einer Geldbuße bis zum Zweifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.“	
f) Der bisherige Absatz 6c wird Absatz 6d und in Satz 1 in dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „ist“ durch die Wörter „und 6b Nummer 2 ist“ ersetzt.	
g) Der bisherige Absatz 6d wird Absatz 6e und in Satz 1 wird die Angabe „Absatz 6a“ durch die Wörter „den Absätzen 6a und 6b“ ersetzt.	
h) In Absatz 7 werden nach der Angabe „Absatz 6“ ein Komma und die Wörter „mit Ausnahme der Fälle nach Absatz 2 Nummer 11b bis 13, und in den Fällen des Absatzes 4 Nummer 1 bis 3, 8, 9 und 11 bis 15“ eingefügt.	
17. § 60b wird wie folgt geändert:	17. u n v e r ä n d e r t
a) In Absatz 1 werden nach der Angabe „Verordnung (EU) Nr. 575/2013“ die Wörter „oder der Verordnung (EU) 2015/847“ eingefügt.	
b) Dem Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:	
„Abweichend von Satz 1 sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald ihre Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist.“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Artikel 18	Artikel 18
Änderung des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1506), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 11. März 2016 (BGBl. I S. 396) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 10 Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 3 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	
b) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.	
c) Folgende Nummer 5 wird angefügt:	
„5. schwerwiegend, wiederholt oder systematisch gegen § 22 dieses Gesetzes, gegen das Geldwäschegesetz, gegen die Verordnung (EU) 2015/847 oder gegen die zur Durchführung dieser Vorschriften erlassenen Verordnungen oder vollziehbaren Anordnungen verstoßen wurde.“.	
2. In § 15 Absatz 1 wird die Angabe „Abs. 2 Nr. 3 und 4“ durch die Wörter „Absatz 2 Nummer 3 bis 5“ ersetzt und werden die folgenden Sätze angefügt:	
„In den Fällen des § 10 Absatz 2 Nummer 5 kann die Bundesanstalt auch die vorübergehende Abberufung der verantwortlichen Geschäftsleiter verlangen und ihnen vorübergehend die Ausübung einer Geschäftsleitertätigkeit bei dem Institut und bei einem anderen Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes untersagen. Die Anordnung nach Satz 2 kann die Bundesanstalt auch gegenüber jeder anderen Person treffen, die für den Verstoß verantwortlich ist.“	
3. In § 18 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 wird die Angabe „(EG) Nr. 1781/2006“ durch die Angabe „(EU) 2015/847“ ersetzt.	
4. § 22 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Satz 3 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:	
„4. unbeschadet der Pflichten der §§ 4 bis 7 des Geldwäschegesetzes angemessene	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Maßnahmen, einschließlich Datenverarbeitungssysteme, die die Einhaltung der Anforderungen des Geldwäschegesetzes und der Verordnung (EU) 2015/847 gewährleisten; soweit dies zur Erfüllung dieser Pflicht erforderlich ist, darf das Institut personenbezogene Daten erheben und verwenden.“	
b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Die §§ 6a, 24c, 25i, 25m und 60b des Kreditwesengesetzes sowie § 93 Absatz 7 und 8 in Verbindung mit § 93b der Abgabenordnung gelten für Institute im Sinne dieses Gesetzes entsprechend.“	
c) Die Absätze 3 und 3a werden aufgehoben.	
d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.	
e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und die Angabe „(EG) Nr. 1781/2006“ wird durch die Angabe „(EU) 2015/847“ ersetzt.	
5. In § 23 wird die Angabe „10 Abs. 2 Nr. 2 bis 4“ durch die Wörter „10 Absatz 2 Nummer 2 bis 5“ ersetzt.	
6. In § 26 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Zahlungsdienste“ die Wörter „oder das E-Geld-Geschäft“ eingefügt.	
7. § 32 Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
a) Nummer 10a wird aufgehoben.	
b) Die Nummern 11 bis 13 werden wie folgt gefasst:	
„11. entgegen § 22 Absatz 2 in Verbindung mit § 25i Absatz 1 des Kreditwesengesetzes die Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes nicht erfüllt,	
12. entgegen § 22 Absatz 2 in Verbindung mit § 25i Absatz 3 des Kreditwesengesetzes als Emittent von E-Geld keine Dateien führt,	
13. einer vollziehbaren Anordnung nach § 22 Absatz 2 in Verbindung mit § 25i Absatz 4 des Kreditwesengesetzes zuwiderhandelt oder“.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
c) Folgende Nummer 14 wird angefügt:	
„14. einer vollziehbaren Anordnung nach § 22 Absatz 4 zur Verhinderung und Unterbindung von Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2015/847 zuwiderhandelt.“	
Artikel 19	Artikel 19
Änderung des Kapitalanlagegesetzbuchs	u n v e r ä n d e r t
Das Kapitalanlagegesetzbuch vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 39 Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 6 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
b) Folgende Nummer 7 wird angefügt:	
„7. die Kapitalverwaltungsgesellschaft schwerwiegend, wiederholt oder systematisch gegen die Bestimmungen des Geldwäschegesetzes verstoßen hat.“	
2. § 44 Absatz 5 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
b) Folgende Nummer 4 wird angefügt:	
„4. die AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft schwerwiegend, wiederholt oder systematisch gegen die Bestimmungen des Geldwäschegesetzes verstoßen hat.“	
Artikel 20	Artikel 20
Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Versicherungsaufsichtsgesetz vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	
a) Die Angabe zu § 54 wird wie folgt gefasst:	
„§ 54 Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf den Bezugsberechtigten“.	
b) Die Angabe zu § 55 wird wie folgt gefasst:	
„§ 55 Verstärkte Sorgfaltspflichten“.	
c) Die Angabe zu § 56 wird wie folgt gefasst:	
„§ 56 (weggefallen)“.	
2. § 52 wird wie folgt gefasst:	
„§ 52 Verpflichtete Unternehmen	
Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für alle Versicherungsunternehmen im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 7 des Geldwäschegesetzes.“	
3. § 53 wird wie folgt gefasst:	
„§ 53 Interne Sicherungsmaßnahmen	
(1) Die verpflichteten Unternehmen dürfen im Einzelfall einander Informationen übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Empfänger der Informationen diese für die Beurteilung der Frage benötigt, ob ein Sachverhalt nach § 43 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zu melden oder eine Strafanzeige nach § 158 der Strafprozessordnung zu erstatten ist. Der Empfänger darf die Informationen ausschließlich verwenden, um Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung oder sonstige strafbare Handlungen zu verhindern oder nach § 158 der Strafprozessordnung anzuzeigen. Er darf die Informationen nur unter den durch das übermittelnde Versicherungsunternehmen vorgegebenen Bedingungen verwenden.	
(2) Sofern die verpflichteten Unternehmen eine interne Revision vorhalten, haben sie sicherzustellen, dass ein Bericht über das Ergebnis einer Prüfung der internen Revision nach § 6 Absatz 2 Nummer 7 des Geldwäschegesetzes jeweils zeit-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
nah der Geschäftsleitung, dem Geldwäschebeauftragten sowie der Aufsichtsbehörde vorgelegt wird.“	
4. § 54 wird wie folgt gefasst:	
„§ 54	
Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf den Bezugsberechtigten	
<p>(1) Ein verpflichtetes Unternehmen ist unbeschadet des § 10 Absatz 1 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes bei Begründung der Geschäftsbeziehung auch zur Feststellung der Identität eines vom Versicherungsnehmer abweichenden Bezugsberechtigten aus dem Versicherungsvertrag nach Maßgabe des § 11 Absatz 5 des Geldwäschegesetzes verpflichtet. Soweit Bezugsberechtigte nach Merkmalen oder nach Kategorien oder auf andere Weise bestimmt werden, holt das verpflichtete Unternehmen ausreichende Informationen über diese ein, um sicherzustellen, dass es zum Zeitpunkt der Auszahlung in der Lage sein wird, ihre Identität festzustellen und zu überprüfen. Handelt es sich bei dem Versicherungsnehmer oder bei einem vom Versicherungsnehmer abweichenden Bezugsberechtigten um eine juristische Person oder um eine Personenvereinigung, so haben die verpflichteten Unternehmen gegebenenfalls auch deren wirtschaftlich Berechtigten nach Maßgabe des § 11 Absatz 5 des Geldwäschegesetzes zu identifizieren.</p>	
<p>(2) Ein verpflichtetes Unternehmen hat die Pflicht nach § 10 Absatz 1 Nummer 4 des Geldwäschegesetzes auch in Bezug auf den vom Versicherungsnehmer abweichenden Bezugsberechtigten und gegebenenfalls in Bezug auf dessen wirtschaftlich Berechtigten zu erfüllen. Abweichend von § 11 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes stellen die verpflichteten Unternehmen im Fall einer ganz oder teilweise an einen Dritten erfolgten Abtretung einer Versicherung, nachdem sie hierüber informiert wurden, die Identität des Dritten und gegebenenfalls die Identität seines wirtschaftlich Berechtigten fest, wenn die Ansprüche aus der übertragenen Police abgetreten werden. Die Überprüfung der Identität eines vom Versicherungsnehmer abweichenden Bezugsberechtigten und gegebenenfalls die Identität von dessen wirtschaftlich Berechtigten kann auch nach Begrün-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>derung der Geschäftsbeziehung abgeschlossen werden, spätestens jedoch zu dem Zeitpunkt, zu dem die Auszahlung vorgenommen wird oder der Bezugsberechtigte seine Rechte aus dem Versicherungsvertrag in Anspruch zu nehmen beabsichtigt.</p>	
<p>(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 erhobenen Angaben und eingeholten Informationen sind von dem verpflichteten Unternehmen nach Maßgabe des § 8 des Geldwäschegesetzes aufzuzeichnen und aufzubewahren. § 43 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes ist entsprechend anzuwenden.“</p>	
<p>5. § 55 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„§ 55</p>	
<p>Verstärkte Sorgfaltspflichten</p>	
<p>Handelt es sich bei einem vom Vertragspartner abweichenden Bezugsberechtigten oder, sofern vorhanden, um den wirtschaftlich Berechtigten des Bezugsberechtigten, um eine politisch exponierte Person, um deren Familienangehörigen oder um eine ihr bekanntermaßen nahestehende Person nach § 1 Absatz 12, 13 oder 14 des Geldwäschegesetzes, haben die verpflichteten Unternehmen, wenn sie ein höheres Risiko der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung feststellen, über die in § 15 Absatz 4 des Geldwäschegesetzes genannten Pflichten hinaus zusätzlich</p>	
<p>1. vor einer Auszahlung ein Mitglied der Führungsebene zu informieren,</p>	
<p>2. die gesamte Geschäftsbeziehung zu dem Versicherungsnehmer einer verstärkten Überprüfung zu unterziehen,</p>	
<p>3. zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Meldung nach dem Geldwäschegesetz gegeben sind.“</p>	
<p>6. § 56 wird aufgehoben.</p>	
<p>7. § 303 Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>a) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „die Bestimmungen dieses Gesetzes“ die Wörter „, mit Ausnahme der Vorschriften des Teils 2 Kapitel 1 Abschnitt 6“ eingefügt, werden die Wörter „des Geldwäschegeset-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
zes,“ und das Wort „oder“ am Ende gestrichen und wird nach dem Wort „fortsetzt“ ein Komma eingefügt.	
b) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.	
c) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt:	
„4. die Person vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Bestimmungen des Teils 2 Kapitel 1 Abschnitt 6 dieses Gesetzes, gegen das Geldwäschegesetz oder gegen die zur Durchführung dieser Vorschriften erlassenen Verordnungen oder vollziehbaren Anordnungen verstoßen hat, sofern die Verstöße schwerwiegend, wiederholt oder systematisch sind.“	
8. § 304 Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „die ihm nach dem Gesetz“ die Wörter „, mit Ausnahme der Vorschriften des Teils 2 Kapitel 1 Abschnitt 6,“ eingefügt und wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	
b) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.	
c) Folgende Nummer 4 wird angefügt:	
„4. das Unternehmen schwerwiegend, wiederholt oder systematisch gegen die Bestimmungen des Teils 2 Kapitel 1 Abschnitt 6 dieses Gesetzes oder gegen das Geldwäschegesetz oder gegen die zur Durchführung dieser Vorschriften erlassenen Verordnungen oder vollziehbaren Anordnungen der Aufsichtsbehörde verstößt.“	
9. § 319 wird wie folgt geändert:	
a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	
„Eine Bekanntmachung darf nicht erfolgen, wenn die Maßnahmen nach Satz 1 nicht ausreichend sind, um eine Gefährdung der Finanzmarktstabilität auszuschließen oder um die Verhältnismäßigkeit der Bekanntmachung sicherzustellen.“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	
„(3) Eine Bekanntmachung soll fünf Jahre auf der Internetseite der Bundesanstalt veröffentlicht bleiben. Abweichend von Satz 1 sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald die Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist.“	
10. § 332 wird wie folgt geändert:	
a) Nach Absatz 4e wird folgender Absatz 4f eingefügt:	
„(4f) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig	
1. entgegen § 54 Absatz 1 Satz 1 die Identität eines vom Versicherungsnehmer abweichenden Bezugsberechtigten nicht oder nicht richtig feststellt,	
2. entgegen § 54 Absatz 1 Satz 2 keine ausreichenden Informationen über die von Versicherungsnehmern abweichenden Bezugsberechtigten einholt,	
3. entgegen § 54 Absatz 1 Satz 3 den wirtschaftlich Berechtigten nicht identifiziert,	
4. entgegen § 54 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit § 10 Absatz 1 Nummer 4 des Geldwäschegesetzes nicht abklärt, ob es sich bei einem vom Versicherungsnehmer abweichenden Bezugsberechtigten und gegebenenfalls bei dessen wirtschaftlich Berechtigtem um eine politisch exponierte Person, um deren Familienangehörigen oder um eine dieser bekanntermaßen nahestehende Person handelt,	
5. entgegen § 54 Absatz 2 Satz 2 die Identität des Dritten und die seines wirtschaftlich Berechtigten nicht feststellt,	
6. entgegen § 54 Absatz 2 Satz 3 die Überprüfung der Identität nicht oder nicht rechtzeitig vornimmt,	
7. entgegen § 55 Nummer 1 vor einer Auszahlung ein Mitglied der Führungsebene nicht informiert.“	
b) In Absatz 5 werden die Wörter „des Absatzes 3 Nummer 2 Buchstabe a und Nummer 3	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
und des Absatzes 4“ durch die Wörter „des Absatzes 3 Nummer 2 Buchstabe a und Nummer 3, der Absätze 4 und 4f“ ersetzt.	
c) Nach Absatz 6a wird folgender Absatz 6b eingefügt:	
„(6b) Gegenüber einer juristischen Person oder einer Personenvereinigung kann in den Fällen des Absatzes 4f, sofern es sich um schwerwiegende, wiederholte oder systematische Verstöße handelt, über Absatz 5 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro oder 10 Prozent des Gesamtsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielt hat, nicht übersteigen.“	
d) In Absatz 7 Satz 1 werden die Wörter „Absätzen 5, 6 und 6a“ durch die Wörter „Absätzen 5, 6, 6a und 6b“ ersetzt und wird nach den Wörtern „des Absatzes 4d“ die Angabe „und 4f“ eingefügt.	
e) In Absatz 8 werden die Wörter „des Absatzes 6 und 6a“ durch die Wörter „der Absätze 6, 6a und 6b“ ersetzt.	
f) Absatz 9 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „Absatz 4d und 4e“ durch die Wörter „den Absätzen 4d, 4e und 4f“ ersetzt.	
bb) In Satz 3 werden die Wörter „Absatz 4d und 4e“ durch die Wörter „den Absätzen 4d, 4e und 4f“ ersetzt.	
Artikel 21	Artikel 21
Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 36 Absatz 2 Satz 1 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. November 2016 (BGBl. I S. 2722) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Nummer 2 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.	
3. Folgende Nummer 4 wird angefügt:	
„4. an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Geldwäschegesetz.“	
Artikel 22	Artikel 22
Änderung weiterer Rechtsvorschriften	u n v e r ä n d e r t
(1) In § 25c Absatz 6 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 2005 (BGBl. I S. 386), das zuletzt durch Artikel 20 Absatz 7 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) geändert worden ist, werden die Wörter „mit Ausnahme der Identifizierungspflicht in Verdachtsfällen nach § 6 dieses Gesetzes“ gestrichen.	
(2) Die Wirtschaftsprüferordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 1975 (BGBl. I S. 2803), die zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In § 133d werden die Wörter „§ 17 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 56 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
2. In § 133e Absatz 1 werden die Wörter „§ 17 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 56 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
(3) In § 111 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3346) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 8 Absatz 1 Satz 6 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 8 Absatz 2 Satz 4 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
(4) In der Verordnung über die Erhebung von Gebühren und die Umlegung von Kosten nach dem Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 29. April 2002 (BGBl. I S. 1504, 1847), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 77 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, wird die Anlage (Gebührenverzeichnis) wie folgt geändert:	
1. In Nummer 1.1.10.4 werden in der Spalte „Gebührentatbestand“ die Wörter „25n KWG, auch in Verbindung mit § 3 Absatz 2 Satz 4 GwG“ durch	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
die Wörter „25i KWG, auch in Verbindung mit § 10 Absatz 7 GwG“ ersetzt.	
2. In Nummer 1.1.10.4.1 wird in der Spalte „Gebührentatbestand“ die Angabe „§ 25n Absatz 4 KWG“ durch die Angabe „§ 25i Absatz 4 KWG“ ersetzt.	
3. Nummer 1.1.10.4.2. wird aufgehoben.	
4. In Nummer 7.1 werden in der Spalte „Gebührentatbestand“ die Wörter „§ 9 Abs. 2 Nr. 2 GwG (§ 9 Absatz 5 Satz 1 GwG)“ durch die Wörter „§ 6 Absatz 2 Nummer 4 GwG (§ 6 Absatz 8 GwG)“ ersetzt.	
5. In Nummer 7.2 werden in der Spalte „Gebührentatbestand“ die Wörter „(§ 9 Absatz 4 Satz 1 GwG)“ durch die Wörter „(§ 7 Absatz 3 Satz 1 GwG)“ ersetzt.	
6. In Nummer 7.3 wird in der Spalte „Gebührentatbestand“ die Angabe „§ 16 Absatz 1 GwG“ durch die Wörter „§ 51 Absatz 1, 2 oder 5 GwG“ ersetzt.	
7. In Nummer 7.3.1 werden in der Spalte „Gebührentatbestand“ die Wörter „§ 16 Absatz 1 Satz 2 GwG“ durch die Angabe „§ 51 Absatz 2 GwG“ ersetzt.	
8. In Nummer 7.3.2 werden in der Spalte „Gebührentatbestand“ die Wörter „§ 16 Absatz 1 Satz 5 GwG“ durch die Angabe „§ 51 Absatz 5 GwG“ ersetzt.	
(5) In § 16 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 der Zahlungsinstituts-Prüfungsberichtsverordnung vom 15. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3648), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 9 Absatz 2 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 7 Absatz 1, 5 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
(6) In § 36 Absatz 1 Nummer 3 des Zahlungskontengesetzes vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) werden die Wörter „§ 3 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Geldwäschegesetzes“ und die Wörter „§ 12 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 47 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
(7) § 1 der Zahlungskonto-Identitätsprüfungsverordnung vom 5. Juli 2016 (BAz AT 06.07.2016 V1) wird wie folgt geändert:	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 1 werden die Wörter „§ 4 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes ist, die Geburtsurkunde in Verbindung mit der Überprüfung der Identität des gesetzlichen Vertreters anhand eines Dokuments nach § 4 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes ist, die Geburtsurkunde in Verbindung mit der Überprüfung der Identität des gesetzlichen Vertreters anhand eines Dokuments nach § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
b) In Nummer 2 werden die Wörter „§ 4 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
2. Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 1 werden die Wörter „§ 4 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
b) In Nummer 2 werden die Wörter „§ 4 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Geldwäschegesetzes“ ersetzt.	
	Artikel 23
	Änderung des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten
	§ 31 Absatz 4 des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes] wird wie folgt geändert:
	1. In Satz 1 werden die Wörter „§ 11 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit § 13 Absatz 1 und 3“ durch die Wörter „§ 13 in Verbindung mit § 29 Absatz 1 und 2“ ersetzt.
	2. In Satz 5 wird die Angabe „§ 11 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 29 Absatz 8“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Artikel 23	Artikel 24
Inkrafttreten, Außerkrafttreten	Inkrafttreten, Außerkrafttreten
<p>Dieses Gesetz tritt am 26. Juni 2017 in Kraft. Gleichzeitig tritt das <i>Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten</i> vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) geändert worden ist, außer Kraft.</p>	<p>(1) Dieses Gesetz tritt am ... [einsetzen: 26. Juni 2017, sofern die Verkündung vor diesem Datum erfolgt, oder, sofern die Verkündung am oder nach dem 26. Juni 2017 erfolgt, das Datum des Tages nach der Verkündung] in Kraft. Gleichzeitig tritt das Geldwäschegesetz vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) geändert worden ist, außer Kraft.</p>
	<p>(2) Artikel 23 tritt am 25. Mai 2018 in Kraft.</p>

Bericht der Abgeordneten Dr. Frank Steffel und Dr. Jens Zimmermann

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf **Drucksachen 18/11555, 18/11928** in seiner 225. Sitzung am 23. März 2017 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Innenausschuss, dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates²⁾ (im Folgenden: Vierte Geldwäscherichtlinie) ist von den Mitgliedstaaten bis zum 26. Juni 2017 umzusetzen. Bis zum 26. Juni 2017 haben die Mitgliedstaaten zudem Vorschriften zur Durchführung der Verordnung (EU) 2015/847³⁾ (im Folgenden: Geldtransferverordnung) zu erlassen.

Die Vierte Geldwäscherichtlinie hebt die Dritte Geldwäscherichtlinie (Richtlinie 2005/60/EG) auf und passt die europäischen Regelungen an die 2012 überarbeiteten Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF) an. Damit sind die Vorgaben für die nationale Gesetzgebung zur Verhinderung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung angepasst und erweitert worden. Die neuen Regelungen sehen unter anderem vor

- eine Stärkung des risikobasierten Ansatzes: Zukünftig müssen die geldwäscherechtlich Verpflichteten über ein ihrer Geschäftstätigkeit angemessenes Risikomanagement verfügen. Dies beinhaltet, dass die Verpflichteten ihr jeweiliges Risiko der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, vor allem unter Berücksichtigung der Kundenstruktur und der angebotenen Produkte und Dienstleistungen prüfen und ihre Maßnahmen zur Minderung des Risikos danach ausrichten,
- die Einrichtung eines elektronischen Transparenzregisters der wirtschaftlich Berechtigten: Juristische Personen des Privatrechts, eingetragene Personengesellschaften, Trusts und Rechtsgestaltungen, die in ihrer Struktur und Funktion Trusts ähneln, müssen Angaben zu ihren wirtschaftlich Berechtigten an ein zentrales Register melden,
- eine Harmonisierung der Bußgeldbewehrung von Verstößen gegen geldwäscherechtliche Pflichten. Die neuen Regeln der Geldtransferverordnung, die an die Stelle der Verordnung (EG) Nr. 1781/2006 tritt, erfordern nationale Bestimmungen zur ihrer Durchführung, darunter eine Anpassung der Sanktionen.

Das Gesetz soll die Vierte Geldwäscherichtlinie umsetzen. Dazu wird das bestehende Geldwäschesgesetz neu gefasst, weitere Gesetze werden angepasst. Zudem soll die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen bei der Generalzolldirektion eingerichtet werden. Sie soll geldwäscherechtliche Meldungen entgegennehmen, analysieren und bei einem Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung an die zuständigen öffentlichen Stellen weiterleiten. Ihr kommt damit eine wichtige Filterfunktion zu.

Darüber hinaus werden in diesem Gesetz zur Begleitung der Geldtransferverordnung unter anderem die verwaltungsrechtlichen Sanktionen und Maßnahmen angepasst, deren Bekanntmachung geregelt und die zuständigen Behörden für die Überwachung und Einhaltung der Vorgaben der Geldtransferverordnung bestimmt.

²⁾ Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70 der Kommission (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73).

³⁾ Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1781/2006 (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 1).

III. Öffentliche Anhörung

Der Finanzausschuss hat in seiner 110. Sitzung am 24. April 2017 eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksachen 18/11555, 18/11928 durchgeführt. Folgende Einzelsachverständige, Verbände und Institutionen hatten Gelegenheit zur Stellungnahme:

1. Bund Deutscher Kriminalbeamter e. V., Sebastian Fiedler
2. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
3. Bundessteuerberaterkammer
4. Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
5. Cash Payment Solutions GmbH
6. Deutscher Lotto- und Totoblock (DLTB)
7. Die Deutsche Kreditwirtschaft
8. Frank, Andreas
9. Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. GDV
10. Kirchhof, Prof. Dr. Gregor, Universität Augsburg
11. Meinzer, Markus, Tax Justice Netzwerk, Steuergerechtigkeit Deutschland
12. Prepaid Verband Deutschland e. V., Dr. Hartwig Gehrhartinger / Jonny Natelberg
13. Transparency International Deutschland e. V., Caspar von Hauenschild
14. Verband der Automobilindustrie e. V. (VDA), Dr. Ralf Scheibach

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatungen eingegangen. Das Protokoll einschließlich der eingereichten schriftlichen Stellungnahmen ist der Öffentlichkeit zugänglich.

IV. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 117. Sitzung am 17. Mai 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme des Gesetzentwurfs.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Gesetzentwurf in seiner 147. Sitzung am 17. Mai 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme des Gesetzentwurfs.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 106. Sitzung am 17. Mai 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme des Gesetzentwurfs.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Gesetzentwurf in seiner 86. Sitzung am 17. Mai 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme des Gesetzentwurfs.

Der **Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung** hat sich in seiner 60. Sitzung am 22. März 2017 mit dem Gesetzentwurf gutachtlich befasst und festgestellt, dass eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzentwurfs gegeben und die Darstellung der Nachhaltigkeitsprüfung im Gesetzentwurf plausibel, wenn auch recht allgemein gehalten seien. Eine Prüfbitte sei nicht erforderlich.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 18/11555, 18/11928 in seiner 108. Sitzung am 29. März 2017 erstmalig beraten und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Nach Durchführung der Anhörung am 24. April 2017 hat der Finanzausschuss die Beratung des Gesetzentwurfs in seiner 111. Sitzung am 26. April 2017 fortgeführt und in seiner 114. Sitzung am 17. Mai 2017 abgeschlossen.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksachen 18/11555, 18/11928 in geänderter Fassung.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** betonten, man habe sich bemüht, die Vierte europäische Geldwäscherichtlinie mindestens mit den gleichen Standards umzusetzen, wie sie in den anderen Mitgliedstaaten der EU vorgesehen würden. Ziel sei die Bekämpfung und Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Man sei bei der Gesetzgebung verantwortungsvoll mit den geregelten Sorgfaltspflichten umgegangen und habe die Bürokratielasten in Grenzen gehalten. Mehr als 99 Prozent derer, die nun im neu geschaffenen Transparenzregister ihre Daten veröffentlichen müssten, würden weder Geldwäsche betreiben noch zur Terrorismusfinanzierung beitragen. Daher habe man diese Unternehmen, Mitbürgerinnen und Mitbürger, Organisationen und Verbände auch vor ausufernder Bürokratie schützen müssen. Beim Thema der Politisch exponierten Personen (PEP) hätten die Beratungen auch das persönliche Umfeld der Abgeordneten im Deutschen Bundestag berührt. Daher habe man sensibel gearbeitet, damit klar werde, dass keine Sonderregelungen zugunsten der PEP geschaffen worden seien. Man erwarte außerdem von der Bundesregierung und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, dass im Zuge der geplanten Überarbeitung der Geldwäscherichtlinie und einer anstehenden Anpassung der Hinweise der Deutschen Kreditwirtschaft für mehr Rechtssicherheit beim Umgang mit Politisch exponierten Personen (PEP) gesorgt werde.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD unterstrichen, die weiterführenden Diskussionen auf europäischer Ebene verfolge man genau. Die anstehende Fünfte europäische Geldwäscherichtlinie sei eine Gelegenheit, die im laufenden Beratungsprozess geführten Debatten, wie etwa über die Frage der Öffentlichkeit des Transparenzregisters, voranzutreiben. Es gebe unterschiedliche Auffassungen über die verfassungsrechtliche Beurteilung eines vollständig öffentlichen Transparenzregisters. Die jetzt vorgesehenen Einschränkungen beim Zugriff könnten auch die Gefahr bergen, Bürokratie zu schaffen, ohne diejenigen, die tatsächlich Zugriff auf das Transparenzregister haben wollten, daran zu hindern. Man werde dazu nun praktische Erfahrungen sammeln. Auf jeden Fall sei schon mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die intendierte Wirkung, Nichtregierungsorganisationen und Journalisten einen Zugang zum Transparenzregister zu gewährleisten, erfüllt worden.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD betonten außerdem: Ein wichtiger Punkt des Gesetzgebungsverfahrens sei die Einrichtung der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen bei der Generalzolldirektion. Das Bundesministerium der Finanzen habe mit einer Aufzeichnung Klarheit geschaffen, dass die Struktur der Geldwäschebekämpfung in Deutschland tatsächlich gestärkt und nicht etwa geschwächt werde. Bei der Frage der Automatenkasinos müssten jenseits des vorliegenden Gesetzentwurfs mit der Branche weiterhin gemeinsam Lösungen für die Geldwäscheproblematik beim Automatenglücksspiel gesucht werden. Darüber hinaus solle eine unnötige Doppelbelastung der Stiftungen durch Pflichten hinsichtlich des Transparenzregisters und eines möglichen Stiftungsregisters vermieden werden.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD verdeutlichten, für Güterhändler werde im Vergleich zur aktuellen Rechtslage eine Erleichterung geschaffen, da die Pflicht, interne Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen, nunmehr nur für Güterhändler gelte, die Barzahlungen ab 10 000 Euro annehmen oder tätigen würden:

Nach dem aktuell geltenden Geldwäschegesetz müssten Güterhändler unabhängig von Bargeldschwellen interne Sicherungsmaßnahmen ergreifen. Sie müssten angemessene geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen, die der Verhinderung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung dienen, entwickeln und aktualisieren. Sie müssten außerdem Verfahren und Informationen zur Unterrichtung der Beschäftigten über Typologien und aktuelle Methoden der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung und die zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bestehenden Pflichten durch geeignete Maßnahmen bereitstellen sowie

geeignete risikoorientierte Maßnahmen zur Prüfung der Zuverlässigkeit der Beschäftigten ergreifen. Der Gesetzentwurf sehe demgegenüber in § 4 Abs. 4 GwG-E vor, dass Güterhändler über ein wirksames Risikomanagement, einschließlich interne Sicherungsmaßnahmen, nur verfügen müssten, soweit sie im Rahmen einer Transaktion Barzahlungen über mindestens 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen würden.

Im Übrigen bleibe es bei der aktuellen Rechtslage: Güterhändler müssten Sorgfaltspflichten erfüllen, wenn sie eine bestimmte Bargeldschwelle überschreiten würden (wenn sie also Barzahlungen ab 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen würden; nach dem aktuellen GwG 15 000 Euro). Unabhängig von Bargeldschwellen müssten Güterhändler die Sorgfaltspflichten nur bei Auffälligkeiten bzw. Verdachtsmomenten erfüllen (§ 10 Abs. 6 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GwG-E); Nachforschungen oder Prüfungen seien hierbei nicht erforderlich. Unabhängig von Bargeldschwellen würden Güterhändler zudem entsprechend der aktuellen Rechtslage der Verdachtsmeldepflicht nach § 43 Abs. 1 GwG-E unterliegen. Auch diese Pflicht greife nur bei Auffälligkeiten.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD wiesen darauf hin, die Bundesregierung habe dem Bundesrat eine Prüfung der Überarbeitung der Begriffsbestimmung der Finanzunternehmen (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 GwG-E) zugesagt. Das Problem sei sehr komplex. Seine Lösung bedürfe daher vertiefter Prüfung und schließlich der Abstimmung mit den Ländern. Eine Änderung der Definition werde daher im nächsten Gesetzgebungsverfahren angestrebt.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD wiesen darauf hin, das Geschäftsmodell, wonach Rechnungen für Online-Geschäfte oder Strom in bar zum Beispiel an der Supermarktkasse bezahlt werden könnten, werde weiterhin von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beobachtet, um eventuelle Risiken für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung besser einschätzen zu können. Die Koalitionsfraktionen würden erwarten, dass dieses Thema im Rahmen der nationalen Umsetzung der Änderungsrichtlinie zur Vierten Geldwäscherichtlinie, die momentan noch auf EU-Ebene verhandelt werde, erneut aufgegriffen und gegebenenfalls geldwäscherechtlich geregelt wird.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD betonten, das über die Bundesnotarkammer vorgebrachte Petition, zur Steigerung der Qualität der Daten der GmbH-Gesellschafterlisten und zur Erleichterung der geplanten Einreichung dieser Listen in elektronisch weiterverarbeitbarer Form künftig eine alleinige Einreichungszuständigkeit beim Notar anzusiedeln (durch entsprechende Änderung des § 40 GmbHG), sei erörtert worden. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz habe sich aufgeschlossen gezeigt, im Zuge des künftigen Verordnungserlasses zum elektronischen Einreichungsmodus der Gesellschafterliste auch das bisherige System der Einreichungszuständigkeit, wonach der Geschäftsführer für alle Listeneinreichungen bei Veränderungen zuständig sei, an denen ein Notar nicht mitgewirkt habe, zu überdenken. Es sei allerdings vorzuzugswürdig, eine derartige Systemänderung nicht überstürzt „bei Gelegenheit“ der Umsetzung der Vierten Geldwäscherichtlinie umzusetzen, sondern diesen Vorschlag – in enger Absprache mit den Ländern sowie den beteiligten Kreisen – im Zuge einer geplanten Modernisierung der elektronischen Einreichung der Gesellschafterliste zu diskutieren.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD unterstrichen außerdem, um zu erschweren, dass die Einsichtnahme in das Transparenzregister nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 und 3 GwG-E unter Vorspiegelung einer falschen Identität stattfindet, sollten verschiedene Maßnahmen in der Rechtsverordnung geregelt werden, die die Einzelheiten der Einsichtnahme gemäß § 23 Abs. 5 GwG-E betreffe. Solche Maßnahmen könnten erstens die Verifikation einer E-Mail Adresse umfassen, indem an eine angegebene E-Mail Adresse ein Bestätigungslink versendet werde. Zweitens könnte die Personalausweisnummer der einsichtnehmenden Person abgefragt werden. Drittens sei denkbar, dass bei Unternehmen, die Einsicht nehmen würden, zusätzlich die Umsatzsteueridentnummer abgefragt werde.

Bei Personen und Organisationen mit berechtigtem Interesse könnten weitere Maßnahmen durch Rechtsverordnung geregelt werden, um die Einsichtnahme im Sinne von § 23 Abs. 1 Nr. 3 GwG-E zu gewährleisten: Ein berechtigtes Interesse bestehe insbesondere, wenn ein Bezug zur Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche, deren Vortaten oder Terrorismusfinanzierung nachvollziehbar vorgebracht werde. Ein solcher Bezug sei beispielsweise mittels leicht zugänglicher Dokumente, wie etwa der Satzung oder dem Mandat von Nichtregierungsorganisationen, zu belegen, auf vorausgegangene einschlägige Tätigkeiten zu stützen oder auf entsprechende Untersuchungen, etwa durch Journalisten. Für Journalisten könnte zudem der Journalistenausweis Grundlage für die Darlegung der Einsichtsberechtigung sein.

Die Einsichtnahme unter Vorspiegelung falscher Tatsachen stelle nach § 56 Abs. 1 Nr. 59 GwG-E eine Ordnungswidrigkeit dar. In diesem Fall könnten die Strafverfolgungsbehörden auch nach derzeitiger Rechtslage die statische IP-Adresse, soweit vorhanden, von einem Provider zur Aufklärung der Ordnungswidrigkeit herausverlangen. Zudem hätten sie die Befugnis, von einem Anbieter kommerzieller E-Maildienste die Kennung und den angegebenen Inhaber eines elektronischen Postfachs zu erfragen. Werde die Einsichtnahme zur Begehung von Straftaten vorgenommen, so könnten die Strafverfolgungsbehörden bereits nach derzeitiger Rechtslage auch die dynamische IP-Adresse vom Provider herausverlangen.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderten die Bundesregierung auf, die Gespräche mit den Ländern im Hinblick auf eine angemessene Ausübung der Geldwäscheaufsicht im Nichtfinanzsektor und im Hinblick auf eine sinnvolle Aufsichtsstruktur zu forcieren. Zur Begründung führten die Fraktionen an, die Aufsicht von Geldwäsche und Terrorfinanzierung im Nichtfinanzsektor obliege nach § 16 GwG keiner zentralen Behörde, sondern sei in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich geregelt. Hierdurch würden sich Effizienzverluste in der Bekämpfung der Geldwäsche ergeben, die zum Teil, auch mit einer über Jahre andauernden dünnen Personalausstattung und fehlender IT in Verbindung stehen würden. Hier seien Verbesserungen dringend geboten; die generelle Schlagkräftigkeit Deutschlands im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung müsse weiter gestärkt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, das vorgelegte Ergebnis der Umsetzung der Vierten Geldwäscherichtlinie müsste man eigentlich ablehnen, weil es mangelhaft ausgefallen sei. Dass man sich dennoch nur enthalte, sei der Tatsache geschuldet, dass man keine falschen Signale senden wolle. Die Fraktion DIE LINKE. stehe zur Umsetzung von EU-Recht und zur Geldwäschebekämpfung. Man habe versucht, mit den drei vorgelegten Änderungsanträgen die wichtigsten Schwachstellen der vorliegenden Gesetzgebung zu adressieren.

Der erste Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. solle Abhilfe schaffen, dass Verpflichtete aus der Pflicht entlassen würden, einen echten wirtschaftlich Berechtigten zu identifizieren, insofern sie stattdessen von der Fiktion Gebrauch machen und die gesetzlichen Vertreter, geschäftsführenden Gesellschafter oder Partner als wirtschaftlich Berechtigte eintragen könnten. Damit werde Verschleierung möglich und ein Kernelement der Geldwäschebekämpfung ausgehöhlt. Die Streichung dieser Möglichkeit würde dieses Problem heilen.

Mit dem zweiten Änderungsantrag solle der Durchgriff auf den wirtschaftlich Berechtigten sichergestellt werden. Der Gesetzentwurf verlange nur dann von Anteilseignern, Informationen zu melden, wenn diese selber wirtschaftlich Berechtigte seien oder von diesen kontrolliert würden. Dies entspreche nicht den Vorgaben der europäischen Richtlinie. Eine solche Begrenzung spiele der Finanzindustrie in die Hände und begünstige die Verschleierung von Identitäten zu Geldwäschezwecken.

Der dritte Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. wolle die Öffentlichkeit des Transparenzregisters sicherstellen. Bereits vor einem Jahr habe die Fraktion die LINKE. im Zuge der Diskussion um die Panama Papers einen Antrag auf Öffentlichkeit der Register eingebracht. Niemand könne verstehen, dass es eine große Zahl von Briefkastenfirmen gebe, deren wirtschaftlich Berechtigte verschleiert würden. Die nun vorgesehenen Regelungen würden kein öffentliches Transparenzregister vorsehen. Die Fraktion DIE LINKE. wolle mit Änderungsantrag Nummer 3 dafür sorgen, dass die Forderungen der damit befassten Nichtregierungsorganisationen, die sie mit vielen Tausend Unterschriften zur öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf unterstrichen hätten, umgesetzt würden: Das Transparenzregister müsse vollständig öffentlich sein.

Bei der Neuausrichtung der Financial Intelligence Unit (FIU) sei stark zu bezweifeln, dass diese ihre Filterfunktion überhaupt wirkungsvoll wahrnehmen könne. Ohne Zugriff auf relevante polizeiliche Daten werde sie schwer analysieren, bzw. feststellen können, ob der gemeldete Sachverhalt in Zusammenhang mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung stehe. Auch sei unklar, auf welcher Grundlage Verdachtsmeldungen künftig nicht an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet würden. Darüber hinaus erscheine der Personalansatz im Verhältnis zu den neuen Aufgaben unzulänglich und drohe auch in Hinsicht auf die erforderliche Qualifizierung des Personals, die nicht gewährleistet sei, zu scheitern. Der Sachverständige des Bundes der deutschen Kriminalbeamten habe in der Anhörung zu verstehen gegeben, dass die mit der Bekämpfung der Geldwäsche befassten Mitarbeiter so überlastet seien, dass die Situation „nahe bei der Stravereitelung im Amt“ liege. Kritik in diesem Punkt äußere auch der Bundesrat (18/11928). Selbst nach Einrichtung des geplanten Transparenzregisters werde die Verfügbarkeit von genügend qualifiziertem Personal entscheidend dafür sein, ob mit den gesammelten Daten tatsächlich Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wirksamer als bisher bekämpft werden könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, sie werde dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, obwohl es sinnvoll sei, die Vierte Geldwäscherichtlinie umzusetzen. Dennoch könne man an der Financial Intelligence Unit (FIU) ablesen, dass in Deutschland ein Gesamtansatz bei der Geldwäschebekämpfung fehle. Die Verlagerung und partielle Aufstockung von Personal, das mit der Auswertung von qualitativ unzulänglichen Daten beschäftigt sei, würden nicht ausreichen, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in Deutschland tatsächlich aufzudecken. Es fehle ein stärkerer Impuls aus dem Finanzausschuss, mit den Ländern zusammen zu einer funktionierenden gemeinsamen Architektur zu gelangen. Es vermisse das Engagement der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, das Problem gemeinsam mit den Ländern anzupacken. Die vorliegende Gesetzgebung bleibe daher Stückwerk.

Die Öffentlichkeit des Transparenzregisters sei mit dem Hinweis auf die noch fehlende EU-rechtliche Grundlage für einen solchen Eingriff in nationale Datenschutzbelange von den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung abgelehnt worden. Dies wäre nur dann nachvollziehbar, wenn Deutschland versuchen würde, die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen auf EU-Ebene zu schaffen. Nach seinen Eindrücken werde Deutschland aber stattdessen entsprechende Regelungen bei den Verhandlungen zur Fünften Geldwäscherichtlinie eher bremsen als befördern. Die Qualität der Eintragungen im Transparenzregister sei aber nur mit Hilfe öffentlicher Kontrolle zu gewährleisten. Nur so könnten Unstimmigkeiten frühzeitig entdeckt und korrigiert werden. Ein öffentlicher Zugang müsste gleichzeitig datenschutzrechtlich ausbalanciert erfolgen.

Vom Ausschuss angenommene Änderungsanträge

Die vom Ausschuss angenommenen Änderungen am Gesetzentwurf auf Drucksachen 18/11555, 18/11928 sind aus der Zusammenstellung in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ersichtlich. Die Begründungen der Änderungen finden sich in diesem Bericht unter „B. Besonderer Teil“. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD brachten insgesamt 25 Änderungsanträge ein.

Voten der Fraktionen:

Änderungsantrag 1 der Koalitionsfraktionen (Kurzbezeichnung GwG)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Änderungsantrag 2 der Koalitionsfraktionen (Redaktionelle Korrekturen)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Änderungsantrag 3 der Koalitionsfraktionen (Definition der bekanntermaßen nahestehenden Person)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE.

Ablehnung: -

Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 4 der Koalitionsfraktionen (Ausnahme vom Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes für den Online-Vertrieb von Lotterien, die über eine staatliche Erlaubnis verfügen)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD
Ablehnung: DIE LINKE.
Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 5 der Koalitionsfraktionen (Aufnahme einer einzelfallbezogenen Dispensmöglichkeit bezüglich des Einsatzes von Datenverarbeitungssystemen für Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD
Ablehnung: DIE LINKE.
Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 6 der Koalitionsfraktionen (Berücksichtigung der Schweigepflicht bei der Auskunftspflicht gegenüber FIU und anderen Behörden sowie bei der Meldepflicht)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD
Ablehnung: DIE LINKE.
Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 7 der Koalitionsfraktionen
(Anzeige der Durchführung interner Sicherungsmaßnahmen durch Dritte)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD
Ablehnung: -
Enthaltung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 8 der Koalitionsfraktionen
(Geldwäschebeauftragter; gebundenes Ermessen der Aufsichtsbehörden)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD
Ablehnung: DIE LINKE.
Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 9 der Koalitionsfraktionen (Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht; Aufzeichnungen über die getroffenen Maßnahmen zur Ermittlung des wirtschaftlich Berechtigten)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD
Ablehnung: DIE LINKE.
Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 10 der Koalitionsfraktionen (gruppenweit zuständiger Geldwäschebeauftragter)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD

Ablehnung: -

Enthaltung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 11 der Koalitionsfraktionen (Feststellung politisch exponierter Personen)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD

Ablehnung: -

Enthaltung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 12 der Koalitionsfraktionen (Vereinfachte Sorgfaltspflichten)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD

Ablehnung: -

Enthaltung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 13 der Koalitionsfraktionen(Streichung des § 2 Abs. 1 Nr. 5a; Ausnahme von Pflichten der Geldtransferverordnung)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD

Ablehnung: -

Enthaltung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 14 der Koalitionsfraktionen(Aufnahme von Erleichterungen bei Sorgfaltspflichten für Glückspielanbieter)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD

Ablehnung: DIE LINKE.

Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 15 der Koalitionsfraktionen (Erfüllung der Sorgfaltspflichten durch Dritte)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD

Ablehnung: -

Enthaltung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 16 der Koalitionsfraktionen (Mitteilungspflicht; Transparenzregister)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung: -

Enthaltung: DIE LINKE.

Änderungsantrag 17 der Koalitionsfraktionen
(Fiktion der Erfüllung von Mitteilungspflichten zum Transparenzregister)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD
Ablehnung: -
Enthaltung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 18 der Koalitionsfraktionen
(Ausnahmen von der Beschränkungen der Einsichtnahme in das Transparenzregister)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD
Ablehnung: DIE LINKE.
Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 19 der Koalitionsfraktionen
(Zuständigkeit für Berufsverbot bzw. für den Widerruf einer Zulassung)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE.
Ablehnung: -
Enthaltung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 20 der Koalitionsfraktionen (Statistiken zur Tätigkeit der Aufsichtsbehörden)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ablehnung: -
Enthaltung: -

Änderungsantrag 21 der Koalitionsfraktionen (Bußgeldtatbestände)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ablehnung: -
Enthaltung: DIE LINKE.

Änderungsantrag 22 der Koalitionsfraktionen (AO, redaktionelle Änderung)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ablehnung: -
Enthaltung: -

Änderungsantrag 23 der Koalitionsfraktionen
(Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes, redaktionelle Korrektur)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ablehnung: -
Enthaltung: -

Änderungsantrag 24 der Koalitionsfraktionen (§ 25h KWG; Weiterleitung von Informationen an andere Institute)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD

Ablehnung: -

Enthaltung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag 25 der Koalitionsfraktionen(Aktualisierung des Verweises auf das neu in Kraft tretende Bundeskriminalamtgesetz (BKAG), Inkrafttreten)

Zustimmung: CDU/CSU, SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Vom Ausschuss abgelehnte Änderungsanträge

Die Fraktion DIE LINKE. brachte zum Gesetzentwurf drei Änderungsanträge ein:

Änderungsantrag 1 der Fraktion DIE LINKE. (Aufhebung § 3 Absatz 2 Satz 5 GwG, Definition des wirtschaftlich Berechtigten)

*Änderung:**„Der Bundestag wolle beschließen:**In Artikel 1 wird § 3 Absatz 2 Satz 5 aufgehoben.“**Begründung:**„§ 3 Absatz 2 Satz 5 des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten ist ersatzlos zu streichen, weil er die Definition des wirtschaftlich Berechtigten aufweicht. Deutsche Verpflichtete werden aus der Pflicht entlassen, einen echten wirtschaftlich Berechtigten zu identifizieren, insofern sie stattdessen von der Fiktion Gebrauch machen und die gesetzlichen Vertreter, geschäftsführenden Gesellschafter oder Partner als wirtschaftlich Berechtigte eintragen können. Eine frei gewählte, ineinander verschachtelte Rechtsform kann dementsprechend entschuldigen, keinen echten wirtschaftlich Berechtigten zu identifizieren. Damit wird im Ergebnis die Nutzung hochkomplexer, sich über mehrere Rechtsräume erstreckender Verschleierungsstrukturen über Trusts, Briefkastenfirmen und Stiftungen belohnt und die Wirksamkeit des Geldwäschegesetzes als Ganzes untergraben.“*Voten der Fraktionen:

Zustimmung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung: CDU/CSU, SPD

Enthaltung: -

Änderungsantrag 2 der Fraktion DIE LINKE. (§ 20 GwG, Beteiligungsketten)

Änderung:

„Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel 1 wird § 20 wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden nach Satz 1 die folgenden Sätze eingefügt:

„Dafür müssen sie ihre gesamte Kontroll- und Beteiligungsstruktur ermitteln. Die Pflichten nach § 10 bis 13 gelten analog.“

2. Die Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.

3. Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 3.“

Begründung:

„Beim sogenannten Transparenzregister führt der Gesetzentwurf zu einer von den Sorgfaltspflichten abweichenden und geographisch begrenzten Bestimmung des wirtschaftlich Berechtigten: Bei Beteiligungsketten sollen die Organe (Gesetzesbegründung zu § 20 Abs. 1 GWG-E) und Anteilseigner (Gesetzesbegründung zu § 20 Abs. 3 GWG-E) einer deutschen Rechtsperson einen wirtschaftlich Berechtigten nur im Falle der unmittelbaren Kontrolle durch denselben mitteilen müssen. Andernfalls trifft diese Verpflichtung den wirtschaftlich Berechtigten selbst.

In der Praxis bedeutet dies, dass deutsche GmbHs und AGs, deren Gesellschafter bzw. Anteilseigner beispielsweise Zwischengesellschaften aus sog. Offshore-Ländern wie Panama oder den Britischen Jungferninseln sind, keinerlei Verpflichtung unterliegen, dem Transparenzregister die wahren Eigentümer mitzuteilen. Stattdessen sind allein diese wirtschaftlich Berechtigten selbst dazu verpflichtet, sich zu melden. Kommen diese ihrer Pflicht nicht nach, gibt es keinerlei Rechtsfolgen für die deutsche Rechtsperson. Der gleiche Effekt einer Begrenzung der Mitteilungs- und Angabepflichten seitens der Organe der inländischen Rechtsperson lässt sich durch Einschaltung eines Treuhänders erzielen, der die Anteile der inländischen Rechtsperson im Auftrag der ausländischen Gesellschaft hält.

Grundlegend fehlt der Durchgriff auf den wirtschaftlich Berechtigten, wobei auch die Firmen keine Ermittlungspflicht zu ihren wirtschaftlich Berechtigten haben. In der Gesetzesbegründung ist explizit festgehalten, dass Vereinigungen „nicht zu eigenen Nachforschungen, möglicherweise eine längere Beteiligungskette hinab, verpflichtet sind“ (BT-Drucksache 18/11555, S. 126).

Verschachtelte Konstrukte, in der wirtschaftlich Berechtigte beliebig viele (ausländische) Rechtspersonen zwischen sich und den Anteilseigner einer inländischen Rechtsperson schalten, spielen bei der Verschleierung von Identitäten für Geldwäschezwecke und zur Terrorfinanzierung eine herausragende Rolle. Durch Verzicht auf einen Durchgriff auf den letzten wirtschaftlich Berechtigten wird der Schattenfinanzindustrie in die Hände gespielt und das Geschäftsmodell der sog. Verdunkelungsoasen legitimiert.

Die Vorgaben der bereits 2015 verabschiedeten Geldwäscherichtlinie der EU, die mit dem Gesetzentwurf umgesetzt werden soll, erlauben es nicht, dass im Transparenzregister die geographische Reichweite der Pflicht zur Bestimmung des wirtschaftlich Berechtigten abweichend von den Sorgfaltspflichten faktisch eingeschränkt wird. In Artikel 30 Absatz 1 schreibt die Richtlinie (EU) 2015/849 vor:

„Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die in ihrem Gebiet eingetragenen Gesellschaften oder sonstigen juristischen Personen angemessene, präzise und aktuelle Angaben zu ihren wirtschaftlichen Eigentümern, einschließlich genauer Angaben zum wirtschaftlichen Interesse, einholen und aufbewahren müssen.“ Die Pflicht zur Einholung und Aufbewahrung „angemessener, präziser und aktueller“ Angaben betrifft demnach die Gesellschaften (also deren Organe) und nicht etwa die wirtschaftlich Berechtigten selbst – auch nicht bei „nur“ indirekter Kontrolle. Mit den hier eingefügten Sätzen wird dieses Versäumnis gegenüber der Vorgaben der Richtlinie geheilt. Eine Anwendung der Grundsätze, die für Verpflichtete bei externen Vertragspartnern gelten, ist analog auf die Ermittlung der eigenen Eigentümerstruktur in einem Unternehmen anzuwenden. Die Aufhebung von Absatz 3 ist damit zu begründen, dass eine gesonderte Pflicht zur Angabe für Anteilseigner bzw. Berechtigte weder erforderlich noch zielführend ist, da bereits die Organe nach Absatz 1 verpflichtet sind, unter Mitwirkung aller Beteiligten

die wirtschaftlich Berechtigten zu identifizieren. Vielmehr ist eine gesonderte Pflicht für Anteilseigner dazu geeignet, die Verantwortung der Organe sowie die Reichweite des Registers zu beschränken. Die Aufhebung des Absatzes 4 ist eine Folgeänderung.“

Voten der Fraktionen:

Zustimmung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung: CDU/CSU, SPD

Enthaltung: -

Änderungsantrag 3 der Fraktion DIE LINKE. (§23, §24 GwG, öffentliches Transparenzregister)

Änderung:

„Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. § 23 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. jedem“

b) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4.

2. § 24 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Einsichtnahme in das Transparenzregister ist kostenfrei und die zur Einsichtnahme freien Daten werden von der registerführenden Stelle in Echtzeit in einem offenen Datenformat zur Verfügung gestellt.““

Begründung:

„Nur ein öffentliches und jedem frei zugängliches Register wird die volle Wirkung zur Prävention und Eindämmung von Straftaten in Zusammenhang der Geldwäsche entfalten können. So haben öffentliche Register das Potenzial, eine Transparenzwirkung weit über die EU hinaus bis in notorische Schattenfinanzzentren hinein zu entfalten. Jegliche Briefkastenfirmen, die sich in deutsche Handelsregister als Aktionäre bzw. Gesellschafter eintragen lassen möchten, wären hiervon betroffen. Schätzungen zufolge dürften sich gegenwärtig Hunderttausende Offshore-Firmen im deutschen Handelsregister befinden, ein guter Teil davon mit Hinterleuten aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Bleiben die Eigentümerdaten nur für Behörden zugänglich, werden auch Behörden und Bevölkerung in Schwellen- und Entwicklungsländern daraus kaum Nutzen ziehen können. Ohne öffentliche Transparenz der Registerdaten können Interessenkonflikte und Marktmanipulationen zudem leichter verdeckt werden. Darüber hinaus kann die Verlässlichkeit der Angaben bei einem nur für Behörden zugänglichen Register nur unzureichend überprüft werden.

Ohnehin sind bereits heute für die meisten Firmen, insbesondere bei GmbHs die wirtschaftlich Berechtigten öffentlich. Wenn keine Treuhänder oder Offshore-Firmen zum Einsatz kommen, so sind die Eigentümer bei 99 Prozent der Kapitalgesellschaften (mit weit mehr als 68 % der Umsätze) bereits öffentlich einsehbar, samt Namen, Geburtsdatum und Wohnort (vgl. hierzu u. zum folgenden Recherche von Markus Meinzer, Tax Justice Network, 5. Mai 2017). Dasselbe gilt für fast alle großen Personengesellschaften (29 % der Personengesellschaften, jedoch mit 81 % der Umsätze derselben).

Der wesentliche zusätzliche Transparenzzuwachs betrifft bei in Deutschland ansässigen Wirtschaftlich Berechtigten die nicht an der Börse notierten Aktiengesellschaften – von denen es allerdings nur wenige Tausend gibt. (Die genaue Zahl ist nicht verfügbar. 2015 waren 7732 AGs insgesamt inklusive börsennotierter AGs in Deutschland tätig).

Die schon jetzt öffentlichen persönlichen Informationen (z.B. auch Wohnort und volles Geburtsdatum) gehen somit über das hinaus, was beim Transparenzregister jedem öffentlich einsehbar wäre, wenn man dem Änderungsantrag folgt (nur Wohnsitzland und Geburtsmonat/-jahr). Das Register würde die Situation dort deutlich verbessern, wo ein Geldwäscherisiko besteht, nämlich bei Offshore-Gesellschaften, die inländische Personen- oder Kapitalgesellschaften kontrollieren. Hier würde für fast alle Unternehmensformen ein deutlicher Transparenzzuwachs eintreten.

Während die öffentlich gemäß § 23 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 (neu) „jedem“ zugänglichen Informationen wie oben beschrieben gemäß § 23 Absatz 1 Satz 2 beschränkt bleiben, sollen durch die Änderung bei Personen mit nachgewiesenem berechtigtem Interesse nach Nummer 4 (neu) hingegen auch Geburtsdatum und Wohnort (analog zum Handelsregister) einsehbar sein. Das ist bei investigativen Recherchen zu Korruption und Geldwäsche in aller Regel notwendig, um eine eindeutige Identifizierung und eine zutreffende Sachverhaltsdarstellung vornehmen zu können.“

Voten der Fraktionen:

Zustimmung: DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung: CDU/CSU, SPD

Enthaltung: -

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten)

Zur Bezeichnung

„Geldwäschegesetz“ bzw. GwG ist eine geläufige Kurzbezeichnung für das Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten. Sie sollte daher wie bisher amtlich eingeführt werden. Mit dieser Änderung wird auch einer Forderung des Bundesrates (Nr. 1 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdrs. 182/17) entsprochen.

Zu § 1 Absatz 14

Die bisherige Fassung des § 1 Abs. 14 GwG-E enthält eine Regelbeispielaufzählung von „bekanntermaßen nahestehenden Personen“. Die Änderung bildet Art. 3 Nr. 11 der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie ab, der eine abschließende Aufzählung der Personen enthält, die bekanntermaßen nahestehende Personen i. S. d. Richtlinie sind.

Zu § 1 Absatz 20

Es handelt sich um die Korrektur eines redaktionellen Versehens. Der Passus „die Gewähr dafür bietet, dass er“ soll sich nicht nur auf § 1 Absatz 20 Nummer 1, sondern auch auf die Nummern 2 und 3 beziehen. Mit dieser Korrektur wird auch einer Forderung des Bundesrates (Nr. 6 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdrs. 182/17) entsprochen.

Zu § 2 Absatz 1 Nummer 5

Die in § 2 Absatz 1 Nummer 5a genannten selbständigen Gewerbetreibenden werden aus dem Kreis der Verpflichteten gestrichen.

Zu § 2 Absatz 1 Nummer 13 Buchstabe c, § 10 Absatz 4, Absatz 6

Es handelt sich um die Korrektur redaktioneller Versehen.

Zu § 2 Absatz 1 Nummer 15 Buchstabe c

Bei Lotterien, die nicht im Internet veranstaltet werden, besteht nach übereinstimmender Auffassung nur ein geringes Geldwäscherisiko. Maßgeblich für diese Bewertung sind – wie derzeit in der Gesetzesbegründung ausgeführt – die geringe Gewinnwahrscheinlichkeit (z. B. bei „Lotto 6 aus 49“: rd. 1:140 000 000), der vergleichsweise lang dauernde Spielturnus (Lottoziehungen finden derzeit zwei Mal in der Woche statt) und die geringe Auszahlungsquote (bis zu max. 50 Prozent). Dies macht Lotterien, die nicht im Internet veranstaltet werden, für potenzielle Täter wenig attraktiv. Aus diesem Grund waren Veranstalter und Vermittler solcher Lotterien, soweit sie die Spielgelegenheit nicht im Internet angeboten oder vertrieben haben (sondern z. B. über eine Lotto-Annahmestelle), schon nach der bisherigen Formulierung des § 2 Absatz 1 Nummer 15 Buchstabe c GwG-E vom Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes ausgenommen.

Mit der vorliegenden Neufassung von § 2 Absatz 1 Nummer 15 Buchstabe c GwG-E wird einerseits eine Klarstellung bezüglich der „staatlichen Erlaubnis“ vorgenommen: In Übereinstimmung mit dem Glücksspielstaatsvertrag ist damit nämlich nur eine Erlaubnis der zuständigen Behörde nach § 4 Absatz 1 Satz 1 GlüStV gemeint; staatliche Erlaubnisse anderer Staaten – sowohl von Europäischen Mitgliedstaaten als auch von Drittländern – sind davon nicht erfasst. Solche Erlaubnisse entfalten in Deutschland keinerlei Wirkung – der aufgenommene, ausdrückliche Hinweis auf die in Deutschland jeweils zuständige Behörde beinhaltet aus diesem Grund keine inhaltliche Änderung im Vergleich zur bisherigen Fassung, sondern dient lediglich der Klarstellung.

Andererseits wird mit der Neufassung von § 2 Absatz 1 Nummer 15 Buchstabe c) GwG-E eine inhaltliche Erweiterung des Ausnahmetatbestandes vorgenommen: das Geldwäscherisiko bei Lotterien, die nicht im Internet veranstaltet werden, ist aus denselben Gründen wie oben dargestellt auch dann, wenn die Spielmöglichkeit über das Internet angeboten oder vermittelt wird, grundsätzlich als gering einzuschätzen. Außerdem sind bei einer Teilnahme über das Internet keine Einzahlungen großer Beträge möglich (z. B. ist der monatliche Spieleinsatz auf 1 000 Euro begrenzt) und es wurden zusätzliche Verfahren zur Spieleridentifizierung und -authentifizierung eingeführt. Aus diesen Gründen wird mit der Neufassung von § 2 Absatz 1 Nummer 15 Buchstabe c GwG-E nun auch der Online-Vertrieb von Lotterien aus dem Anwendungsbereich des Geldwäschegesetzes ausgenommen.

Zu § 6 Absatz 4Zu Satz 1

Es handelt sich um einen Verweisfehler, der korrigiert werden soll.

Zu Satz 3 – neu –

Nach § 6 Absatz 4 Satz 1 GwG-E müssen Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 GwG-E zusätzlich zu den allgemeinen, internen Sicherungsmaßnahmen geeignete Datenverarbeitungssysteme betreiben, die die strukturierte und systematische Überwachung der Geschäftsbeziehung und der einzelnen Transaktionen ermöglichen und bei der systemischen Feststellung eines als auffällig eingestuften Verhaltens dem Verpflichteten und dessen Geldwäschebeauftragten eine sofortige Reaktion gestatten.

Unter Berücksichtigung des jeweiligen Risikos in Bezug auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung kann die Aufsichtsbehörde nach § 6 Absatz 9 GwG-E schon bislang im Einzelfall reduzierte Anforderungen an die Datenverarbeitungssysteme nach § 6 Absatz 4 Satz 1 GwG-E zulassen.

In Fortführung dieses risikobasierten Ansatzes soll durch den nun hinzugefügten § 6 Absatz 4 Satz 3 GwG-E die Aufsichtsbehörde in die Lage versetzt werden, Kriterien zu bestimmen, bei deren Erfüllung die betroffenen Verpflichteten vom Einsatz der Datenverarbeitungssysteme nach § 6 Absatz 4 Satz 1 GwG-E gänzlich absehen können. Die Kriterien müssen klar definiert sein und das für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 GwG atypisch geringe Risiko in Bezug auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung widerspiegeln. Der neue Satz 3 entspricht weitgehend dem bisherigen § 9a Absatz 3 Satz 5 GwG, dehnt seinen Anwendungsbereich allerdings nun über die Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen im Internet hinaus auf alle Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 15 GwG-E aus.

Mit dieser Korrektur wird auch einer Forderung des Bundesrates (Nr. 12 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdr. 182/17) entsprochen.

Zu § 6 Absatz 6 und § 43 Absatz 2

Nach § 6 Abs. 6 Satz 1 GwG-E müssen die Verpflichteten Vorkehrungen treffen, um auf Anfrage der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen oder auf Anfrage anderer zuständiger Behörden Auskunft darüber zu geben, ob sie während eines Zeitraums von fünf Jahren vor der Anfrage mit bestimmten Personen eine Geschäftsbeziehung unterhalten haben und welcher Art diese Geschäftsbeziehung war. Bisläng trägt die Ausnahme bzw. Rückausnahme in § 6 Absatz 6 Satz 3 und 4 GwG-E nur der Verschwiegenheitspflicht von Berufsgeheimnisträgern Rechnung, soweit diese eine Rechtsberatung vornehmen. Entsprechendes gilt für die Ausnahme von der Meldepflicht nach § 43 Abs. 2 GwG-E. Die vorgeschlagenen Änderungen berücksichtigen umfassend alle Tätigkeiten, die einer Schweigepflicht unterliegen, wie z.B. die gesamte Steuerberatung.

Zu § 6 Absatz 7

Nach dem aktuellen GwG muss die Aufsichtsbehörde der Durchführung der internen Sicherungsmaßnahmen durch einen Dritten zustimmen. Mit der Regelung in § 6 Absatz 7 Satz 2 GwG-E wird aus dem Zustimmungserfordernis ein Anzeigenerfordernis. Damit sollen einerseits die Aufsichtsbehörden entlastet werden und andererseits soll den Verpflichteten ermöglicht werden, nicht erst die Zustimmung der Behörden abzuwarten, bevor sie die Durchführung interner Sicherungsmaßnahmen auf einen Dritten übertragen. Damit diese beiden Ziele erreicht werden können, muss die Aufsichtsbehörde in der Lage sein, anhand der Anzeige beurteilen zu können, ob die Übertragung auf einen Dritten nach § 6 Absatz 7 Satz 2 GwG-E untersagt werden muss.

Mit dieser Korrektur soll auch einem Anliegen des Bundesrates (Nr. 13 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdr. 182/17) Rechnung getragen werden.

Zu § 7 Absatz 3 Satz 2

Entsprechend der geltenden Rechtslage wird den Aufsichtsbehörden ein enger Entscheidungsspielraum eingeräumt: Ob Händler, die mit hochwertigen Gütern handeln und Bargeldzahlungen von über 10 000 Euro tätigen oder entgegennehmen, einen Geldwäschebeauftragten zu bestellen haben, wird damit in das gebundene Ermessen der Aufsichtsbehörde gestellt. Hierdurch wird bestimmt, dass die Aufsichtsbehörde nur in atypischen Fällen, also wenn nach der Größe oder der Organisationsstruktur des Unternehmens die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten nicht erforderlich ist, von einer Anordnung absehen kann. Damit wird auch einer Forderung des Bundesrates (Nr. 14 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdr. 182/17) entsprochen.

Zu § 8 Absatz 1 Satz 2

Artikel 3 Nummer 6 Buchstabe a Ziffer ii der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates verlangt, dass die Verpflichteten Aufzeichnungen über die getroffenen Maßnahmen zur Ermittlung der wirtschaftlichen Berechtigung nach den Ziffern i und ii führen. Dies betrifft lediglich die wirtschaftlich Berechtigten von Gesellschaften.

Vor diesem Hintergrund ist die Formulierung in § 8 Absatz 1 Satz 2 GwG-E im Interesse einer nicht überschießenden Umsetzung der Richtlinie durch ergänzende Bezugnahme auf die juristischen Personen im Sinne von § 3 Absatz 2 Satz 1 GwG-E einzuschränken.

Zu § 9 Absatz 1

Der Entwurf entspricht im Wesentlichen der bisherigen Regelung des § 25h Absatz 4 Satz 4 KWG, die nunmehr auf alle Verpflichteten anzuwenden ist. Der Geldwäschebeauftragte der Gruppe hat die Aufgabe, im Rahmen des globalen Risikomanagements für die gesamte Gruppe eine einheitliche Strategie zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu schaffen, die Umsetzung der Strategie zu koordinieren und sie gruppenweit zu überwachen (vgl. Deutsche Kreditwirtschaft, Auslegungs- und Anwendungshinweise, Stand Februar 2014, Ziff. 86).

Zu § 10 Absatz 1 Nummer 4

Nach dem aktuellen Regelungsentwurf haben Verpflichtete die Pflicht zur „Feststellung, ob es sich bei dem Vertragspartner oder dem wirtschaftlich Berechtigten um eine politisch exponierte Person, um ein Familienmitglied oder um eine bekanntermaßen nahestehende Person handelt.“ Mit der Änderung soll der Regelungsentwurf an den Wortlaut des bisherigen § 6 Absatz 2 Nummer 1 GwG angepasst werden, wonach ein Verpflichteter „ange-

messene, risikoorientierte Verfahren anzuwenden“ hat. Somit spielt bei der Frage, welche Verfahren der Verpflichtete anzuwenden hat, sowohl das Risiko als auch die Größe des Verpflichteten eine Rolle. Die Ergänzung trägt auch einem Anliegen des Bundesrates (Nr. 16 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdrs. 182/17) Rechnung.

Zu § 14 Absatz 1

Die Streichung sowie die Ergänzung dienen der vollständigen Umsetzung von Artikel 15 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates. Insbesondere die Ergänzung entspricht der bisherigen Rechtslage (vgl. § 5 Absatz 1 GwG: „vorbehaltlich einer Risikobewertung des Verpflichteten auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalls“).

Zu § 14 Absatz 1 Satz 1

Es handelt sich um die Korrektur eines redaktionellen Versehens. Die Anwendung vereinfachter Sorgfaltspflichten ist nur aufgrund einer Gesamtbewertung des Risikos zulässig. Dies wird mit der Änderung sichergestellt. Damit wird auch einem Anliegen des Bundesrates entsprochen (Nr. 18 Buchstabe a des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdrs. 182/17).

Zu § 14 Absatz 5

Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2015/847 ermöglicht den Mitgliedstaaten bei Inlandsgeldtransfers auf ein Zahlungskonto eines Begünstigten von bestimmten Anforderungen der Verordnung abzusehen. Von dieser Möglichkeit soll mit § 14 Absatz 5 GWG-E Gebrauch gemacht werden, um einen Gleichlauf mit den geldwäscherechtlichen Vorschriften herzustellen.

Zu § 16 Absatz 4 Satz 2

Die Vorschrift erleichtert die Sorgfaltspflichten für Veranstalter und Vermittler von Glücksspiel im Internet, wenn bei Nutzung einer Kreditkarte, Debitkarte oder anderen Zahlungskarte zur Bezahlung des Spieleinsatzes die maximale Höhe der möglichen Einzahlungen des Spielers unterhalb eines Schwellenbetrages liegt (bei einer einzelnen Transaktion max. 25 Euro und bei mehreren Transaktionen innerhalb eines Kalendermonats max. 100 Euro).

Diese Erleichterung bei den anzuwendenden Sorgfaltspflichten entspricht dem risikobasierten Ansatz: Die Erleichterung wird vor allem Vermittlern und Veranstaltern von Sportwetten im Internet zu Gute kommen. Bei Sportwetten ist ausweislich von Studien zum Geldwäscherisiko verschiedener Glücksspielarten das Geldwäscherisiko durch den Spieler, insbesondere wegen der hohen Auszahlungsquote und der Möglichkeit auf gegenteilige Ergebnisse zu wetten, als gegeben anzusehen. Auf der anderen Seite verfügen die Verpflichteten zwar regelmäßig über die Nummer der Kreditkarte und den Sicherheitscode, nicht jedoch über den Namen, auf den die Kreditkarte ausgestellt wurde. Eine behördliche Befreiung von der Pflicht, die Identität von Zahlungskarte und Spielerkonto zu prüfen (bislang gemäß § 16 Absatz 7 GwG), ist im Rahmen der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie nicht mehr zulässig; um jedoch weiterhin eine praxismgerechte Möglichkeit zu eröffnen, insbesondere Kreditkarten zur Zahlung des Spieleinsatzes im Internet einzusetzen, wird für kleine Spieleinsätze diese gesetzliche Erleichterung eingeführt. Die Begrenzung auf kleine Spieleinsätze dürfte diese Methode für Geldwäsche weitgehend unattraktiv machen.

Für darüber hinausgehende Beträge müssen die betroffenen Veranstalter und Vermittler von Glücksspiel im Internet sich hier bilateral – d. h. vertraglich – mit den Kreditinstituten einigen, dass der volle Datensatz übermittelt wird bzw. das Kreditinstitut den Identitätsabgleich im Auftrag des verpflichteten Veranstalters oder Vermittlers von Glücksspielen im Internet vornimmt; so würde auch den Belangen des Datenschutzes hinreichend Rechnung getragen, da das Kreditinstitut lediglich anzeigen würde, ob Personenidentität besteht oder nicht.

Zu § 17 Absatz 1 Satz 1

Der aktuelle Wortlaut des Regelungsentwurfs beschränkt das Rückgriffsrecht des Verpflichteten auf Dritte auf die Sorgfaltspflichten nach § 10 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 GwG-E. Aber auch die Pflicht zur Feststellung des Status als politisch exponierte Person soll von Dritten erfüllt werden können.

Mit der Änderung wird auch einer Forderung des Bundesrates (Nr. 21 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdrs. 182/17) entsprochen.

Zu § 18 Absatz 3 Satz 1

Es handelt sich um die Korrektur eines redaktionellen Versehens. Der aktuelle Wortlaut der Regelung bezieht die „angemessene Frist“ auf die Befugnis der registerführenden Stelle, die für die Eintragung in das Transparenzregister erforderlichen Informationen von der in der Mitteilung nach § 20 GwG-E genannten Vereinigung zu verlangen. Tatsächlich soll sich die angemessene Frist auf die Übermittlung der angeforderten Informationen durch die Vereinigung beziehen.

Zu § 20 Absatz 2 Satz 2

Die Regelung ist notwendig um sicherzustellen, dass keine Mehrbelastung für Gesellschaften eintritt, die ohnehin schon hohen Transparenzanforderungen unterliegen. Dies gilt insbesondere, da Gesellschaften, die an einem organisierten Markt nach § 2 Absatz 5 des Wertpapierhandelsgesetzes notiert sind oder dem Gemeinschaftsrecht entsprechenden Transparenzanforderungen im Hinblick auf Stimmrechtsanteile oder gleichwertigen internationalen Standards unterliegen, nicht vom Anwendungsbereich der Vierten Geldwäscherichtlinie 2015/849 erfasst sind. § 20 Absatz 1 und 2 in der Fassung des Regierungsentwurfs setzen die Richtlinie also überschießend um. Die Verlinkung aus dem Transparenzregister mit bereits in anderen Registern vorhandenen Daten (Unternehmensregister) ist aber zugunsten einer höheren Nutzerfreundlichkeit in Folge eines umfassenderen Datenbestandes zweckmäßig.

Zu § 23 Absatz 2 Satz 4

Eine Ausnahme von der Beschränkung der Einsichtnahme sieht Artikel 30 Absatz 9 Satz 2 der Vierten Geldwäscherichtlinie (EU) 2015/849 für Kredit- und Finanzinstitute sowie Notare vor, den § 23 Absatz 2 Satz 4 bisher so umgesetzt hat. Die Richtlinie geht davon aus, dass Kredit- und Finanzinstitute sowie Notare einen verantwortlichen Umgang mit Daten pflegen und daher eine Ausnahme von der Beschränkung der Einsichtnahme geboten ist. Es ist allerdings nicht ersichtlich, inwiefern Versicherungsunternehmen einen weniger verantwortlichen Umgang mit Daten an den Tag legen. Insofern kann die Ausnahme von der Beschränkung der Einsichtnahme auch auf Versicherungsunternehmen ausgedehnt werden. Die Anpassung ist richtlinienkonform, da die Richtlinie nicht weitere Ausnahmen von der Beschränkung der Einsichtnahme verbietet. Die Erweiterung der Ausnahme ist auch zweckmäßig, da sie Versicherungsunternehmen zur Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten stets die Einsichtnahme in das Transparenzregister einräumt, was der verbesserten Wahrnehmung der geldwäscherechtlichen Sorgfaltspflichten durch die Versicherungsunternehmen dient.

Zu § 43 Absatz 2

Siehe zu § 6 Absatz 6.

Zu § 48 Absatz 1

Es handelt sich um eine Anpassung an den allgemeinen juristischen Sprachgebrauch, wonach eine Strafanzeige nicht „gestellt“, sondern „erstattet“ wird.

Mit dieser Korrektur wird auch einer Forderung des Bundesrates (Nr. 29 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdrs. 182/17) entsprochen.

Zu § 51 Absatz 5

In einigen Fällen ist die Aufsichtsbehörde nicht die Zulassungsbehörde. Um eine einheitliche Behördenzuständigkeit im Bereich der zulassungspflichtigen Tätigkeiten zu normieren, ist eine Ergänzung des bisherigen Regierungsentwurfs erforderlich. Danach hat die Zulassungsbehörde auf Verlangen derjenigen Aufsichtsbehörde, die einen Verstoß nach Satz 1 festgestellt hat, ein Verfahren nach Satz 1 oder 2 unter den dort genannten Voraussetzungen einzuleiten.

Mit der Änderung wird auch einer Forderung des Bundesrates (Nr. 32 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdrs. 182/17) Rechnung getragen.

Zu § 51 Absatz 9

Die Daten müssen nach Artikel 44 Absatz 2 der 4. EU-Geldwäscherichtlinie von den jeweiligen Aufsichtsbehörden erhoben werden. Sie dienen insbesondere der Durchführung der nationalen Risikoanalyse zur Bewertung der

nationalen Risiken der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Sie sind außerdem erforderlich für die Dokumentation der Wirksamkeit der Aufsichtstätigkeit gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament.

Zu § 56

Mit den Änderungen wird einem Anliegen des Bundesrates (Nr. 35 des Beschlusses vom 31. März 2017, Bundesratsdrs. 182/17) entsprochen.

Zu Absatz 1

Die Bußgeldtatbestände werden teilweise zusammengefasst, gestrafft und sprachlich präzisiert.

Zu Absatz 5 Satz 2

Es handelt sich um eine Änderung, die aufgrund der Neunummerierung in Absatz 1 erforderlich ist.

Zu Absatz 8 Nummer 1

Es handelt sich um eine sprachliche Korrektur.

Zu Artikel 9 (Änderung der Abgabenordnung)

Zu Nummer 1 (§ 31b Absatz 4)

Es handelt sich um einen Verweisfehler, der korrigiert werden soll.

Zu den Nummern 2 und 3 (§ 93 und §138b)

Die mit dem Gesetz zur Bekämpfung der Steuerumgehung und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (Bundestags-Drs. 18/11132) in § 93 Absatz 7 Satz 1 Nummer 4a und in § 138b Absatz 1 Satz 1 AO eingeführten Verweisungen auf das Geldwäschegesetz sind redaktionell aufgrund des voraussichtlichen Inkrafttretens des neu gefassten Geldwäschegesetzes am 26. Juni 2017 anzupassen.

Zu Artikel 12 (Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes)

Zu Nummer 2 (Anlage IX)

Es handelt sich um redaktionelle Versehen in der Tabelle, die korrigiert werden sollen.

Zu Artikel 17 (Änderung des Kreditwesengesetzes)

Zu Nummer 4 (§ 25h Absatz 3)

Mit Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Zweiten E-Geld-Richtlinie vom 01.03.2011, BGBl. I S. 288, wurde in § 25c Abs. 3 KWG (jetzt: § 25h Abs. 3 KWG) die Möglichkeit für Institute geschaffen, im Einzelfall einander Informationen zu übermitteln, wenn es sich um einen in Bezug auf Geldwäsche, auf Terrorismusfinanzierung oder auf eine sonstige strafbare Handlung im Sinne von Absatz 1 Satz 1 ungewöhnlichen Sachverhalt handelt und tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Empfänger der Informationen diese für die Beurteilung der Frage benötigt, ob der Sachverhalt gemäß § 11 des Geldwäschegesetzes zu melden oder eine Strafanzeige gemäß § 158 der Strafprozessordnung zu erstatten ist.

Im Nachfolgenden wurden von Instituten auf der Grundlage dieser Vorschrift auch Informationen über andere Stellen übermittelt, wobei die entsprechenden Informationen unter den Voraussetzungen des § 25h Abs. 3 Satz 4 KWG bei der entsprechenden Stelle eingestellt und von anderen Instituten ebenfalls unter Beachtung der in § 25h Abs. 3 Satz 4 KWG genannten Voraussetzungen von ihnen abgefragt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sieht diese Vorgehensweise als von § 25h Abs. 3 Satz 4 KWG gedeckt an und hat insbesondere keine Bedenken dagegen, dass es sich dabei jeweils um „im Einzelfall“ eingestellte bzw. abgefragte Informationen handelt. Sie vertritt dabei die Auffassung, dass die Vorschrift des § 25h KWG dabei als speziellere Norm den allgemeinen Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) vorgeht

und § 25h Abs. 3 Satz h KWG insoweit eine ausreichende Rechtsgrundlage für einen Informationsaustausch über eine dritte Stelle (sogenannte „Fraud Pools“) darstellt.

Demgegenüber vertreten die Bundesbeauftragte für den Datenschutz (BfDI) sowie einzelne Landes-Datenschutz-aufsichtsbehörden die Auffassung, dass sich dieser Austausch über „Fraud Pools“ mit der Vorschrift nicht legitimieren lasse, weil dem insbesondere die Tatbestandsmerkmale „im Einzelfall“ und „untereinander“ entgegenstünden. Allerdings wurde von einer Mehrheit dieser Behörden ein Rückgriff auf das BDSG für möglich gehalten, da sie den grundsätzlichen Sinn und Zweck von „Fraud Pools“ nicht in Frage stellen.

Einzelne Landes-Datenschutz-aufsichtsbehörden haben gleichwohl in der Vergangenheit formale datenschutz-aufsichtsrechtliche Verfahren nach § 38 BDSG gegen Institute eingeleitet.

Der bereits im Regierungsentwurf enthaltene § 47 Abs. 5 GwG-E schafft eine Rechtsgrundlage für den Austausch von Informationen über konkrete Sachverhalte, die Auffälligkeiten oder Ungewöhnlichkeiten enthalten, die auf Geldwäsche, auf eine ihrer Vortaten oder auf Terrorismusfinanzierung hindeuten, auch unter Verwendung von Datenbanken, die von den Verpflichteten oder von Dritten betrieben werden. Mit der vorliegenden Änderung wird eine entsprechende Rechtsgrundlage für Institute für den Austausch von Informationen über Sachverhalte geschaffen, die Auffälligkeiten oder Ungewöhnlichkeiten enthalten, die auf andere strafbare Handlungen hindeuten.

Gemeinsam mit § 47 Abs. 5 GwG-E wird damit eine auch von der BfDI angeregte gesetzgeberische Klarstellung geschaffen, die auch in datenschutzrechtlicher Hinsicht eine hinreichende Rechtsgrundlage für den Informationsaustausch zwischen den Instituten darstellt.

Vorschriften der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie stehen den Änderungen nicht entgegen.

Zu Artikel 23 (Änderung des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten)

Artikel 1 des Gesetzes zur Neustrukturierung des Bundeskriminalamtgesetzes, mit dem das Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz – BKAG) neu verkündet wird, tritt voraussichtlich erst am 25. Mai 2018 in Kraft. Gleichzeitig mit diesem Inkrafttretensollen die Verweise auf das bisherige BKAG in § 31 Absatz 4 Satz 1 und 5 GwG auf das ab dem 25. Mai 2018 geltende BKAG angepasst werden.

Zu Artikel 24 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Die Neufassung des bisherigen Artikels 23 ist erforderlich für den Fall, dass das Gesetz nicht am 26. Juni 2017 wie von der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie vorgegeben in Kraft treten kann.

Berlin, den 17. Mai 2017

Dr. Frank Steffel
Berichterstatter

Dr. Jens Zimmermann
Berichterstatter